

Stellungnahme zum Verhältnis von Hochschulausbildung und Beschäftigungssystem

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	3
Zusammenfassende Thesen	5
A. Ausgangslage	8
I. Wandel von Beschäftigung und Qualifikation	9
1. Veränderungen im Beschäftigungssystem	9
2. Wandel der Qualifikationsanforderungen	12
3. Der Übergang von der Hochschule in den Beruf	16
II. Beschäftigung und Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen	27
1. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Akademikern	27
2. Ausbildungsinadäquate Beschäftigung	35
3. Prognosen zum künftigen Akademikerbedarf	38
III. Maßnahmen zur Stärkung des Beschäftigungsbezugs des Hochschulstudiums	42
1. Maßnahmen der Hochschulen	44
2. Maßnahmen der Arbeitgeber	49
3. Maßnahmen der Arbeitsverwaltung	50

B. Stellungnahme und Empfehlungen	52
I. Zur Arbeitsmarktsituation von Akademikern	53
II. Zum Übergang von Hochschulabsolventen in den Beruf	55
III. Zur Stärkung der Verknüpfungen zwischen Hochschulausbildung und Beschäftigungssystem	57
1. Zur Rolle der Hochschulen	58
2. Zur Rolle der Arbeitgeber	74
3. Zur Rolle der Arbeitsverwaltung	77
C. Zusammenfassung	78
Anhang	83

Vorbemerkung

Die absolute Zahl der Arbeitslosen mit abgeschlossenem Hochschulstudium ist in den 80er und 90er Jahren im Zusammenhang mit der Zunahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit deutlich angestiegen. Angesichts der hohen Zahl an Hochschulabsolventen, die zur Zeit die Hochschulen verlassen und die auch in den nächsten Jahren zu erwarten sind, werden immer wieder Warnungen vor einer „Akademikerschwemme“ laut. Es wird befürchtet, daß Hochschulabsolventen nicht oder nicht entsprechend ihrer Ausbildung beschäftigt werden könnten. Diese These scheint Bestätigung in der zeitweisen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Teilarbeitsmärkten zu finden, die - vor allem wenn sie in verkürzter Form die Aufmerksamkeit der Medien erlangen - unmittelbare Auswirkungen auf das Studierverhalten und damit das künftige Angebot an Arbeitskräften haben. Jüngste Beispiele hierfür sind die Chemie und die Ingenieurwissenschaften. Nachdem die Einstellungszahlen der Industrie rückläufig und die Zahl der Arbeitslosen in beiden Bereichen angestiegen waren, sind die Zahlen der Studienanfänger drastisch zurückgegangen. Gegenwärtig zeichnet sich in den Ingenieurwissenschaften eine Umkehr ab. Die in den nächsten Jahren jedoch absehbar rückläufigen Absolventenzahlen werden möglicherweise aber nicht ausreichen, den wieder steigenden Einstellungsbedarf der Wirtschaft zu decken.

Wissenschaftliches Wissen als Grundlage für Problemdefinitionen und Problemlösungen durchdringt immer weitere Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Grundtendenz wird als charakteristisch für eine „Wissensgesellschaft“ angesehen; im Zuge dieser Entwicklung nimmt die Bedeutung von Bildung und Qualifikation zu. Gleichzeitig ist die Wirtschaft einem beschleunigten technischen und organisatorischen Wandel unterworfen, der große Auswirkungen auf die erforderlichen Qualifikationen der Beschäftigten hat. Auf diese Veränderungsprozesse müssen die Hochschulen die Studierenden durch ihre Ausbildungsangebote vorbereiten, um ihrer Verantwortung für die Absolventen gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang kommt dem Verhältnis von Hochschule und Arbeitsmarkt sowohl mit Blick auf die Gestaltung der Studiengänge und die Vermittlung der erforderlichen Qualifikationen für eine sich wandelnde Arbeitswelt als auch hinsichtlich des Übergangs von der Hochschule in die Erwerbstätigkeit und den quantitativen Bedarf an Arbeitskräften mit Hochschulausbildung zentrale Bedeutung zu. Ferner müssen berufliche Kompetenzen durch Kontakte zu den Hochschulen im Rahmen lebenslanger Lernprozesse erhalten werden. Hier erwächst den Hochschulen eine bedeutsame Mitverantwortung.

Der Wissenschaftsrat hat im Juli 1997 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit diesen Fragen befaßt hat und die ihre Beratungen im Februar 1998 aufgenommen hat. Der Arbeitsgruppe gehörten auch Wissenschaftler an, die nicht Mitglied des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 9. Juli 1999 verabschiedet.

Zusammenfassende Thesen

1. In Zukunft wird der Bedarf an Hochschulabsolventen eher noch ansteigen als abnehmen. Sie müssen aber besser und anders ausgebildet werden.

Wissenschaftliches Denken, Wissen und wissenschaftliche Methoden werden wichtiger, Qualifikationsanforderungen steigen und die Anforderungsprofile in vielen Bereichen beruflicher Praxis wandeln sich. Diese Entwicklungen sprechen für eine weiterhin steigende Aufnahme von Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt.

2. Ein Hochschulstudium lohnt sich.

Trotz steigender Absolventenzahlen ist die Arbeitslosenquote von Akademikern seit Jahren nahezu konstant geblieben und liegt deutlich unter der Quote anderer Qualifikationsgruppen. Dabei haben die Graduierten der Fachhochschulen bessere Chancen als Universitätsabsolventen und Männer noch immer bessere Chancen als Frauen. Auch die Einkommen der gestiegenen Zahl von Akademikern sind bisher nicht erkennbar rückläufig.

3. Der Übergang vom Studium in den Beruf ist für einen wachsenden Anteil der Absolventen schwieriger, risikoreicher und langwieriger geworden.

Zeiten vorübergehender Arbeitslosigkeit sowie unsicherer und nicht ausbildungsadäquater Beschäftigungen nehmen zu. In einer Reihe von Studienfächern bestehen chronische Beschäftigungsprobleme, die auf eine mangelnde Orientierung der Hochschulen an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes hinweisen.

4. Die Hochschulen, insbesondere die Universitäten, müssen besser auf das Erwerbsleben vorbereiten.

Die zunehmende Flexibilität und Unschärfe des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen und der Wandel der Qualifikationsanforderungen erhöhen die Anforderungen an ein Hochschulstudium. Die wachsende Bedeutung der Hochschulen für den Arbeitsmarkt erfordert eine verstärkte Auseinandersetzung der Hochschulen mit den Problemen der Entwicklung, Vermittlung und des Erhalts der Beschäftigungsfähigkeit.

5. Die Hochschulen müssen Studienangebote mit differenzierten Qualifikationsprofilen anbieten.

Neben der Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten in der Praxis bleibt eine forschungsorientierte Ausbildung für Tätigkeiten außerhalb von Lehre und Forschung eine wesentliche Aufgabe der Universitäten. Der Bedarf an Studiengängen, die besser auf die berufliche Praxis vorbereiten, übersteigt nach Einschätzung des Wissenschaftsrates das gegenwärtige Angebot bei weitem. Der Wissenschaftsrat empfiehlt deshalb mit Nachdruck eine Erweiterung des Fächerspektrums und eine Fortsetzung des Ausbaus der Fachhochschulen. Auch die Universitäten müssen sich der Aufgabe stellen, die Arbeitsmarktchancen ihrer Absolventen durch eine Veränderung und Verbesserung ihres Studienangebotes zu erhöhen.

6. Gestufte Studienabschlüsse fördern die flexible Verknüpfung zwischen Hochschulen und Arbeitsmarkt.

Eine stärker gestuft angelegte Organisation des Studiums ermöglicht eine neuartige Abfolge von Bildungs- und Ausbildungsabschnitten sowie Phasen der Erwerbstätigkeit und verbessert die Möglichkeiten, die Hochschulausbildung an die Veränderungen des Arbeitsmarktes und die Erfordernisse lebenslangen Lernens anzupassen.

7. Eine Reform der Studienangebote trägt zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen bei.

Eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Studierenden erfordert neben der Vermittlung transferierbarer Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen die Ausprägung der Fähigkeit zu disziplinübergreifender, projektbezogener Zusammenarbeit sowie den in das Studium integrierten Aufbau überfachlicher Qualifikationen.

8. Die Beratungsangebote in den Hochschulen müssen gebündelt und stärker mit den Angeboten der Bundesanstalt für Arbeit vernetzt werden.

Eine Orientierung an den Bedürfnissen der Studierenden erfordert ein Zusammenfassen der Ressourcen von Studienberatung, Sozialberatung und Berufsberatung zu einem integrierten Dienstleistungsangebot. Voraussetzung

hierfür ist, daß in den Fachbereichen Studiendekane als geeignete Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Bezogen auf Studiengänge bzw. Fachbereiche sollte die Einrichtung praxisnaher Beiräte erprobt werden, die dem Austausch mit der Arbeitsverwaltung und den regionalen Arbeitgebern dienen und die Studiendekane beraten. Zur weiteren Intensivierung der Kooperation zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung empfiehlt der Wissenschaftsrat, an allen hochschulbezogenen Einrichtungen der Bundesanstalt für Arbeit Kuratorien bzw. Beiräte aus Verantwortlichen der Hochschulen, von Unternehmen und von öffentlichen Arbeitgebern der Region einzusetzen, die einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der Arbeitsverwaltung ermöglichen.

9. Die Arbeitgeber tragen Mitverantwortung für den Praxisbezug des Studiums und die Arbeitsmarktintegration der Absolventen.

Eine gemeinsame Verantwortung von Hochschulen und Arbeitgebern für die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen verlangt einen eigenen Beitrag der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber. Eine Verständigung mit den Hochschulen über Ziele des Studiums und die Gewährleistung eines ausreichenden Praxisbezugs des Studiums setzt die Dialogbereitschaft der Unternehmen voraus. Die in einigen Fächern besonders ausgeprägten Zyklen zwischen Angebotsüberhängen und Absolventenmangel sollten von der Wirtschaft durch eine Verstetigung ihrer Rekrutierungspolitik abgeschwächt werden. Unternehmen und Wirtschaftsverbände sollten stärker darauf achten, keine falschen Signale zu setzen und Aussagen zu den Berufsperspektiven von Hochschulabsolventen im Bewußtsein ihrer prozyklischen Wirkungen zu formulieren.

10. Chancengleichheit beim Zugang zum öffentlichen Dienst erfordert eine Flexibilisierung des Dienstrechts.

Zur Steigerung der Attraktivität bestehender und neuer Studienabschlüsse sollte das öffentliche Dienstrecht im Hinblick auf die tätigkeitsbezogene Verwendung von Hochschulabsolventen flexibilisiert werden. Mit einer Reform des öffentlichen Dienstrechtes, die die starre Verbindung von Laufbahnen und Besoldung an den Abschluß einer bestimmten Hochschulart überwindet, muß der Staat zur Umsetzung seiner eigenen Studienreformvorgaben beitragen.

A. Ausgangslage

Ziel der folgenden Darstellung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen ist es, in Grundzügen einen Überblick über die spezifischen Problemlagen im Verhältnis von Hochschulausbildung und Beschäftigungssystem zu geben. Dabei müssen Differenzierungen innerhalb des Hochschulsystems zwischen alten und neuen Ländern, zwischen Fachhochschulen und Universitäten, zwischen einzelnen Studienfächern und Fächergruppen sowie hinsichtlich der besonderen Situation von Frauen berücksichtigt werden.

Im einzelnen werden folgende Fragen aufgenommen:

1. Welche Auswirkungen haben Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt auf die Phase des Übergangs von der Hochschule in den Beruf? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Hochschulen?
2. In welcher Weise haben sich die Qualifikationsanforderungen an Hochschulabsolventen verändert und welche Veränderungen sind künftig zu erwarten? Welche Folgen haben diese Veränderungen mit Blick auf die Phasen von Bildung/Ausbildung und Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf?
3. Welchen Veränderungen unterlag vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen der Übergang von der Hochschule in den Beruf? Wie hat sich die Beschäftigungssituation von Akademikern im Vergleich zu anderen Qualifikationsgruppen in den letzten Jahren entwickelt? Welche spezifischen Arbeitsmarktprobleme stellen sich für Absolventen verschiedener Studienfächer?
4. Wie haben die Hochschulen diese Veränderungen aufgegriffen? Bestehen Defizite in der Gestaltung des Studien- und Beratungsangebotes und welche diesbezüglichen Maßnahmen haben die Hochschulen getroffen?
5. Welche Rolle spielen neben den Hochschulen Politik und Verwaltung sowie Wirtschaft und Arbeitsverwaltung bei der Gestaltung des Verhältnisses von Hochschul- und Beschäftigungssystem? Welche spezifischen Strukturen bestehen bzw. Maßnahmen werden getroffen, um den Übergang von der Hochschule in das Beschäftigungssystem zu gestalten und zu fördern.?

A.I. Wandel von Beschäftigung und Qualifikation

I.1. Veränderungen im Beschäftigungssystem

Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland und den anderen Ländern Westeuropas und im Kontext der Debatte um die Globalisierung der Wirtschaft wird die Diskussion um den Wandel der Erwerbsarbeit besonders intensiv geführt. Bereits in den 80er Jahren wurde eine „Krise des Normalarbeitsverhältnisses“ – verstanden als unbefristete, abhängige Vollzeitbeschäftigung – konstatiert.¹ Eine Erosion des Normalarbeitsverhältnisses wird in der zunehmenden Verbreitung sog. atypischer Beschäftigungsverhältnisse gesehen, zu denen Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Zeit- und Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Heimarbeit und Niedriglohnbeschäftigung gerechnet werden.²

Eine Reihe von Studien bringen solche Veränderungen in Verbindung mit "Megatrends" des technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels:³

- Technologische Revolution (z.B. Informationstechnologie, Bio- und Gentechnik)
- Internationalisierung der Wirtschaft („Globalisierung“), Zunahme der internationalen Mobilität
- Deregulierung und Entstaatlichung
- Individualisierung der Arbeits- und Lebenswelt als Folge von Modernisierung und gesellschaftlichem Wertewandel
- Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und die
- Demographische Alterung der Industriegesellschaften

Auf einer solchen Basis wurden vor dem Hintergrund der Wissensexpllosion in vielen Bereichen der Gesellschaft verschiedene Szenarien der Entwicklung der Erwerbsstruktur entwickelt, die zum Teil grundlegende Umwälzungen erwarten.⁴ Da eine sol-

¹Vgl. Mückenberger, Ulrich: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. In: Zeitschrift für Sozialreform, 1985, S. 415 ff. (Teil I) und S. 457 ff. (Teil II).

² Vgl. Kress, Ulrike: Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – Ein Literaturbericht. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 3, 1998, S. 488 ff.

³ Vgl. Kleinhenz, Gerhard D.: Zum Wandel der Organisationsbedingungen von Arbeit – eine Einführung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr.3, 1998, S. 405.

⁴ Die Zukunftskommission der Länder Bayern und Sachsen geht beispielsweise davon aus, daß bei einer Fortschreibung gegenwärtiger Trends das Verhältnis von Norm- und Nicht-Normarbeitsverhältnissen in fünfzehn Jahren bei eins zu eins liegen werde. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Bonn, 1996, S. 62.

che Entwicklung auch Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen und die Übergangsphase von der Hochschule in den Beruf hätte, werden im folgenden einige Entwicklungen der Erwerbsstruktur kurz skizziert, bevor anschließend empirische Befunde für Hochschulabsolventen dargestellt werden.

Aussagen über den tatsächlichen Abbau des Normalarbeitsverhältnisses sind aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen nur schwer zu treffen. Eine empirische Überprüfung der These vom grundlegenden Wandel der Erwerbsarbeit auf der Basis statistischer Daten zeigt folgende Entwicklungen:

1. Seit Mitte der 80er Jahre, insbesondere aber seit den 90er Jahren, beginnen sich Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur abzuzeichnen, zu deren prägenden Merkmalen auch ein Bedeutungsverlust von Normalarbeitsverhältnissen gehört. Zwischen 1990 und 1995 hat sich der Anteil der unbefristet vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in den alten Ländern von 59% auf 56% verringert.⁵ Die Verringerung des Anteils des Normalarbeitsverhältnisses entspricht jedoch weitgehend der Zunahme der Teilzeitbeschäftigungen, die in Deutschland weit überwiegend unbefristet und oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze angesiedelt waren. Die Anteile anderer atypischen Formen der Erwerbstätigkeit sind angestiegen, insgesamt entwickelten sie sich aber nur am Rande der bisherigen Strukturen und in erster Linie in unteren Qualifikationsstufen; zudem gewinnen sie erst in einem allmählichen Diffusionsprozeß an Bedeutung.⁶
2. Im weiteren Verlauf dieser Entwicklung könnte ein differenzierterer, bruchhafterer Verlauf des Erwerbslebens für einen zunehmenden Teil der Erwerbstätigen bestimmend sein, der häufiger durch eine längere Einstiegsphase, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Phasen der Selbständigkeit, aber auch Zeiten der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Auf der anderen Seite kann die Flexibilisierung der Beschäftigung auch individuelle Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Beschäftigungsformen eröffnen, die gestiegenen Anforderungen an selbstbestimmte Arbeit entsprechen.⁷

⁵ Hinzu kommen noch Beamte, Soldaten und Auszubildende in einer Größenordnung von rund 11%. Vgl. Hoffmann, Edeltraut; Walwei, Ulrich: Normalarbeitsverhältnis: ein Auslaufmodell? Überlegungen zu einem Erklärungsmodell für den Wandel der Beschäftigungsformen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3, 1998, S. 414 ff.

⁶ Vgl. Kleinhenz, Gerhard D.: Zum Wandel der Organisationsbedingungen von Arbeit – eine Einführung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr.3, 1998, S. 405.

⁷ Vgl. European Center for the Development of Vocational Training (CEDEFOP): Training for a changing society. A report on current vocational education and training research in Europe 1998. Thessaloniki, 1998.

3. Nicht nur auf der quantitativen Seite des Verhältnisses unterschiedlicher Beschäftigungsformen sind Veränderungen eingetreten, sondern auch die inhaltliche Gestaltung der Berufstätigkeiten unterliegt im Kontext des Strukturwandels in der Wirtschaft Veränderungsprozessen. Über den Charakter dieser Veränderungen besteht in der wissenschaftlichen Diskussion jedoch kein Konsens. Manche Autoren gehen davon aus, daß sich die traditionelle Verbindung von (Berufs-) Fachlichkeit, sozialer Integration im Betrieb, gesellschaftlichem Status und Einkommen als Merkmal des bislang dominierenden Berufskonzeptes immer mehr auflöst.⁸ Dies betreffe sowohl den industriellen Bereich als auch den Dienstleistungssektor. In neuen Tätigkeitsfeldern wie der Informations- und Kommunikationstechnik habe die Beruflichkeit als Organisationsprinzip gar nicht erst Fuß gefaßt. Von dieser Entwicklung seien Ausbildungsberufe und viele akademische Berufe bzw. Tätigkeitsbereiche betroffen. Andere Studien gelangen zu der Einschätzung, daß mit Blick auf die Verknüpfung von Ausbildung und Beruf bislang keine ernsthaften Anzeichen einer Entberuflichung festzustellen seien, auch wenn die ersten Jahre nach dem Berufseinstieg für jüngere Jahrgänge instabiler geworden seien.⁹
4. Tendenzen einer Deregulierung bislang staatlicher Tätigkeiten und Aufgaben führen dazu, daß auch die Bedeutung des Staates bzw. des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber für Hochschulabsolventen abnimmt. Zwar hat – bei insgesamt rückläufiger Beschäftigtenzahl beim Staat - die Zahl der bei staatlichen Arbeitgebern beschäftigten Erwerbstätigen mit abgeschlossener Hochschulausbildung auch in den 90er Jahren noch zugenommen; doch ist der Anteil der Hochschulabsolventen, die unmittelbar beim Staat und im weiteren öffentlichen Dienst Beschäftigung finden, seit Jahren rückläufig. Darüber hinaus entstehen auch innerhalb des öffentlichen Sektors neue Steuerungsformen, die sich stärker an Strukturen und Prozessen aus dem Bereich der Wirtschaft orientieren.
5. Verlässliche Prognosen über die Richtung der künftigen Entwicklung oder gar die Stärke bestimmter Entwicklungsprozesse sind auf der Basis der vorhandenen Daten und empirischen Studien nicht möglich. Als denkbar werden in der Litera-

⁸ Vgl. Baethge, Martin, Baethge-Kinsky, Volker: Jenseits von Beruf und Beruflichkeit? Neue Formen von Arbeitsorganisation und Beschäftigung und ihre Bedeutung für eine zentrale Kategorie gesellschaftlicher Integration. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3/1998, S. 461 ff.

⁹ Konietzka, Dirk; Lempert, Wolfgang: Mythos und Krise der beruflichen Ausbildung. Der Stellenwert der Berufsausbildung in den Lebensläufen verschiedener Geburtskohorten. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Jg. 94, S. 321 ff., 1998.

tur zwei Szenarien gegenübergestellt: Zum einen ein fortschreitender Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses infolge weiterer Marktliberalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung und verbunden mit einem starken Zuwachs atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Ein anderes Szenario hebt auf eine Anpassung des Normalarbeitsverhältnisses ab, verbunden mit einer Korrektur nicht mehr zweckmäßiger Regulierungen, um Auflösungserscheinungen entgegen zu wirken. Welche Auswirkungen quantitativer wie qualitativer Art dies für Absolventen von Hochschulstudiengängen haben wird, läßt sich nicht prognostizieren. Eine bruchlose Fortschreibung gegenwärtiger Beschäftigungs- und Qualifikationsmuster kann jedoch nicht erwartet werden.

I.2. Wandel der Qualifikationsanforderungen

Im Kontext von Veränderungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur wandeln sich auch die Qualifikationsanforderungen an Hochschulabsolventen.¹⁰ Veränderungsprozesse führen teilweise zu veränderten Unternehmensstrukturen, die häufig mit anderen Managementkonzepten verbunden sind. Der Wandel der Arbeitsorganisation von traditionaler, funktionaler Arbeitsteilung in Richtung prozeßorientierter, kooperativer Arbeitsformen stellen andere Anforderungen an Wissen und Kompetenzen. Der Wandel der Arbeitsorganisation ist gekennzeichnet u.a. durch eine Aufgabenintegration, verbunden mit einer Ausbreitung von Gruppenarbeit, durch das Zusammenspiel von Dezentralisierung, Enthierarchisierung und Eigenzuständigkeit sowie durch die Einführung von Zielvereinbarungen als neuem Steuerungsinstrument.¹¹ Mit der Internationalisierung der Wirtschaft geht schließlich zum einen eine Zunahme von Tätigkeiten in internationalen Arbeitszusammenhängen sowie zum anderen das Entstehen eines internationalen Arbeitsmarktes insbesondere für hochqualifizierte Arbeitskräfte einher. Zu Veränderungen in der Arbeitsgestaltung hat darüber hinaus insbesondere die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik beigetragen, die nahezu alle Tätigkeiten und Berufe betroffen und die Bedeutung der räumlichen Präsenz von Personen, die in einem Arbeitszusammenhang stehen, vermindert hat. In diesem Zusammenhang gewinnen auch virtuelle Arbeitszusammenhänge an Bedeutung.

¹⁰ Vgl. Kern, Peter; Ilg, Rolf, Zinser, Stephan: Auswirkungen neuer Strukturen und Organisationsformen in der Wirtschaft. In: Die Zukunft der Akademikerbeschäftigung, Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 201, Nürnberg, 1996, S. 177 ff.

¹¹ Vgl. Kern, Horst; Schumann, Michael: Kontinuität oder Pfadwechsel? Das deutsche Produktionsmodell am Scheideweg. Mitteilungen des SOFI Nr. 26, Göttingen 1998.

In den Aussagen von Absolventen, Wirtschaft und Wissenschaft zeichnen sich einige Veränderungen ab, die eine Herausforderung für die Gestaltung des Hochschulstudiums darstellen, auch wenn die Bedeutung einzelner Aspekte des wirtschaftlichen Wandels hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen an Hochschulabsolventen sehr heterogen erscheint und nur selten klar operationalisiert wird. Durchgehend wird neben der fachlichen Qualifikation außerfachlichen Schlüsselqualifikationen ein höheres Gewicht beigemessen. Die Kritik der Wirtschaft an der deutschen Hochschulausbildung richtet sich insbesondere auf die ungenügende Vermittlung solcher Schlüsselqualifikationen.¹² Dabei wird zunehmend auch die Förderung des unternehmerischen Denkens und einer Kultur der Selbständigkeit hervorgehoben. Mit dem Begriff der Schlüsselqualifikationen ist aber sowohl in der Formulierung von Anforderungen der Wirtschaft als auch in der wissenschaftlichen Diskussion eine begriffliche Bedeutungsvielfalt verbunden, die nur vage Gemeinsamkeiten erkennen läßt. Die Spanne der zu Schlüsselqualifikationen gerechneten Aspekte reicht von intellektuellen Fähigkeiten (z.B. analytisches Denken), generell erlernbaren Kenntnissen (Fremdsprachen) über strukturelle Persönlichkeitsmerkmale (z.B. Flexibilität) und Arbeitstugenden (z.B. Leistungsbereitschaft) bis hin zu sozialen Kompetenzen (z.B. Kommunikations-, Teamfähigkeit).¹³ Daraus wird bereits deutlich, daß nicht alle Aspekte im Rahmen einer Hochschulausbildung vermittelbar sind; einige fallen eher in den Aufgabenbereich der schulischen Bildung und der Arbeitswelt, andere sind als Ausdruck von Persönlichkeitsmerkmalen nur schwer durch Bildungseinrichtungen zu fördern.

Grundkenntnissen in angrenzenden Fachgebieten wird in vielen Anforderungsbeschreibungen ein zunehmendes Gewicht zugeschrieben. Das Arbeiten in Teams, die sich aus Personen mit unterschiedlichen Kompetenzen und fachlichen Qualifikationsprofilen zusammensetzen, verlangt eine Anschlußfähigkeit der eigenen Fachkompetenzen an benachbarte Wissenschaftsbereiche. Nachgefragt werden deshalb immer häufiger sogenannte Hybridkompetenzen, wie z.B. die Kombination von technischen und betriebswirtschaftlichen Kompetenzen.

Ein weiterer Aspekt, der als wesentlich für die künftige Gestaltung der grundständigen Hochschulausbildung angesehen wird, ist das lebenslange Lernen. Schnelle technologische Entwicklungen und soziale wie wirtschaftliche Veränderungen haben

¹² Vgl. beispielsweise Stihl, Hans Peter: Die deutschen Hochschulen vor Veränderungen, in: Das Hochschulwesen 1/1998, S. 26.

¹³ Vgl. Weinert, Franz E.: Vermittlung von Schlüsselqualifikationen. In: Matali, S.; Schade, D. (Hrsg.): Entwicklungen in Aus- und Weiterbildung. Baden-Baden, 1998S. 23 ff.

zur Folge, daß in vielen Berufen das im Verlaufe eines grundständigen Studiums erworbene Wissen zunehmend schneller veraltet. Im Rahmen der wissenschaftlichen Erstausbildung vermittelte Kompetenzen bedürfen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der kontinuierlichen Erneuerung, Ergänzung und Erweiterung. Von Absolventen des Hochschulsystems wird daher erwartet, daß sie die Bereitschaft und die Fähigkeit mitbringen, sich kontinuierlich weiterzubilden. Diese Notwendigkeit wird verstärkt durch den raschen Wandel der Arbeitswelt und den zunehmenden Verlust der Gewähr eines lebenslangen Arbeitsplatzes bei einem Arbeitgeber. Selbst in kontinuierlichen Arbeitsverhältnissen bei einem Arbeitgeber können sich die ausgeübten Tätigkeiten im Verlauf des Erwerbslebens mehrfach grundlegend ändern.

In einigen Disziplinen ist in den letzten Jahren bereits eine rege Diskussion um eine Reform der Studiengänge, die diesen Veränderungen Rechnung tragen soll, in Gang gekommen. Dies gilt vor allem für Fächer, in denen wachsende Arbeitsmarktprobleme dazu geführt haben, daß die Studienanfängerzahlen in einem Maße zurückgegangen sind, daß Befürchtungen eines künftigen Mangels an Absolventen aufgetreten sind. Hierzu zählen die Ingenieurwissenschaften und die Chemie. In den Ingenieurwissenschaften sind im Kontext des wirtschaftlichen und technologischen Wandels auch veränderte Berufsanforderungen und die im Studium zu vermittelnden Qualifikationen zentrale Themen.¹⁴ Dabei wird hervorgehoben, daß eine weitgehende Beschränkung des Ingenieurstudiums auf die Vermittlung technischen Fachwissens den veränderten Berufsanforderungen an Ingenieure als Folge des Strukturwandels in der Wirtschaft nicht mehr gerecht wird. Mit steigender Kundenorientierung, der Ausbreitung von Teamarbeit im internationalen Kontext, veränderten Beziehungen zwischen Produktion und Vertrieb sind für Ingenieure in wachsendem Maße wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und kommunikative Fähigkeiten unerlässlich. Die gute Arbeitsmarktsituation von Wirtschaftsingenieuren zeigt, daß entsprechende Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Die Entstehungsgeschichte dieses Studiengangs verdeutlicht die Entwicklung beispielhaft. Er entstand in einer Überangebotssituation als Aufbaustudienangebot zur Weiterqualifizierung von diplomierten Ingenieuren und hat sich im Zuge seiner hohen Akzeptanz zu einem grundständigen Studiengang an Universitäten und Fachhochschulen weiterentwickelt. Darüber hinaus wird die wachsende Bedeutung außerfachlicher Qualifikationen hervorgehoben. Hierzu werden Teamfähigkeit, Management- und Projekt-

¹⁴ Hierzu fanden 1998 in Deutschland mehrere größere Tagungen statt. Vgl. DAAD: Bachelor- und Magisterstudiengänge in den Ingenieurwissenschaften, Bonn, 1999 oder die HIS-Tagung „Innovative Ingenieurausbildung. Hochschulstudium unter Bedingungen der Globalisierung und des Technikwandels, Bonn, 1999.

managementkompetenzen ebenso gerechnet wie Fremdsprachenkenntnisse und die Fähigkeit, sich kontinuierlich in neue Tätigkeitsfelder einzuarbeiten. Vor diesem Hintergrund haben der Zentralverband der deutschen Elektroindustrie (ZVEI) und der Verband deutscher Elektroingenieure (VDE) die Anforderungen an übergreifende Qualifikationen für Elektroingenieure gemeinsam mit Professoren von Universitäten und Fachhochschulen auf 15% des curricularen Volumens beziffert, der Verein deutscher Ingenieure (VDI) sogar auf 20% - gegenüber meist weniger als 5% in den gegenwärtigen Studiengängen.¹⁵

Ein anderes Beispiel ist die Chemie, in der ebenfalls - bis 1995 - die Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen stark angestiegen und gleichzeitig die Zahl der Studienanfänger deutlich zurückgegangen ist. In der „Würzburger Erklärung“ hat die Konferenz der Fachbereiche Chemie im Juni 1996 ein Konzept zur Neustrukturierung des Chemiestudiums vorgelegt, das ein sechssemestriges Basisstudium mit einem berufsqualifizierenden Abschluß vorsieht und darauf aufbauend verschieden ausgerichtete viersemestriges Folgestudien: Neben einem Forschungsstudium mit dem Ziel der Promotion ein anwendungsorientiertes Chemiestudium mit dem Abschluß Diplomchemiker und ein nichtchemisches Zusatzstudium mit dem Abschluß z.B. als Diplomwirtschaftskemiker. Dadurch soll die Promotion mit ihrer engen fachlichen Spezialisierung als faktische Regelqualifikation entsprechend den Veränderungen in der Wirtschaft durch differenzierte Studienangebote und –abschlüsse abgelöst werden. Die Würzburger Erklärung wird von einigen Wirtschafts- und Berufsverbänden aus dem Bereich der Chemie mitgetragen. Die Studienreformkommission der Gesellschaft Deutscher Chemiker hat auf der Grundlage der Würzburger Erklärung ein Konzept für das Basisstudium Chemie erarbeitet, das darüber hinaus im Anschluß an die Novellierung des HRG die Empfehlungen zur Einführung von Bakkalaureus-/ Bachelor- und Magister-/Master-Abschlüssen sowie des Credit-Point-Systems aufgegriffen hat.¹⁶ Das Basisstudium soll den Anforderungen für einen Bachelor of Science entsprechen; der Master of Science in Chemistry soll auf der Grundlage eines der chemischen Folgestudiengänge erworben werden können. Gegenwärtig arbeitet eine Reihe chemischer Fachbereiche an der Umsetzung dieses Modells.

¹⁵ Internationalisierung der Ingenieurausbildung – Neue Herausforderungen für Hochschulen in Deutschland. Empfehlungen von VDMA und ZVEI, Mai 1997 sowie VDI, Thesen zur Weiterentwicklung der Ingenieurausbildung in Deutschland, Düsseldorf, Mai 1998.

¹⁶ Gesellschaft Deutscher Chemiker: Empfehlungen der Studienreformkommission zum Basisstudium Chemie, 1.-6. Semester (180 SWS), 1997.

I.3. Der Übergang von der Hochschule in den Beruf

Die Frage, welche Folgen diese Veränderungen für den Übergang von der Hochschule in den Beruf bzw. für die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen generell haben, ist von großer Bedeutung für die zukünftige Gestaltung des Hochschulsystems sowie der Studiengänge und Abschlüsse. Der Analyse des Wandels der Situation von Hochschulabsolventen stellt sich jedoch das Problem, daß die Kategorien und Erfassungsmerkmale der aggregierten amtlichen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstatistik überwiegend bereits vor Jahrzehnten unter anderen strukturellen Rahmenbedingungen entstanden sind und nur bedingt geeignet erscheinen, beginnende Veränderungsprozesse frühzeitig und seismographisch zu erfassen. Absolventenstudien und Erfahrungen aus der Beratung der Studierenden und Absolventen ergänzen die statistische Evidenz und können Hinweise auf Veränderungen geben, erlauben jedoch keine verlässliche quantitative Gewichtung dieser Phänomene.

Die amtliche Arbeitsmarktstatistik weist aus, daß in den meisten Studienfächern/Berufen mit der Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen auch die Zahl der arbeitslosen Berufsanfänger in den letzten Jahren angestiegen ist, jedoch der Anteil der Berufsanfänger unter den Arbeitslosen in den meisten Fächern abgenommen hat. Detailliertere Informationen über den Berufseinstieg und die damit verbundenen Probleme und Schwierigkeiten lassen sich aus Absolventenstudien gewinnen. Hier stehen zum einen die von HIS im Auftrag des BMBF durchgeführten Repräsentativbefragungen für einzelne Fachrichtungen/Studienfächer zur Verfügung,¹⁷ zum anderen aber auch Studien einzelner Fachbereiche und Hochschulen.¹⁸ Da sie die Absolventen über einen Zeitraum von zwei Jahren nach dem Examen verfolgen, beziehen sich die HIS-Studien auf bereits länger zurückliegende Absolventenjahrgänge. Gegenwärtig liegen Veröffentlichungen bis zum Absolventenjahrgang 1993 vor, so daß aktuelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre noch nicht erfaßt werden.

¹⁷ Vgl. z.B Minks, Karl-Heinz; Bathke, Gustav-Wilhelm: Absolventenreport Rechtswissenschaft, hrsg. vom BMBF, Bonn, 1994. Minks, Karl-Heinz: Absolventenreport Ingenieure, Bonn, 1996. Holtkamp, Rolf, Minks, Karl-Heinz, Schaeper, Hildegard: Fachhochschulabsolventen im Strukturwandel des Beschäftigungssystems, Bonn, 1998.

¹⁸ Eine zusammenfassende Sekundärauswertung solcher Studien findet sich in: Burkhardt, Anke; Schomburg, Harald; Teichler, Ulrich (Hrsg.): Hochschulstudium und Beruf. Ergebnisse von Absolventenstudien. Kassel, 1999.

Die Absolventenstudien vermitteln einen Einblick in den Verlauf des Studiums und der Übergangsphase in Beschäftigung, geben einen Überblick über die beruflichen Aufgaben und deren Bewältigung bzw. die damit verbundenen Probleme, ergänzen die aggregierten Strukturdaten der Arbeitsmarktstatistik durch Einschätzungen und Bewertungen der Absolventen und thematisieren die Frage der beruflichen Bezüge und Wirkungen des Studiums.¹⁹ Zugleich werden die Grenzen von Absolventenstudien deutlich: repräsentative Studien für eine Fachrichtung fehlen meist, häufig werden in einer Studie Aussagen zu Absolventen verschiedener Jahrgänge, Fächer und Abschlußarten nur aggregiert dargestellt. Die Themen, Fragestellungen und Methoden unterscheiden sich oft von Studie zu Studie, so daß Vergleiche zwischen Fächern, Hochschulen und Hochschularten nur sehr eingeschränkt möglich sind. In etlichen Fällen lassen die Studien, die häufig von Fachbereichen und eigens entstandenen Initiativen in Eigenregie durchgeführt werden, methodische Mindeststandards vermissen. Und schließlich versuchen nur sehr wenige Studien, die berufs- und beschäftigungsbezogenen Wirkungen von Studienbedingungen und Studienangeboten systematisch zu ergründen.

Die Ergebnisse der zahlreichen Studien variieren in ihren zentralen Aussagen zur Berufseinmündung von Hochschulabsolventen je nach Anlage der Studie, Hochschule, Fachrichtung, insbesondere aber auch Erhebungszeitpunkt. Es zeigt sich, daß sich in Abhängigkeit von der aktuellen Beschäftigungssituation in einem Fach sowie von spezifischen Erwartungen und Orientierungen der Studierenden unterschiedliche Muster des Übergangs von der Hochschule in Erwerbstätigkeit einstellen. In vielen Studienfächern herrscht bei den Studierenden zu Studienbeginn eine ausgeprägte Berufsorientierung vor, so z.B. in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften, in anderen Fächergruppen (z.B. Sprach- und Kulturwissenschaften) ist die Orientierung auf einen möglichst schnellen spezifischen Einstieg in das Erwerbsleben weniger stark ausgeprägt.

a) Arbeitslosigkeit beim Übergang in den Beruf

Die amtliche Arbeitsmarktstatistik enthält Angaben zur Zahl der arbeitslosen Berufsanfänger nach Abschluß des Studiums, die als Personen ohne vorherige Erwerbstä-

¹⁹ Vgl. Teichler, Ulrich: Potentiale und Erträge von Absolventenstudien; in: Burkhardt, Schomburg und Teichler, a.a.O.

tigkeit definiert werden.²⁰ In den 90er Jahren hat bei steigenden absoluten Zahlen der Anteil der so definierten Berufsanfänger unter den arbeitslosen Akademikern in den alten Ländern kontinuierlich abgenommen. Von 1991 bis 1998 ging ihr Anteil an allen Arbeitslosen mit Universitätsabschluß von 26,7% auf 14,7% zurück; unter den arbeitslosen Absolventen von Fachhochschulstudiengängen waren 1998 nur noch 11,1% ohne Berufserfahrung (1991: 22,1%). In den neuen Ländern lag der Anteil der arbeitslosen Berufsanfänger im gleichen Jahr mit 5,3% bei Universitäts- und mit 4,2% bei Fachhochschulabsolventen deutlich niedriger.

Allerdings bestehen erhebliche Unterschiede in den Anteilen der Berufsanfänger an den Arbeitslosen zwischen einzelnen Studienfächern bzw. Berufen.²¹ Bei Universitätsabsolventen war er in den alten Ländern 1997 am niedrigsten bei Apothekern (7,8%) und am höchsten bei Absolventen geowissenschaftlicher Studiengänge (Geographen, Geologen u.ä) und bei Architekten/Bauingenieuren (19%). Überdurchschnittliche Anteile von arbeitslosen Berufsanfängern sind darüber hinaus u.a. bei Geisteswissenschaftlern, Maschinenbau- und Elektroingenieuren, Psychologen, Politologen, Zahnärzten und einigen Gruppen von Lehrern zu verzeichnen, während bei Publizisten, Juristen, Chemikern, Physikern, Betriebswirten sowie Gymnasial- und Sonderschullehrern Berufsanfänger unter den Arbeitslosen unterrepräsentiert sind. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß das Ausmaß registrierter Arbeitslosigkeit allein kein Indikator für das Gelingen der Integration in das Berufsleben ist. Dies gilt insbesondere in Berufen mit hohen Anteilen freiberuflich und selbständig Tätiger (z.B. Juristen), in denen auch wenig erfolgreiche freiberufliche Tätigkeiten immer noch als Alternative zur Arbeitslosigkeit gewählt werden. Bei den Ingenieuren mit Fachhochschulabschluß waren Berufsanfänger weniger häufig unter den Arbeitslosen zu finden (12%) als bei den Ingenieuren mit Universitätsstudium (17%). Hervorzuheben ist der geringe Anteil von Berufsanfängern bei den arbeitslosen Sozialarbeitern (7%).

Die Absolventenstudien lassen demgegenüber erkennen, daß innerhalb der ersten beiden Jahre nach Studienabschluß Phasen der Arbeitslosigkeit sehr verbreitet sind. In den meisten Fächern ist in den 90er Jahren der Anteil derjenigen Absolventen, die

²⁰ Arbeitslose, die bereits in einem anderen Beruf erwerbstätig waren, werden somit nicht als Berufsanfänger eingestuft. Da Fachhochschulabsolventen vor dem Studium häufiger eine Berufsausbildung absolviert haben und auch häufiger bereits berufstätig waren, ist der geringere Anteil der Berufsanfänger an den arbeitslosen FH-Absolventen z.T. auch auf diese Definition zurückzuführen.

²¹ Allerdings muß bei Arbeitslosigkeit ohne Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, was unmittelbar nach dem Studienabschluß die Regel ist, mit größeren fachspezifischen Unterschieden im Meldeverhalten gerechnet werden.

innerhalb einer Übergangsphase von zwei Jahren nach Abschluß ihres Studiums irgendwann für kürzere oder längere Zeit arbeitslos waren, angestiegen. Dies gilt sowohl für Universitäten als auch für Fachhochschulen.²² Arbeitslosigkeit über das zweite Jahr nach Studienabschluß hinaus ist jedoch nach wie vor relativ selten.

Dabei bestehen zum Teil deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Fächergruppen, aber auch zwischen Studiengängen einer Fächergruppe, so z.B. innerhalb der Naturwissenschaften, wo sich die Situation in der Biologie deutlich schlechter darstellt als in den Fächern Mathematik und Physik. Mit Blick auf die Strukturen der jeweiligen Arbeitsmärkte im Zusammenhang mit dem Bildungssystem lassen sich die Fächer folgendermaßen gruppieren:

1. *Studienfächer mit klarem Bezug zu stark regulierten Berufen, für die in der Regel ausschließlich an Universitäten ausgebildet wird, und mit traditionell hoher Bedeutung des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber*

Hierzu zählen Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Pharmazie, Rechtswissenschaften und Lehramtsstudiengänge. Die Arbeitsmarktsituation ist in diesen Fächern in starkem Maße vom aktuellen Stellenangebot in den jeweils stark reglementierten Professionen abhängig. Die Gestaltung der Studiengänge wird weitgehend durch staatliche Regulierungen geprägt, der Zugang zum Beruf wird durch Staatsexamina, teilweise verbunden mit anschließenden obligatorischen Ausbildungsphasen in der beruflichen Praxis, geregelt. Kapazitäre Zugangsbeschränkungen orientieren sich überwiegend an historisch gewachsenen Kapazitäten der Hochschulen. Die Ausbildung für andere Berufe im gleichen Berufsfeld ist außerhalb des Hochschulwesens angesiedelt. Dies gilt beispielhaft im Bereich der Medizin/Gesundheitsberufe. Im Bereich der Rechtswissenschaften beginnt sich diese Zuschreibung durch die neu entstandenen wirtschaftsrechtlichen Studiengänge an Fachhochschulen allmählich aufzulösen, Ansätze sind auch im Bereich Wirtschaftspsychologie erkennbar. Das Studium ist in diesen Fächern dadurch gekennzeichnet, daß die Gestaltung der Studiengänge durch staatliche Prüfungsordnungen stark von außen bestimmt ist. In den Bereichen Medizin und Rechtswissenschaften war der Übergang in den Beruf in der Vergangenheit unproblematisch, wird aber zunehmend schwieriger, da eine freiberufliche Tätigkeit angesichts steigender Konkurrenz aufgrund des Zuwachses der Zahl freiberuflich Tätiger an Attraktivität verliert. Gleichzeitig sind dies die beiden Fächer, in denen der Nutzen des Studiums für die Berufsvorbereitung von Studierenden/Absolventen am

²² Vgl. Holtkamp, Rolf; Minks, Karl-Heinz; Schaeper, Hildegard; a.a.O.

schlechtesten beurteilt wird.²³ Eine Studie aus Österreich zeigt, daß die Absolventen dieser Fächer, wenn ihnen der „reguläre“ Einstieg in den jeweiligen Beruf nicht gelingt, wenig ausbildungsadäquate Alternativen haben und dann überproportional häufig zu den „Verlierern“ auf dem akademischen Arbeitsmarkt zählen.

Eine Besonderheit stellen die Lehramtsstudiengänge dar, da hier die Arbeitsmarktsituation aufgrund der staatlichen Vorgaben (Einstellungszahlen) in den letzten Jahren stark schwankte und die Studiennachfrage als Reaktion darauf ebenfalls deutliche Ausschläge in beide Richtungen aufwies. Die zweite Hälfte der 80er Jahre hat eine positive Wende auf dem Lehrerarbeitsmarkt gebracht, die Zahl arbeitsloser Lehrer hat sich nahezu halbiert. In den letzten Jahren ist jedoch wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote liegt mit 2,5% (alte Länder 1995; neue Länder: 3,8%) aber nach wie vor unter dem Durchschnitt aller Universitätsabsolventen.²⁴ In Abhängigkeit von den Einstellungszahlen der Länder stellt sich die Situation sehr unterschiedlich dar. So erreichte die Zahl der arbeitslosen Lehrer in Baden-Württemberg 1997 nahezu wieder den Stand von 1985, während sie in einigen anderen Ländern (z.B. Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen) deutlich niedriger liegt als Mitte der 80er Jahre.

2. *Studienfächer mit klaren beruflichen Tätigkeitsfeldern und feingliederter, aber durchlässiger beruflicher Struktur, die in der Regel sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen vertreten sind.*

Beispiele hierfür sind v.a. Wirtschaftswissenschaften, Ingenieurwissenschaften sowie mit Einschränkungen die Naturwissenschaften, die an Fachhochschulen nur mit technischer Orientierung vertreten sind. Innerhalb dieser Gruppe unterscheiden sich die Übergangsprozesse und Arbeitsmarktkonstellationen zwischen den einzelnen Fächern deutlich. Während der Übergang vom Studium in den Beruf sich für Wirtschaftswissenschaftler nach wie vor – und auch erstaunlich konjunkturunabhängig - relativ unproblematisch gestaltet, ist die Situation in den Ingenieurwissenschaften in hohem Maße konjunkturabhängig. Dabei verliefen die Zyklen für Architekten und Bauingenieure auf der einen Seite und für Maschinenbauer und Elektrotechniker auf der anderen Seite in den letzten Jahren gegenläufig. In Architektur/Bauingenieurwesen gab es zum Ende der 80er Jahre einen Einbruch, der Auswirkungen auf die Übergangs-

²³ Bargel, Tino; Multrus, Frank; Ramm, Michael: Studium und Studierende in den 90er Jahren. Bonn, BMBF, 1996.

²⁴ In einer Reihe von Ländern haben tarifvertragliche Regelungen zur Teilzeitbeschäftigung zur Verringerung der Zahl arbeitsloser Lehrer beigetragen.

phase hatte, in dem der Einstieg in reguläre Erwerbstätigkeit zugunsten befristeter und projektbezogener Tätigkeiten abgenommen hatte. Mit dem konjunkturellen Aufschwung zu Beginn der 90er Jahre fand zumindest vorerst eine Rückkehr zu traditionellen Arbeitsverhältnissen statt. Wie sich die erneute Krise mit stark ansteigenden Arbeitslosenzahlen (z.B. Architektur (Uni): 1996 Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in den alten Ländern um 47%) auf die Übergangsphase auswirkt, kann noch nicht abschließend beurteilt werden, da keine entsprechend aktuellen Studien vorliegen. In den klassischen Ingenieurdisziplinen (Maschinenbau, Elektrotechnik, Fertigungswesen) haben sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre die dramatisch verschlechterte Arbeitsmarktlage und die Strukturveränderungen in der Wirtschaft massiv auf die Übergangsphase ausgewirkt. Ingenieure des Absolventenjahrgangs 1993 fanden im Vergleich zum Jahrgang 1989 erheblich verzögert in den Beruf.²⁵ Die traditionell hohen Übergangsquoten sind innerhalb von nur 4 Jahren dramatisch gesunken, von – je nach Fach und Hochschulart - 83 bis 85% auf rund 68%. Umgekehrt haben befristete Werk- und Honorartätigkeiten wie auch die Aufnahme eines weiteren Studiums im Übergang von der Hochschule in den Beruf beträchtlich an Bedeutung gewonnen; Arbeitslosigkeit hat stark zugenommen (nach 12 Monaten von unter 2% auf Anteile von 5 bis 8%). Gegenwärtig zeichnet sich eine deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Ingenieuren ab. Mit Blick auf Strukturveränderungen in der Wirtschaft bleibt jedoch fraglich, ob sich die traditionellen Übergangsmuster bei einer konjunkturellen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für Ingenieure wiederherstellen, wie es bei den Architekten/Bauingenieuren in der ersten Hälfte der 90er Jahre zunächst der Fall war.

3. *Fächer ohne klare Berufsfelder und mit offener Beziehung zwischen Studium und Beruf*

Die Studienfächer dieser Gruppe werden nahezu ausschließlich an Universitäten angeboten. Dabei stehen die Geistes- und Sozialwissenschaften im Vordergrund. Die Probleme von Geisteswissenschaftlern auf dem Arbeitsmarkt sind eng mit der Arbeitsmarktproblematik von Lehrern verknüpft, auch wenn sich die Gewichte von Lehramts- und Magisterabschlüssen mehrmals deutlich verschoben haben: Während 1980 noch 70% aller Studienabschlüsse in den Sprach- und Kulturwissenschaften auf Lehramtsabschlüsse entfielen, war das Verhältnis 10 Jahre später genau umgekehrt (Anteil Lehramt: 33%). Aufgrund höherer Einstellungszahlen von Lehrern hat das Interesse an Lehramtsstudi-

²⁵ Absolventenreport Ingenieure. Bonn, 1996., S. 13.

engängen dann wieder zugenommen, 1997 hielten sich beide Abschlußarten die Waage (bei einem Gesamtanstieg um 78% gegenüber 1990).

Trotz einer erkennbaren Ausweitung der Tätigkeitsfelder für Geisteswissenschaftler außerhalb des Lehrerberufs, bleibt die Arbeitsmarktsituation angespannt. Berufliche Bezüge bestehen außerhalb des öffentlichen Dienstes am ehesten im Bereich der Medien. Dies äußert sich darin, daß die Absolventen von Universitätsstandorten mit hoher Kultur- und Medienkonzentration (Rhein-Main, Köln-Düsseldorf, Hamburg, München, Berlin) nach einem Jahr deutlich häufiger in reguläre Erwerbstätigkeit gefunden haben als an anderen Standorten (Differenz: 16 Prozentpunkte).²⁶

Der Übergang in den Beruf gestaltet sich für Absolventen der geisteswissenschaftlichen Magisterstudiengänge schwieriger als in den meisten anderen Fächergruppen.²⁷ Sie weisen mit 30% (Jahrgang 1993) von allen Fächergruppen den niedrigsten Anteil von regulär Erwerbstätigen (ein Jahr nach Studienabschluß) auf. Dieser Anteil steigt auch in den folgenden Jahren nach Studienabschluß nur leicht an. Demgegenüber kommt Werk-, Honorar- und Aushilfstätigkeiten eine große Bedeutung zu. Ein erheblicher Teil der Absolventen des Jahrgangs 1993 (34%) nahm nach dem Studienabschluß ein weiteres Studium auf oder begann mit einem Promotionsvorhaben, so daß registrierte Arbeitslosigkeit dennoch eine eher geringe Rolle spielte. Kennzeichnend für die geisteswissenschaftlichen Studiengänge ist, daß der Nutzen des Studiums hinsichtlich der Vermittlung beruflich nutzbarer Qualifikationen von den Absolventen als sehr gering eingeschätzt wird. Gleichzeitig zeigen die Absolventenstudien für diese Studienfächer ein hochflexibles Arbeitsmarktverhalten der Absolventen, sowohl was die Suchprozesse angeht als auch hinsichtlich der Gestaltung individueller Profile und Karrierewege.

b) Der Übergangsprozeß

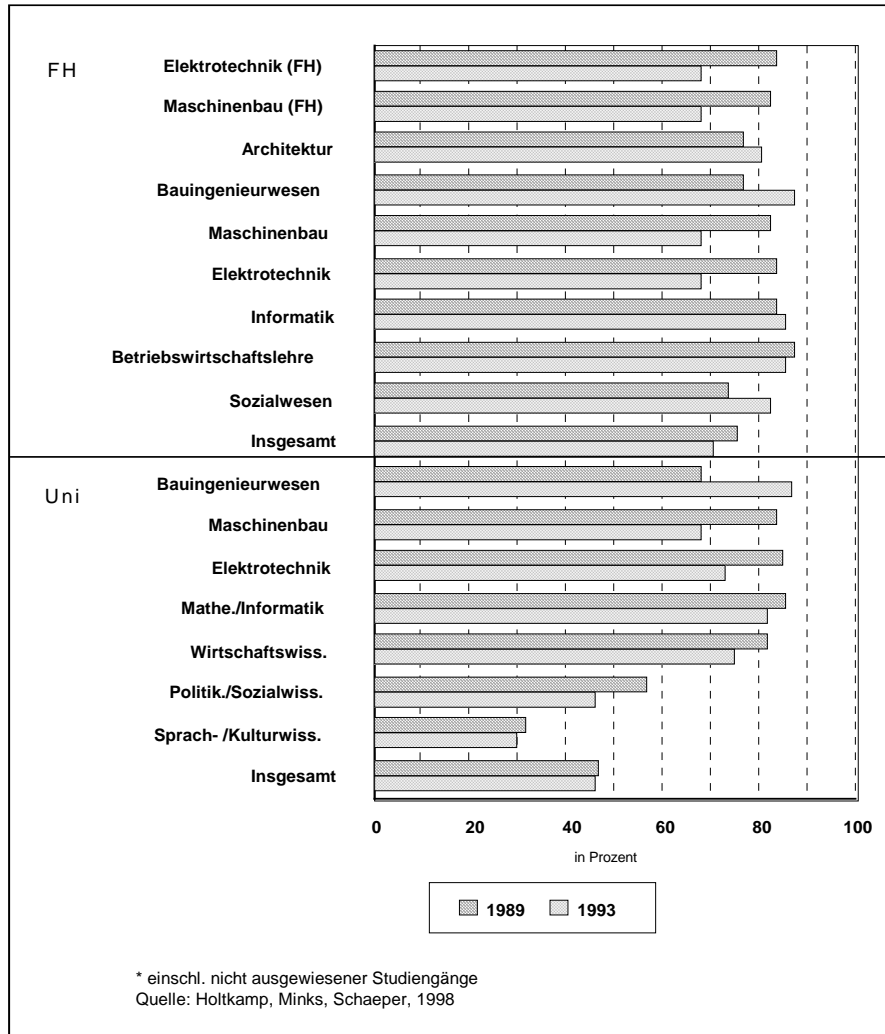
Ein Vergleich der Absolventenstudien aus den 70er, 80er und 90er Jahren läßt erkennen, daß die Übergangsphase in den Beruf immer aufwendiger, komplexer und auch langwieriger geworden ist. Für einen zunehmenden Teil der Studierenden beginnt die Stellensuche schon längere Zeit vor dem Examen. Die Wege der Stellensu-

²⁶ Vgl. Minks, Karl-Heinz; Filaretow, Bastian: Absolventenreport Magisterstudiengänge. Bonn, 1995; sowie die Zahlenangaben für geisteswissenschaftliche Universitätsstudiengänge in Holtkamp, Rolf; Minks, Karl-Heinz; Schaeper, Hildegard, a.a.O.

²⁷ Absolventenreport Magisterstudiengänge, a.a.O.

che werden vielfältiger, die Zahl der Bewerbungen wird höher, zwischenzeitige Gelegenheitsjobs und – meist kürzere – Phasen der Arbeitslosigkeit werden häufiger.

Abb. 1: Übergangsraten in reguläre Erwerbstätigkeit 1 Jahr nach Abschluß



An den Fachhochschulen hat sich der Anteil derjenigen, die ein Jahr nach dem Studienabschluß einer regulären Erwerbstätigkeit nachgingen, repräsentativen Studien zufolge zwischen den Absolventenjahrgängen 1989 und 1993 von 76% auf 71% verringert.²⁸ Dabei haben sich die Übergangsraten in den Studienfächern unterschiedlich entwickelt (vgl. Abb. 1). Der Rückgang der Übergangsraten innerhalb des ersten Jahres nach Studienabschluß bei den Fachhochschulabsolventen ist vor allem auf

²⁸ Nur für diesen Zeitraum liegen bislang die im Auftrag des BMBF von HIS durchgeführten Absolventenbefragungen vor.

die Entwicklung im Maschinenbau und in der Elektrotechnik zurückzuführen. An den Universitäten ist der Anteil derjenigen, die nach einem Jahr regulär erwerbstätig waren, insgesamt konstant geblieben (1989: 47%, 1993: 46). In einer Reihe der untersuchten Studienbereiche hat er sich aber - in unterschiedlichem Ausmaß – verringert. Am deutlichsten war der Rückgang auch hier unter den Maschinenbau- und Elektrotechnik-Absolventen (von 84 auf 68% bzw. von 85 auf 73%). Von den Absolventen in den Sprach- und Kulturwissenschaften des Jahrgangs 1993 gingen nach einem Jahr weniger als ein Drittel (30%) einer regulären Erwerbstätigkeit nach.

Hinsichtlich der Suchstrategien, die zu einem erfolgreichen Übergang in das Berufsleben geführt haben, zeigt sich, daß sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen Bewerbungen auf Stellenanzeigen und Initiativbewerbungen die größte Rolle spielen. Darüber hinaus kommen viele Beschäftigungen durch Kontakte während des Studiums in Form von Praktika/Examensarbeiten (Ingenieurwissenschaften, Informatik, Sozialwesen an Fachhochschulen) oder durch Jobs (Sozial- und Geisteswissenschaften an Universitäten, Architektur) zustande. Demgegenüber spielt die Vermittlung durch das Arbeitsamt bei den Absolventen, die innerhalb des ersten Jahres nach ihrem Studienabschluß eine Tätigkeit finden, eine sehr geringe Rolle (ca. 2 bis 5%).²⁹ In den letzten Jahren haben, insbesondere in den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften, Absolventenmessen eine wachsende Bedeutung erlangt, auf denen Studierende kurz vor dem Examen bzw. Hochschulabsolventen die Möglichkeit von Gesprächen mit potentiellen Arbeitgebern haben.

Ohne daß sich die Bedeutung und der Erfolg bereits exakt quantifizieren ließen, kann festgehalten werden, daß das Internet für Hochschulabsolventen ebenfalls in wachsendem Maße zu einem Medium für die Stellensuche geworden ist.³⁰ Neben Stellenanzeigen einzelner Unternehmen auf ihrer eigenen Homepage spielen nationale und internationale Online-Jobbörsen kommerzieller wie nicht-kommerzieller Anbieter (darunter auch Fachbereiche von Hochschulen) eine wichtige Rolle. Einige Anbieter orientieren sich dabei mit einem breiteren Spektrum der nachgefragten Studienfächer und Qualifikationen am Stellenanzeigenteil vorhandener Printmedien, andere sind branchen- oder berufsspezifisch eingegrenzt. Bislang fungieren Online-Angebote überwiegend als Stellenanzeigen, die Bewerbungen selbst müssen in der Regel nach wie vor – häufig nach einer Online-Kurzbewerbung – auf herkömmliche Weise

²⁹ Diese Ergebnisse finden sich übereinstimmend bei Holtkamp, Minks, Schaeper, a.a.O. und bei Teichler, Burkhardt, Schomburg, a.a.O.

³⁰ Eine Befragung der Zeitschrift Capital hat ergeben, daß das Internet nach den Tageszeitungen das zweitwichtigste Medium zur Stellensuche geworden sei.

eingereicht werden. Daneben gibt es auch kommerzielle und nicht-kommerzielle Online-Börsen, in denen Stellensuchende ihre Bewerbungsunterlagen vorstellen und veröffentlichen können.

c) Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse

In den letzten Jahren ist die Art der Beschäftigungsverhältnisse innerhalb der ersten Jahre nach Studienabschluß heterogener geworden. An Bedeutung gewonnen haben Teilzeitbeschäftigungen, zeitlich befristete Arbeitsverträge, Werk- und Honorarverträge (die in einigen Fächern Tradition haben) sowie Tätigkeiten, die als Scheinselbständigkeit eingestuft werden können (d.h. selbständige Tätigkeit, aber überwiegend für eine Organisation/einen Auftraggeber; ohne eigenständiges Auftreten am Markt). Am stärksten scheinen seit den 80er Jahren befristete Beschäftigungsverhältnisse zugenommen zu haben. Dies gilt für nahezu alle Absolventen, die eine wissenschaftliche Karriere innerhalb des Hochschul- und Forschungssystems anstreben.

d) Spezifische Probleme im Übergang in den Beruf bei Hochschulabsolventinnen

Der Übergang von der Hochschule in den Beruf gestaltet sich für Frauen deutlich schwieriger als für Männer, wie Absolventenstudien ebenso wie die amtliche Arbeitsmarktstatistik zeigen. Die Übergangsphase ist in der Regel langwieriger, Phasen der Arbeitslosigkeit, ungesicherte und kürzere, vorübergehende Beschäftigungsverhältnisse sind häufiger und der Übergang in dauerhafte Beschäftigung gelingt insgesamt seltener. Hinsichtlich des beruflichen Status wie des Einkommens ist eine Benachteiligung festzustellen. Frauen gelingt seltener der Einstieg in Positionen mit Leitungsfunktion, in größerem Umfang als Männer werden sie als qualifizierte Angestellte in mittleren Positionen beschäftigt.³¹ Dabei sind die beruflichen Nachteile in der Privatwirtschaft deutlicher ausgeprägter als im öffentlichen Dienst. Eine Studie zum Berufsübergang von Fachhochschulen gelangt zu dem Ergebnis, daß Frauen in Studien- und Berufsbereichen, die durch günstige Arbeitsmarktverhältnisse charakterisiert sind (z.B. Wirtschaftswissenschaften, zum Zeitpunkt der Befragung (1993) auch Architektur), in ähnlicher Weise der Berufseinstieg gelingt wie Männern, während der Abstand zu Männern in Berufen mit einem Überhang an Arbeitskräften grö-

³¹ Vgl. Holtkamp, Rolf; Minks, Karl-Heinz; Schaeper, Hildegard: Fachhochschulabsolventen im Strukturwandel des Beschäftigungssystems. Bonn, 1998, S. 55.

ßer ist.³² Mit den größeren Problemen beim Übergang in den Beruf geht der Befund einher, daß Studentinnen – mit Ausnahme der Fachhochschulen in den alten Ländern - auch bereits während des Studiums häufiger Schwierigkeiten beim Übergang in den Beruf erwarten als ihre männlichen Kommilitonen.³³

e) Bewertung des Studiums unter Berufs- und Beschäftigungsgesichtspunkten

Viele der Absolventenstudien beinhalten eine rückblickende, berufs- und beschäftigungsbezogene Bewertung des Studiums und der darin vermittelten Qualifikationen. Unter Berücksichtigung methodischer Probleme lassen sich einige Grundaussagen formulieren: Bei einer insgesamt überwiegend anerkennenden Bewertung des Studiums insbesondere hinsichtlich der fachlich-disziplinären Inhalte wird an einigen Punkten studienübergreifend Kritik geäußert. Dies betrifft zum einen Defizite in der Vermittlung grundlegenden Wissens in benachbarten Disziplinen, das für die berufliche Tätigkeit als bedeutsam angesehen wird. Etwa die Hälfte aller Fachhochschul- und Universitätsabsolventen hält eine stärkere Berücksichtigung fachübergreifenden Denkens für erforderlich.³⁴ Darüber hinaus wird, stärker von den Absolventen der Universitäten als der Fachhochschulen, ein erfahrungsnahes Lernen vermißt, das konkrete berufliche Problemlösungen mit Methoden vermittelt, die auch in der Arbeitswelt relevant sind. Weiter werden Defizite bezüglich sozialer und kommunikativer Kompetenzen, in einzelnen Fachrichtungen auch im Bereich der EDV-Kenntnisse konstatiert. Defizite werden von Absolventen somit insbesondere im Bereich von Befähigungen beklagt, die dazu beitragen, die Vermittlung fachlicher Kompetenzen in unterschiedlichen Anwendungsbezügen zu ermöglichen. Besonders negativ wird der Beitrag des Hochschulstudiums zur Berufsvorbereitung regelmäßig von Studierenden/Absolventen der Medizin und der Rechtswissenschaften bewertet, d.h. in zwei Fächern, in denen das Studium sehr eng auf eine Profession zielt.³⁵

Dies bedeutet, daß von Studierenden und Absolventen gerade die Leistung der Hochschulen hinsichtlich der Kompetenzen und Fähigkeiten als defizitär eingestuft wird, deren wachsende Bedeutung für den Arbeitsmarkterfolg zunehmend anerkannt wird. Diese Einschätzung wird durch Aussagen aus der Wirtschaft unterstützt. Vertreter international agierender Unternehmen bewerten in der Regel die fachlichen Kompetenzen deutscher Absolventen im Wettbewerb mit Absolventen angelsächsi-

³² Vgl. Holtkamp, Rolf; Minks, Karl-Heinz; Schaeper, Hildegard, a.a.O., S. II.

³³ Vgl. Bargel, Multrus, Ramm, a.a.O., S. 188 f.

³⁴ Vgl. Holtkamp, Minks, Schaeper, a.a.O., S.74, S. 124.

³⁵ Vgl. Bargel, Multrus, Ramm, a.a.O., S. 112.

scher Hochschulen hoch, beklagen aber häufig Defizite hinsichtlich der sozialen Kompetenzen.

Darüber hinaus werden von Absolventen die Hilfen der Hochschulen beim Übergang in das Beschäftigungssystem, so z.B. Information, Bewerbungstechniken, unmittelbare Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche, überwiegend als mangelhaft eingeschätzt.

A.II. Beschäftigung und Arbeitsmarkt von Hochschulabsolventen

II.1. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Akademikern

a) Erwerbstätigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß ist in den alten Ländern seit den 60er Jahren kontinuierlich angestiegen. Von rund 1,2 Mio. im Jahr 1978 hat sie sich auf zuletzt (1997) rund 4,3 Mio. erhöht.³⁶ Dabei war ihr Zuwachs bereits in den 80er Jahren deutlich stärker als die allgemeine Beschäftigungszunahme. In den 90er Jahren nahm die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß weiter zu (von 1990 bis 1997 um 34%), während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen stagnierte. Umgekehrt nahm insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung stark ab (von 1978 bis 1997 um 27%), in den letzten Jahren auch derjenigen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung (von 1990 bis 1997 um 5%). Aufgrund dieser Entwicklung hat sich die Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen kontinuierlich in Richtung Höherqualifizierung verschoben. Im Jahr 1960 verfügten erst rund 3% der Erwerbstätigen über einen Hochschulabschluß, 1970 waren es 5%, 1980 schon 9%. Seitdem stieg der Anteil weiter über 12% im Jahr 1990 auf zuletzt (1997) 15%.³⁷ Dabei wiesen 6% der Erwerbstätigen einen Fachhochschulabschluß und 9% einen Universitätsabschluß (oder äquivalenten Abschluß) auf. Auf der anderen Seite ist der Anteil der Erwerbstätigen ohne berufliche Ausbildung deutlich zurückgegangen: Er sank von 30% im Jahr 1978 über 23% im Jahr 1985 auf zuletzt 19%. Der Anteil der Erwerbstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung hat sich demgegenüber nur geringfügig verändert: Er lag 1978 bei 63%, erreichte 1990 dann mit 69% seinen Höchststand und betrug 1997 66%.

³⁶ Angaben aus dem Mikrozensus.

³⁷ Diese Zahlen gelten, wenn man aus der Gruppe der Personen, die keine Angabe zum Ausbildungsabschluß gemacht haben, keine zu den Hochschulabsolventen rechnet. Geht man davon aus, daß ein Teil dieser Personen über einen Hochschulabschluß verfügt, erhöhen sich die Anteile.

Diese Veränderungen in der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen stehen in einem engen Zusammenhang mit dem sektoralen und funktionalen Strukturwandel der Wirtschaft und des Beschäftigungssystems sowie mit einem veränderten Bildungsverhalten.³⁸ Zwischen 1991 und 1997 gingen in den alten Ländern in der Landwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe rund 1,4 Mio. Arbeitsplätze verloren, während der Dienstleistungssektor im gleichen Zeitraum einen Beschäftigungsgewinn von mehr als 1,3 Mio. verzeichnete. Diese Verlagerungen betrafen verschiedene Qualifikationsgruppen jedoch in unterschiedlicher Weise: Hochschulabsolventen konnten in den alten Ländern zwischen 1990 und 1997 nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern als einzige Qualifikationsgruppe sowohl im verarbeitenden Gewerbe (+126.000) als auch im öffentlichen Sektor (+301.000) Beschäftigungsgewinne erzielen. In beiden Sektoren war die Beschäftigungszunahme bei Fachhochschulabsolventen jeweils höher als bei Universitätsabsolventen.³⁹

In den neuen Ländern waren Akademiker in weitaus geringerem Maße von dem massiven Beschäftigungsrückgang betroffen als andere Qualifikationsgruppen. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß hat von 1991 bis 1997 um 16% zugenommen, während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um 4,8% abgenommen hat.⁴⁰

b) Akademikerarbeitslosigkeit

Von den 60er Jahren bis Ende der 70er Jahre hat der Arbeitsmarkt die Hochschulabsolventen nahezu problemlos aufgenommen. Zwar hat sich die absolute Zahl arbeitslos gemeldeter Akademiker in den alten Ländern auch zwischen 1973 und 1980 bereits vervierfacht, doch lag die Arbeitslosenquote von Akademikern infolge des Anstiegs der Zahl der erwerbstätigen Akademiker in dieser Periode beständig deutlich unter der allgemeinen Arbeitslosenquote und noch im Jahr 1980 betrug sie weniger als 2% (vgl. Abb. 2). Zu Beginn der 80er Jahre nahm die Akademikerarbeitslosigkeit parallel zum starken Anstieg der allgemeinen Arbeitslosigkeit deutlich zu, in

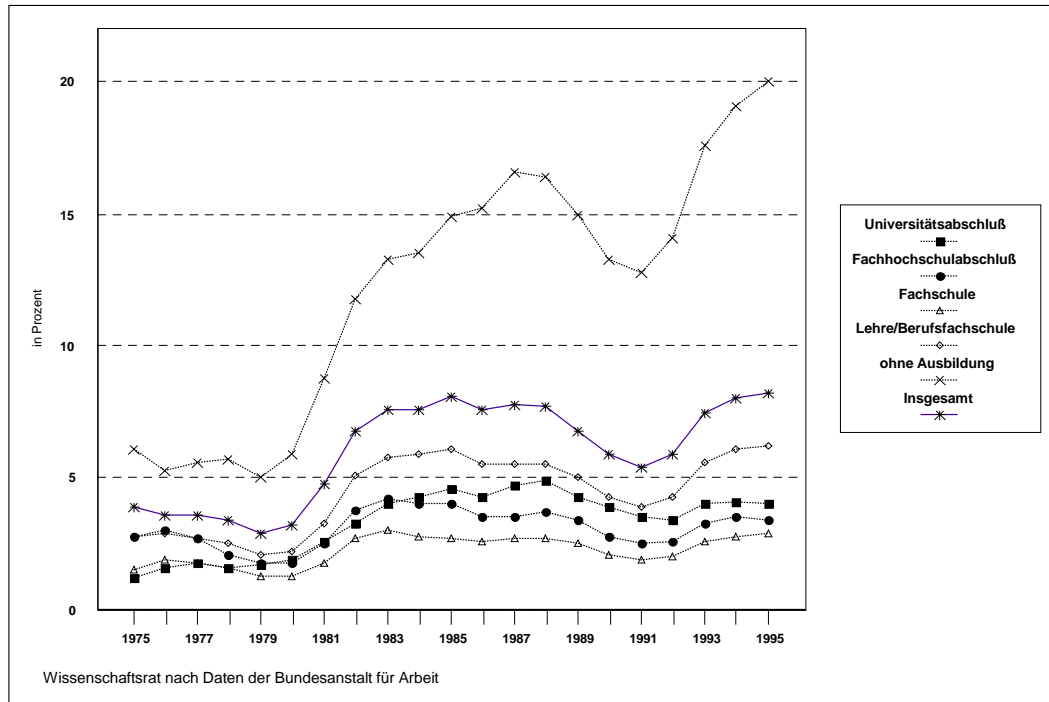
³⁸ Vgl. Reinberg, Alexander: Bildung zahlt sich immer noch aus. Eine Analyse qualifikationsspezifischer Arbeitsmarktentwicklungen in der ersten Hälfte der 90er Jahre für West- und Ostdeutschland. IAB Werkstattbericht Nr. 15, 1998.

³⁹ Eine nähere Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung bei Akademikern zeigt weiter, daß ein nennenswerter Anteil des Zuwachses auf Existenzgründungen zurückzuführen ist (1991 – 1995: ca ¼), von denen rund die Hälfte als freiberufliche Tätigkeiten (Selbständige ohne Beschäftigte) einzustufen sind; vgl. Reinberg, a.a.O., S. 10.

⁴⁰ Die statistischen Angaben über die Beschäftigungsentwicklung in den neuen Ländern sind problematisch, da die Möglichkeit zur Nachdiplomierung für Absolventen der Fachschulen, die in der ehemaligen DDR z.B. Ingenieure ausbildeten, zu Unschärfen in der Beschäftigungsbilanz zwischen Fachschul- und Fachhochschulabsolventen führen.

einzelnen Jahren mit Wachstumsraten von rund 40%. Zwischen 1980 und 1988 hat sich die Zahl der Arbeitslosen mit Hochschulabschluß mehr als verdreifacht (von 42.000 auf 139.000; vgl. Tab. A3 im Anhang). Danach war ihre Zahl aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung bis 1991 rückläufig (auf 110.000).

Abb. 2: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten (in %; alte Länder)



Zwischen 1991 und 1997 ist die Zahl der Arbeitslosen mit abgeschlossenem Hochschulstudium bis 1997 kontinuierlich angestiegen. 1998 hat sie sich gegenüber dem Vorjahr um rund 28.000 auf insgesamt 198.299 verringert. Die Zahl der Arbeitslosen mit Hochschulabschluß entspricht damit nach wie vor fast einem Absolventenjahrgang aller deutschen Hochschulen. Dennoch gilt aber weiterhin, daß Akademiker in deutlich geringerem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Arbeitskräfte mit anderen Qualifikationen - mit Ausnahme der Absolventen von Fachschulen. Die Arbeitslosenquote von Akademikern lag in den letzten Jahren nahezu konstant bei 4% und somit deutlich unter der allgemeinen Arbeitslosenquote. Insbesondere in den letzten Jahren hat die Arbeitslosigkeit von Erwerbstätigen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung deutlich stärker zugenommen als die von Hochschulabsolventen. Hervorzuheben ist weiter, daß seit Mitte der 80er Jahre die Arbeitslosenquote von Fachhochschulabsolventen unter der von Universitätsabsolventen liegt. 1995 lag die Arbeitslosenquote bei Fachhochschulabsolventen bundesweit bei 3,6%, bei Universitätsabsolventen bei 4,4%.

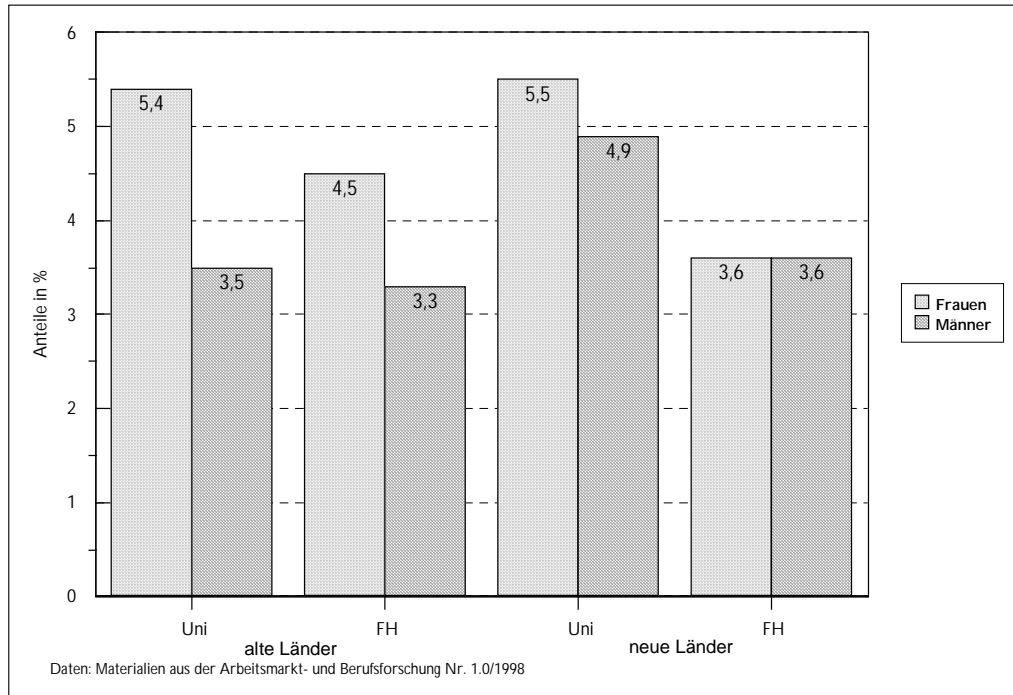
Hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit und der Dynamik auf dem akademischen Arbeitsmarkt ergibt sich ein differenziertes Bild. Einerseits ist eine Verfestigung von Arbeitslosigkeit festzustellen, die sich darin äußert, daß der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den arbeitslosen Akademikern langfristig deutlich angestiegen ist.⁴¹ Während von den Arbeitslosen mit Universitätsabschluß in den alten Ländern 1980 lediglich 13% bereits seit mehr als einem Jahr arbeitslos waren, waren es 1990 bereits 23% und 1998 sogar 31% (vgl. Tab. A 11 im Anhang). Von den Arbeitslosen mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium waren 1998 bereits 36% länger als ein Jahr arbeitslos (1980 waren es lediglich 11%; vgl. Tab. A12 im Anhang). Parallel dazu ist der Anteil derjenigen, die erst seit kürzerer Zeit (unter 6 Monaten) arbeitslos waren, von 68% im Jahr 1980 auf 51% bei Universitätsabsolventen bzw. von 61% auf 45% bei Fachhochschulabsolventen zurückgegangen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von Langzeitarbeitslosigkeit in erster Linie ältere Akademiker betroffen sind. Andererseits zeigen die Zahlen zu den jährlichen Zu- und Abgängen arbeitsloser Akademiker, daß sich die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen verstärkt hat. Die Zahlen der Zugänge in und der Abgänge aus Arbeitslosigkeit haben in den letzten Jahren beide stark zugenommen und dies weitgehend parallel, so daß der Saldo, d.h. die Zu- oder Abnahme der Arbeitslosigkeit, bis auf Ausschläge in einzelnen Jahren, weit weniger starken Schwankungen unterlag (vgl. Tab. A4 im Anhang).

c) Der Arbeitsmarkt für Frauen mit Hochschulabschluß

Ein wesentliches Ergebnis der Bildungsexpansion ist die kontinuierliche Erhöhung der Bildungschancen und Qualifikationen von Frauen. Der Anteil der Frauen an den Studierenden lag in den alten Ländern 1960 und auch 1970 noch bei etwa einem Viertel, hat sich dann bis 1980 aber auf 37% erhöht. Seitdem ist er weiter bis auf 41% angestiegen. Ihr Anteil an den Hochschulabsolventen hat sich zwischen 1970 und 1995 entsprechend von 25% auf 40% erhöht (Gesamtdeutschland 1998: 41%). Im Vergleich dazu sind Frauen in den alten Ländern unter den Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß mit einem Anteil von 34% nach wie vor unterrepräsentiert (Frauenanteil an allen Erwerbstätigen: 42%). In den neuen Ländern lag der Frauenanteil an den Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß 1997 bei 40%, an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen bei 45%.

⁴¹ Die amtliche Arbeitslosenstatistik erfaßt nur die bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit zum jährlichen Erhebungszeitpunkt im September; Daten über die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit derjenigen, die den Wiedereinstieg in Beschäftigung finden, liegen nicht vor.

Abb. 3: Arbeitslosenquoten von Hochschulabsolventen nach Geschlecht (1995)



Die Arbeitsmarktdaten zeigen vor allem in den alten Ländern für Frauen mit Hochschulabschluß ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als für Männer (vgl. Abb. 3). Dies gilt sowohl für Frauen mit Universitäts- als auch mit Fachhochschulabschluß, wenngleich sich die Unterschiede in den letzten Jahre abgeschwächt haben. Die überproportionale Betroffenheit von Frauen mit Hochschulabschluß von Arbeitslosigkeit ist nur teilweise auf die häufigere Wahl von Studienfächern mit schlechteren Arbeitsmarktchancen zurückzuführen. So lagen beispielsweise die Anteile der Frauen an den Absolventen von Lehramtsstudiengängen und des Diplomstudiengangs Biologie, die beide überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind, 1997 bei 71% bzw. 55%, während nur 38% der Abschlüsse in Wirtschaftswissenschaften an Universitäten auf Frauen entfallen. Aber auch innerhalb einzelner Studienfächer weisen Frauen in der Regel deutlich höhere Arbeitslosenquoten auf als Männer. Dies gilt für Studiengänge mit traditionell hohem Frauenanteil wie beispielsweise Germanistik/Anglistik (mit einer Arbeitslosenquote von 4,7% bei Männern und 6,4% bei Frauen), in stärkerem Maße aber noch für Bereiche mit niedrigem Frauenanteil: In den Ingenieurwissenschaften lag die Arbeitslosenquote unter Universitätsabsolventen (in den alten Ländern) bei Männern 1995 bei 5,2%, bei Frauen mit 10,7% hingegen mehr als dop-

pelt so hoch.⁴² In den neuen Ländern sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede weniger ausgeprägt.

Daß Frauen mit Hochschulausbildung insbesondere unter den jüngeren Arbeitslosen der entsprechenden Qualifikation (unter 35 Jahre) mit 56% deutlich überproportional vertreten sind, verweist auch auf geschlechtsspezifische Benachteiligungen, zu denen sich der Wissenschaftsrat in anderem Zusammenhang bereits geäußert hat.⁴³

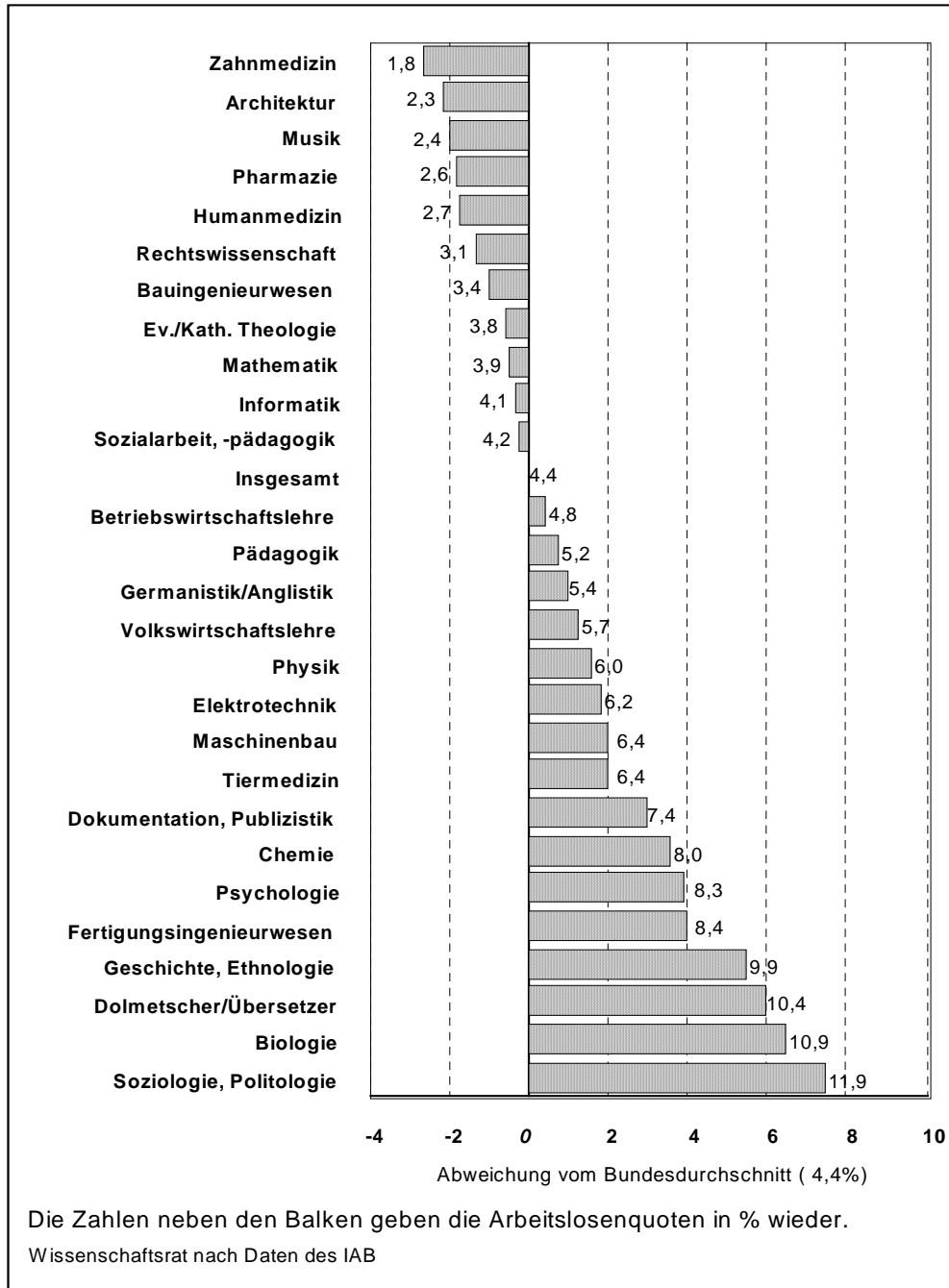
d) Fächerspezifische Entwicklung auf dem Akademikerarbeitsmarkt

Eine längerfristige Betrachtung des Arbeitsmarktes für einzelne akademische Berufsgruppen bzw. Studienfächer zeigt, daß die Zunahme der absoluten Zahl arbeitsloser Akademiker zu verschiedenen Zeiten durch unterschiedliche Gruppen verursacht worden ist. Die erste große akademische Berufsgruppe, die von massiven Arbeitsmarktproblemen betroffen war, waren die Lehrer. Zwischen 1975 und 1985 hat sich die Zahl arbeitslos gemeldeter Lehrer in den alten Ländern verelfacht (im gleichen Zeitraum hat sich die Gesamtzahl arbeitsloser Akademiker vervierfacht). Zwischen 1975 und 1985 war die stärkste Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Sozialarbeitern und -pädagogen (FH) zu verzeichnen. Ähnlich verlief die Entwicklung in den Geisteswissenschaften, wo sich die Arbeitsmarktlage ab Mitte der 70er Jahre ebenfalls deutlich verschlechterte. Hier stand einer wachsenden Zahl an Absolventen (1975: 4.380, 1980: 6.780, 1985: 9.032) lediglich ein begrenztes Stellenangebot, meist in den klassischen Feldern im öffentlichen Bereich, gegenüber. In den Jahren 1985 bis 1991, als sich die Gesamtzahl arbeitsloser Akademiker um 6% verringerte, hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt insbesondere für Naturwissenschaftler (Zunahme um 66%) sowie für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker (Zunahme um 43%) verschlechtert. In den 90er Jahren ist die Situation auf dem Akademikerarbeitsmarkt bei insgesamt moderatem Anstieg der Arbeitslosigkeit vor allem durch die Zunahme der Zahl arbeitsloser Ingenieure gekennzeichnet. In den alten Ländern hat sich die Zahl arbeitsloser Ingenieure allein zwischen 1990 und 1993 um 67% erhöht. Im September 1997 waren in ganz Deutschland 67.500 Ingenieure arbeitslos gemeldet, das waren 30% aller Arbeitslosen mit Hochschulabschluß. Das Jahr 1998 brachte dann eine deutliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt für Ingenieure: die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 16% auf 56.530.

⁴² Vgl. Akademiker/innen – Studium und Arbeitsmarkt: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 1.1/1998.

⁴³ Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung, 1998

Abb. 4: Arbeitslosenquoten nach Studienfächern 1996 – Universitäten

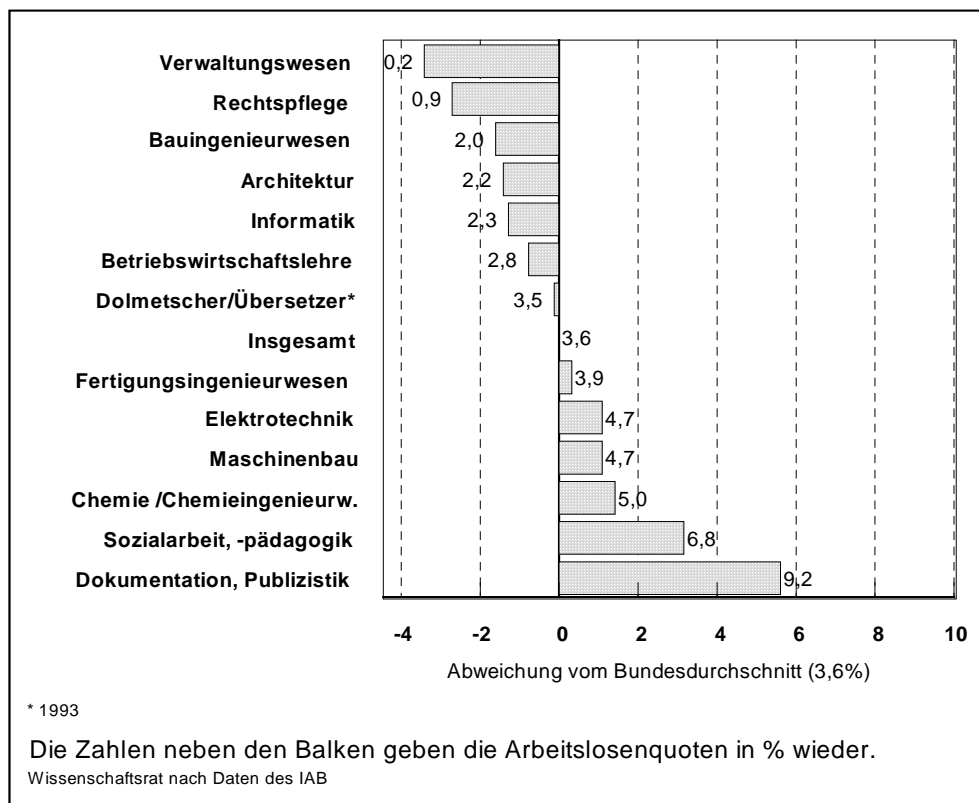


Das unterschiedliche Arbeitslosigkeitsrisiko für Absolventen einzelner Studiengänge läßt sich anhand spezifischer Arbeitslosenquoten darstellen (vgl. Abb. 4, 5).⁴⁴ Die Unterschiede zwischen einzelnen Studiengängen sind dabei so groß, daß diese Dif-

⁴⁴ Vgl. die Daten in der – erst mit einem Heft zu den Ingenieuren erschienenen - Serie „Akademiker/innen – Studium und Arbeitsmarkt“, Materialien aus der Arbeitsmarkt und Berufsforschung Nr. 1.0/1998 bis 1.6/1998; sowie den Band Studien- und Berufswahl 1998/98, hrsg. von der Bund-Länder-Kommission für Forschungsförderung und der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, 1998, der die Daten bereits enthält.

ferenzierung unbedingt beachtet werden muß. Die Zahlen offenbaren, daß das insgesamt geringere Arbeitslosigkeitsrisiko von Fachhochschulabsolventen nur zum Teil auf das unterschiedliche Fächerspektrum im Vergleich zu den Universitäten zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenquote von Fachhochschulabsolventen liegt in allen zahlenmäßig bedeutenderen Studienfächern, die sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen angeboten werden (Betriebswirtschaftslehre, Informatik, Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik), unter der von Universitätsabsolventen.

Abb. 5: Arbeitslosenquoten nach Studienfach 1996 - Fachhochschulen



Der große Druck auf den Arbeitsmarkt in einigen Fächern läßt sich auch anhand des Zahlenverhältnisses von Absolventen und Erwerbstätigen in dem jeweiligen Studienfach ablesen. So entspricht die Zahl der Absolventen des Diplomstudiengangs Biologie eines Jahrgangs 15% der Gesamtzahl aller erwerbstätigen Biologen (vgl. Abb. A 1 und A 2 im Anhang).⁴⁵ Sehr hoch ist unter dieser Perspektive der Druck auf den Arbeitsmarkt auch in den Bereichen Tiermedizin, Soziologie/Politologie, Chemie und Physik. Bei den Fachhochschulstudiengängen gilt dies für den Bereich Sozial-

wesen, wo gegenwärtig jedes Jahr ein Absolventenjahrgang auf den Arbeitsmarkt drängt, der 8% der erwerbstätigen Sozialarbeiter und Sozialpädagogen ausmacht.

II.2. Ausbildungsinadäquate Beschäftigung

Eine wichtige Rolle in der Diskussion über die Expansion des Hochschulwesens spielt mit Blick auf das Beschäftigungssystem die Frage, ob ein steigender Anteil von Hochschulabsolventen auch ihrem Qualifikationsniveau entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten findet oder sich in hohem Maße Beschäftigungen bieten, für die eine Hochschulausbildung nicht erforderlich ist, d.h. die Absolventen ausbildungs- inadäquat eingesetzt werden. Damit verbunden ist die Frage nach einer möglichen Fehlallokation öffentlicher und privater Bildungsinvestitionen durch nicht auf das Beschäftigungssystem abgestimmte Bildungsströme. Über das Ausmaß ausbildungs- inadäquater Beschäftigung von Fachhochschul- und Universitätsabsolventen liegen derzeit jedoch nur wenige differenzierte Studien vor, zwischen denen z.T. erhebliche Divergenzen bestehen, die auch durch verschiedenartige Meßkonzepte und Daten- grundlagen bedingt sind.

Erste Quantifizierungsversuche schätzten den Anteil der nicht ausbildungsadäquat beschäftigten Akademiker auf 20% – 25%.⁴⁵ Andere Studien gingen auf der Grundlage von Mikrozensusdaten von einem zwar steigenden, aber niedrigeren Anteil ausbildungs- inadäquat beschäftigter Akademiker aus. Die Spannbreite wurde dabei zwischen 8% und 17% angegeben.⁴⁷ Eine neuere Studie analysiert Ausmaß und Gründe inadäquater Beschäftigung auf der Basis des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) und kommt, basierend auf dem Abgleich zwischen dem formalen Qualifikationsniveau der Befragten und der Beantwortung der Frage, welche Qualifikation für die ausgeübte Tätigkeit „in der Regel erforderlich“ sei, zu dem Ergebnis, daß in den alten Ländern der Anteil der inadäquat beschäftigten Akademiker zwischen 1984 und 1995 von 12% auf 14% angestiegen sei (vgl. Abb. 6).⁴⁸ Dabei seien Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung mit einem Anteil von 16% häufiger unterhalb ihrer formalen Qualifikation beschäftigt als Hochschulabsolventen.

⁴⁵ Der normale altersbedingte Ersatzbedarf beträgt ohne Berücksichtigung möglicher Beschäftigungsdynamik bei der Annahme einer 30- bis 35-jährigen Erwerbstätigkeit etwa 3%.

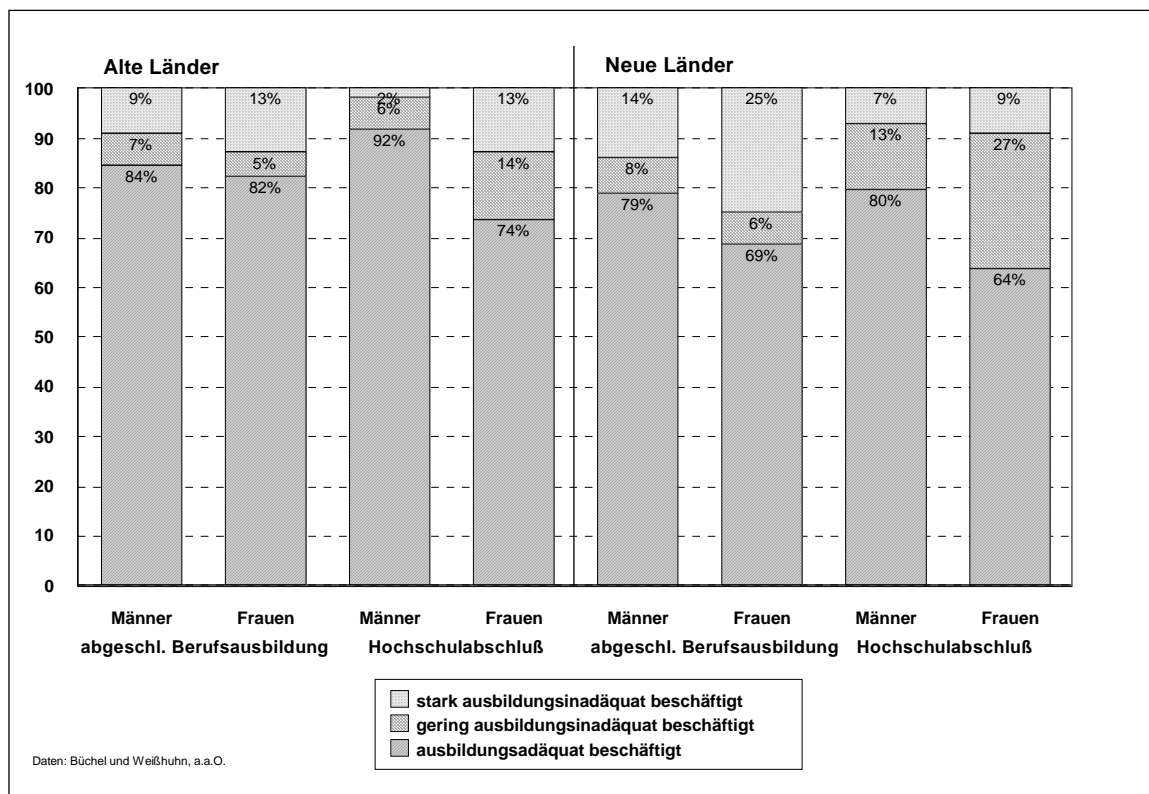
⁴⁶ So z.B. das Institut der Deutschen Wirtschaft und der Stifterverband. Vgl. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Hrsg.: Qualifikationsanforderungen an Hochschulabsolventen – Empfehlungen aus Sicht der Wirtschaft. Essen, 1993.

⁴⁷ Z.B. bei Parmentier, Schreyer und Tessaring: 1996

⁴⁸ Büchel, Felix und Weißhuhn, Gernot: Ausbildungsinadäquate Beschäftigung der Absolventen des Bildungssystems. Berlin, 1997, sowie eine Fortschreibung: Ausbildungsinadäquate Beschäftigung von Absolventen des Bildungssystems II, Berlin, 1998.

Ein anderes Bild zeichnet sich nach dieser Studie für die neuen Länder ab: Dort waren 1995 bei steigender Tendenz insgesamt weitaus mehr Erwerbstätige ausbildungsinadäquat beschäftigt als in Westdeutschland. Im Unterschied zu den alten Ländern sind Akademiker in den neuen Ländern häufiger von inadäquater Beschäftigung betroffen als Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung: Für 1995 wurde ihr Anteil auf 29% der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß beziffert (mit abgeschlossener Berufsausbildung: 25%). Und auch der Anstieg zwischen 1991 und 1995 ist weitaus stärker als in den alten Ländern: 1991 betrug der Anteil noch 19,3%. Diese Ergebnisse relativieren deutlich die Befunde zur niedrigeren Betroffenheit ostdeutscher Akademiker von Arbeitslosigkeit.

Abb. 6: Ausbildungsadäquanz der Beschäftigung 1995 (Anteile in %)



Die Ergebnisse zeigen, daß die Problematik ausbildungsinadäquater Beschäftigung besonders für die Erwerbssituation von Frauen charakteristisch ist: Auf allen Qualifikationsstufen sind Frauen zu einem höheren Anteil als Männer in Beschäftigungsverhältnissen, deren Anforderungen unterhalb ihrer Qualifikation liegen. Darüber hinaus sind Frauen mit Hochschulabschluß im Unterschied zu Männern häufiger von ausbildungsinadäquater Beschäftigung betroffen als Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Eine Längsschnittanalyse verschiedener Alterskohorten gelangt auf der gleichen Datengrundlage zu dem Ergebnis, daß das Risiko, ausbildungsinadäquat beschäftigt zu sein, kaum durch das Alter beeinflußt wird, also kein Karriere-Effekt festzustellen ist, sondern vielmehr durch den Wandel der Beschäftigungsstruktur am Akademiker-Arbeitsmarkt bestimmt wird.⁴⁹ Die qualifikations- und arbeitsplatzbezogene Struktur der jüngeren Beschäftigten habe sich in den letzten Jahren allerdings in eine Richtung verschoben, die in dieser Gruppe zu einem überproportionalen Anstieg ausbildungsinadäquater Beschäftigung geführt habe. Hierfür sind verschiedene Entwicklungen und Faktoren verantwortlich, die das Risiko, ausbildungsinadäquat beschäftigt zu sein, erhöhen: Überproportional von inadäquater Beschäftigung betroffen sind Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte sowie Hochschulabsolventen, die vor ihrem Studium bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und nach ihrem Studium teilweise wieder in ihrem erlernten Beruf tätig werden. Die statistischen Befunde zeigen, daß Hochschulabsolventinnen ebenfalls überdurchschnittlich häufig inadäquat beschäftigt sind. Bei steigendem Anteil von Frauen an den Hochschulabsolventen steigt mithin das Ausmaß inadäquater Beschäftigung insgesamt. Da der Öffentliche Dienst durch geringere Quoten ausbildungsinadäquater Beschäftigung gekennzeichnet ist, hat der Rückgang des Anteils der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mit zum Anstieg inadäquater Beschäftigung beigetragen.

Kontrovers bleiben in der wissenschaftlichen Debatte sowohl eine Reihe methodischer Fragen wie auch die Einordnung und Bewertung der empirischen Befunde, insbesondere unter gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Ein Problem betrifft die Operationalisierung von ausbildungsinadäquater Beschäftigung, die oft nicht frei von Bewertungen des Nutzens bzw. der Dysfunktionen dieses Phänomens sind. Problematisch erscheint ein Abgleich von aktueller und vorheriger Besetzung einer Stelle als Indikator für Ausbildungsadäquanz, da davon ausgegangen werden kann, daß sich viele Arbeitsfelder so verändert haben, daß Hochschulabsolventen sinnvoll eingesetzt werden können, auch wenn ein Bereich in der Vergangenheit nicht mit akademisch qualifizierten Beschäftigten besetzt war. Eine solche Betrachtungsweise bewertet dadurch implizit Tendenzen einer vertikalen Substituierung bzw. eines Anstiegs der Qualifikationsanforderungen in mittleren Tätigkeiten, die zu einem verstärkten Einsatz von Hochschulabsolventen führen, negativ unter dem Blickwinkel inadäquater Beschäftigung. Ein in diesem Zusammenhang bemerkenswertes Ergebnis der Absolventenstudien ist darüber hinaus, daß der An-

⁴⁹ Büchel, Felix: Der hohe Anteil an unterwertig Beschäftigten bei jüngeren Akademikern: Karrierezeitpunkt- oder Strukturwandel-Effekt? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26. Jg., 1996, S. 279 ff.

teil der Hochschulabsolventen, deren Beschäftigung nicht eindeutig in Kategorien von ausbildungsadäquat oder -inadäquat einzuordnen ist, größer ist als der Anteil derjenigen, die eindeutig als inadäquat beschäftigt einzustufen sind.⁵⁰ Dies zeigt an, daß das Kriterium der Ausbildungsadäquanz an Abgrenzungsschärfe verliert und klare Zuordnungen von Hochschulabschlüssen und beruflichen Tätigkeiten schwieriger werden.

II.3. Prognosen zum künftigen Akademikerbedarf

Im Rahmen der seit Ende der 60er Jahre zunehmenden Untersuchungen auf der Grundlage der Humankapital-Theorie rückten Fragen der Verbindung bzw. Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in den Vordergrund. Ein Ziel war die Bestimmung des erforderlichen, aber auch wirtschaftlich vertretbaren Bestandes an Qualifikationen bestimmter Stufen. In den 70er Jahren wurden erste globale Voraussagen getroffen, die zu dem Ergebnis gelangten, daß ein Ausbau des Sekundären und Tertiären Bildungswesens Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sei. Gleichzeitig kamen nach Berufen/Fächern differenzierende Prognosen zu dem Ergebnis, daß bei konstantem Akademisierungsgrad innerhalb der einzelnen Berufsgruppen zu Beginn der 80er Jahre verglichen mit entsprechenden Berufspositionen ein hohes Überangebot an Hochschulabsolventen zu erwarten sei.⁵¹

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre erstellte die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) eine „Gesamtbetrachtung zu den Beschäftigungsperspektiven von Absolventen des Bildungssystems“⁵², die prognostizierte, daß sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Absolventen beruflicher Bildung in der ersten Hälfte der 90er Jahre und für Hochschulabsolventen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich verbessern werde, hingegen die Beschäftigungsperspektiven für Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung ungünstig verlaufen würden. Im Frühjahr 1989 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern die BLK gebeten, diesen Bericht fortzuschreiben. Unter Einbeziehung der neuen Länder ist eine Projektion des Arbeitskräfteangebots und -bedarfs bis zum Jahr

⁵⁰ Vgl. Burkhardt, Schomburg, Teichler, a.a.O., S. 19.

⁵¹ Eine dieser Studien war vom Wissenschaftsrat in Auftrag gegeben worden: Vgl. Riese, Hajo: Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, 1967.

⁵² BLK: Gesamtbetrachtung zu den Beschäftigungsperspektiven von Absolventen des Bildungssystems. Materialien zur Bildungsplanung, Heft 18, Bonn, 1989.

2010 erarbeitet worden. Grundlage dafür waren zwei wissenschaftliche Studien, die von einem unterschiedlichen Akademikerbestand im Jahr 1990 ausgehen.⁵³

Trotz dieses Unterschiedes in der Methodik gelangen sie im Ergebnis zu ähnlichen Trendaussagen. Für die alten Bundesländer wird ein fortgesetzter Anstieg des Bedarfs an Hochschulabsolventen prognostiziert. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsgrößen weichen die beiden Studien in den Prognosen der Akademikeranteile für das Jahr 2010 allerdings geringfügig voneinander ab, nämlich 15,1 bis 18% bzw. 14,6% .

In beiden Studien ergibt sich für die alten Länder bei einer Gegenüberstellung des Arbeitskräfteangebots und des qualifikationsspezifischen Arbeitskräftebedarfs ein Überhang an Arbeitskräften mit abgeschlossener Hochschulausbildung. In einem Modell errechnen sich Überhänge in der Größenordnung von 600.000 Personen bzw. 15% der Gesamtzahl der Hochschulabsolventen im Jahr 2000 sowie 1,2 Mio. Personen bzw. 23% für das Jahr 2010 (vgl. Tabelle 1). Im anderen Modell werden deutlich geringere Überhänge von 210.000 Hochschulabsolventen (das sind 5% des Angebots) im Jahr 2000 und von 600.000 Personen (= 11%) im Jahr 2010 erwartet. Umgekehrt gehen beide Modelle von einem – unterschiedlich hohen - Defizit an Arbeitskräften mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung aus. Übereinstimmung besteht zwischen beiden Modellen in der Erwartung eines wachsenden Überangebots an Arbeitskräften ohne formale Qualifikation.

Differenziert nach Hochschularten fällt auf, daß eine Modellrechnung für Absolventen universitärer Studiengänge ein deutliches Überangebot von Arbeitskräften prognostiziert (22,4% aller Arbeitskräfte mit Universitätsabschluß), während sich nach der anderen Modellrechnung bis zum Jahr 2010 ein Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt errechnet. Bezüglich der Arbeitskräfte mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium prognostizieren beide Modelle zunehmend große Arbeitskräfteüberhänge. Die BLK weist darauf hin, daß in beiden Modellrechnungen die politische Entscheidung zur Gewichtsverlagerung der Ausbildungskapazitäten zu den Fachhochschulen zwar auf der Angebotsseite, nicht aber auf der Bedarfsseite berücksichtigt worden sei. Hier

⁵³ Gernot Weißhuhn, Jürgen Wahse, Andreas König: Arbeitskräftebedarf in Deutschland bis 2010 – Arbeitskräfteeinsatz 1978 – 1990 und Szenarien bis 2010 für die alten und neuen Bundesländer. Bonn, 1994; sowie Manfred Tessaring: Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010 – Eine erste Aktualisierung der IAB/ Prognos-Projektionen 1989/91. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 27. Jg., 1994.

bleibe unberücksichtigt, daß ein erweitertes Fächerspektrum, das mit der Stärkung des Fachhochschulbereichs verbunden sei, sich bedarfserhöhend – zu Lasten des Universitätsbereichs – auswirken könne.

Die neuen Länder fanden nur in einem der beiden Modelle Berücksichtigung. Bis zum Jahr 2000 ergeben sich danach in allen Qualifikationsstufen deutliche Überhänge an Arbeitskräften, wobei Absolventen mit Universitätsstudium stärker betroffen sind (30%) als Absolventen von Fachhochschulen (15%). Bis zum Jahr 2010 errechnet sich bei abnehmendem Überhang an Arbeitskräften insgesamt ein noch wachsendes Überangebot an Hochschulabsolventen, insbesondere von Fachhochschulen.

Ein Abgleich der Modellrechnungen für das Jahr 2000 mit der tatsächlichen Beschäftigungsentwicklung und der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zeigt, daß die Modellrechnungen den Bedarf an Erwerbstätigen mit Hochschulausbildung unterschätzt haben. Die für das Jahr 2000 errechneten Überhänge an Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß übersteigen sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern die gegenwärtige Zahl arbeitsloser Akademiker beträchtlich. Dies gilt insbesondere für die Aussagen bezüglich der Fachhochschulabsolventen (während im Modell 2 die Rechnung für den Universitätsbereich zu günstig ausfällt). Zusammenfassend hält der Bericht der Bund-Länder-Kommission auch fest, daß „die besondere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen künftig maßgeblich von den zusätzlichen Substitutionsmöglichkeiten und der Mobilitätsbereitschaft der Absolventen beeinflusst wird, wobei zum Teil auch eine Beschäftigung unterhalb der erworbenen Qualifikation in Kauf genommen werden muß.“⁵⁴

Eine kritische Würdigung sowohl der Prognosen aus den 60er und 70er Jahren als auch der aktuellen Modellrechnungen mit Blick auf die tatsächlich eingetretene Entwicklung führt zu der Einschätzung, daß sie nicht als belastbare Planungsgrößen für das Hochschulsystem nutzbar sind; sie sollten als Orientierungshilfen verstanden werden. Dies gilt um so mehr, als die Entwicklung wichtiger Rahmenbedingungen der Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte in den Modellrechnungen nicht berücksichtigt worden ist und auch nicht berücksichtigt werden kann. Solche Rahmenbedingungen sind im Bereich der Wirtschaft auch die künftige Entwicklung des öffentlichen Dienstes, der nach wie vor einen erheblichen Teil der Akademiker beschäftigt.

⁵⁴ A.a.O., S. 65.

Tabelle 1: Modellrechnung zum Qualifikationsbedarf

Alte Länder						
Jahr	Insgesamt	Ohne formale Abschluß	Berufsausbil- dung	Hochschul- ausbildung	davon an ...	
					Fachhoch- schulen	Universitäten
Modell 1 (Weißhuhn, Wahse und König)						
- absolut in Tsd. – (Arbeitskräfteüberhang: +; Arbeitskräftedefizit: -)						
1990 (Ist)	+ 2.043	+ 810	+ 1.097	+ 136	+ 40	+ 96
2000	+ 1.010	+ 1.040	- 638	+ 608	+ 143	+ 465
2010	+ 1.955	+ 1.628	- 889	+ 1.215	+ 497	+ 718
- in % - (Arbeitskräfteüberhang: in % des Angebots, Arbeitskräftedefizit: in % des Bedarfs)						
1990 (Ist)	+ 7,1	+ 10,5	+ 6,0	+ 4,9	+ 4,3	+ 5,2
2000	+ 3,5	+ 16,8	- 3,3	+ 15,2	+ 10,1	+ 17,9
2010	+ 6,5	+ 30,8	- 4,4	+ 23,0	+ 23,8	+ 22,4
Modell 2 (Tessaring)						
- absolut in Tsd. – (Arbeitskräfteüberhang: +; Arbeitskräftedefizit: -)						
1990 (Ist)	+ 1.882	+ 880	+ 872	+ 131	+ 37	+ 94
2000	+ 1.054	+ 1.166	- 324	+ 213	+ 177	+ 36
2010	+ 1.740	+ 1.728	- 582	+ 597	+ 598	- 1
- in % - (Arbeitskräfteüberhang: in % des Angebots, Arbeitskräftedefizit: in % des Bedarfs)						
1990 (Ist)	+ 6,5	+ 14,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 3,3	+ 4,2
2000	+ 3,7	+ 23,2	+ 1,7	+ 4,8	+ 11,3	+ 1,2
2010	+ 5,5	+ 38,9	+ 2,9	+ 10,6	+ 27,2	+ 0,0
Neue Länder						
Weißhuhn, Wahse und König						
- absolut in Tsd. – (Arbeitskräfteüberhang: +; Arbeitskräftedefizit: -)						
2000	+ 1.614	+ 74	+ 1.259	+ 279	+ 62	+ 217
2010	+ 802	- 121	+ 530	+ 393	+ 140	+ 253
- in % - (Arbeitskräfteüberhang: in % des Angebots, Arbeitskräftedefizit: in % des Bedarfs)						
2000	+ 20,2	+ 8,5	+ 21,1	+ 24,6	+ 14,9	+ 30,3
2010	+ 10,8	+ 14,1	+ 10,0	+ 29,2	+ 27,3	+ 30,4

Quelle: BLK

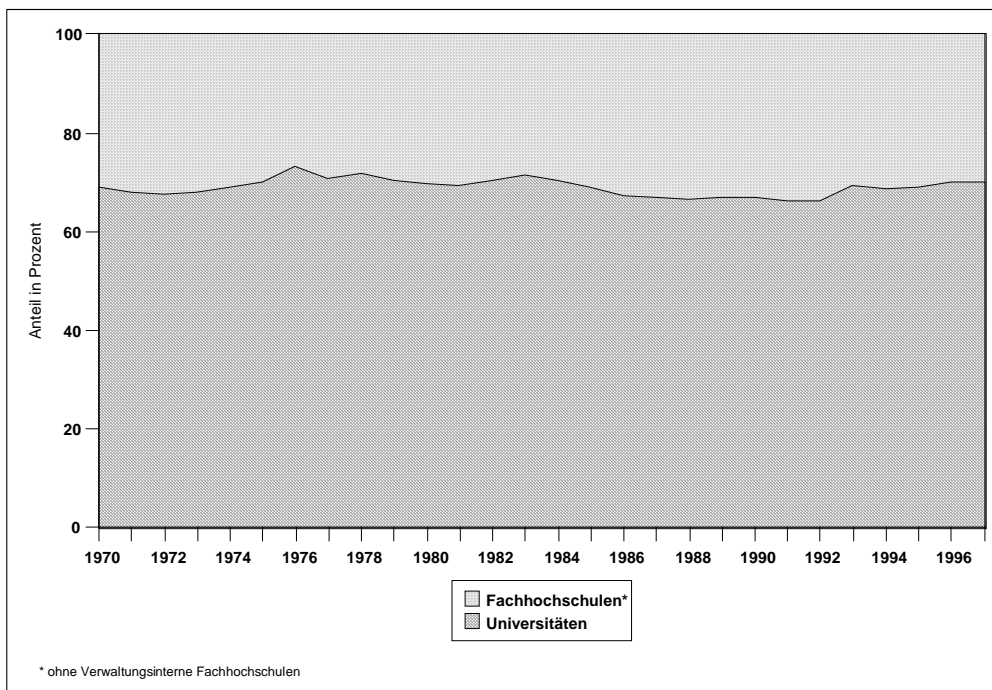
Nach einer methodischen Vorstudie für eine erneute Fortschreibung der Modellrechnungen laufen gegenwärtig erste Vorarbeiten, die sich auf die Entwicklung der Beschäftigung in den letzten Jahren als Ausgangsgröße für eine Vorausberechnung des künftigen Bedarfs beziehen. Eine Fortschreibung der Modellrechnungen soll in der zweiten Jahreshälfte 1999 vorgelegt werden.

A.III. Maßnahmen zur Stärkung des Beschäftigungsbezugs des Hochschulstudiums

Zu den Kernaufgaben der Hochschulen gehört es, die Studierenden in Lehre und Studium "auf berufliche Tätigkeiten, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden (...) erfordern", vorzubereiten (HRG §2, Abs. 1). Diesen Auftrag nehmen Universitäten und Fachhochschulen in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichem Maße wahr, wie die Hochschulgesetze einzelner Länder verdeutlichen, wenn sie die Aufgabenstellung der Fachhochschulen dahingehend konkretisieren, daß diese ihren Ausbildungsauftrag durch "anwendungsbezogene Lehre" erfüllen sollen (z.B. Baden-Württemberg, Fachhochschulgesetz § 3, Abs. 1).

Dies entspricht der historisch gewachsenen Differenzierung des deutschen Hochschulwesens in Institutionen mit unterschiedlich starkem Praxis- und Arbeitsmarktbezug. Trotz des Konsenses über die Priorität des Ausbaus der Fachhochschulen haben sich die Kapazitäten und Absolventenzahlen zwischen Universitäten und Fachhochschulen in den letzten Jahrzehnten nur geringfügig verschoben. Der Anteil der flächenbezogenen Studienplätze an Fachhochschulen erhöhte sich von 1988 bis 1998 lediglich von 19% auf 22%; die Anteile beider Hochschularten an den Absolventen haben sich in den vergangenen 30 Jahren kaum verändert (vgl. Abb. 7).

Abb. 7: Absolventen nach Hochschularten 1970 – 1997 (Anteile in %)



Außerhalb des Hochschulsektors, aber dem Tertiären Bereich zugehörig, vergeben in Baden-Württemberg sowie in Berlin und Sachsen Berufsakademien einen dem Fachhochschulabschluß als gleichwertig anerkannten Abschluß. Insgesamt stehen an den Berufsakademien dieser drei Länder rund 13.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung. In Anlehnung an das Modell der dualen Berufsausbildung wird an den Berufsakademien im dualen Verbund zwischen Studienakademien und Unternehmen, mit denen die Studierenden einen Ausbildungsvertrag abschließen, eine praxisnahe Ausbildung berufsfertiger Absolventen vermittelt.⁵⁵ Dabei werden Curricula durch Staatliche Studienakademien und beteiligte Arbeitgeber (in paritätisch besetzten Gremien) gemeinsam entwickelt. Studiengänge, die in einem dualen Wechsel der Lernorte Hochschule und Betrieb ein Studium in unterschiedlicher Weise mit einer beruflichen Praxis bzw. Ausbildung verknüpfen, existieren auch an Fachhochschulen.⁵⁶ Insgesamt stehen an Fachhochschulen gegenwärtig rund 1.600 Studienplätze in dualen Studiengängen zur Verfügung.

Die Frage des Arbeitsmarktbezuges der Hochschulen wird, insbesondere mit Blick auf die Universitäten, immer wieder kontrovers diskutiert. Die Universitäten betonen ihre Autonomie, die Freiheit der Wissenschaft und die Einheit von Forschung und Lehre und begründen damit eine Distanz zu einer arbeitsmarktbezogenen Ausbildung. Eine Umstrukturierung der Universität zu einer primär berufsorientierten Ausbildungseinrichtung mit einem in den Hintergrund tretenden Forschungsauftrag widerspricht dem Selbstverständnis der Universitäten. Universitäre Lehre soll, auch wenn sie auf berufsqualifizierende Abschlüsse zielt, vorrangig theorieorientiert ausgerichtet sein.⁵⁷ Insbesondere die Wirtschaft verlangt von den Hochschulen, vor allem von den Universitäten, eine stärkere Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen in der Arbeitswelt. Auch auf internationaler Ebene wird im Zuge der Entwicklung von einem elitären Hochschulsystem zu "mass higher education" mit tendenziell universellem Zugang die Ausbildungsfunktion für praktische Berufstätigkeiten zunehmend betont, wobei die Beschäftigungsfähigkeit („employability“) als Ziel eines Hochschulstudiums in den Vordergrund rückt.⁵⁸ Befragungen von Studierenden und Absolventen zeigen, daß diese in ihrer großen Zahl ebenfalls in erster Linie an

⁵⁵ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den Berufsakademien in Baden-Württemberg, in: Stellungnahmen und Empfehlungen 1994, Köln, 1995, Bd. II, S. 339 ff.

⁵⁶ Vgl. hierzu Wissenschaftsrat: Duale Studiengänge an Fachhochschulen: Empfehlungen zur Differenzierung des Tertiären Bereichs. Gütersloh, 1997.

⁵⁷ Vgl. HRK: Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland. Dokumente zur Hochschulreform 75/1992, S. 24.

⁵⁸ Siehe z.B. für Großbritannien: Department of Education: The Learning Age: A Renaissance for a New Britain; Green Paper, London, 1996.

einem Studium interessiert sind, das auf einen Beruf außerhalb des Wissenschafts-systems vorbereitet.

III.1. Maßnahmen der Hochschulen

In den letzten Jahren haben die deutschen Hochschulen eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen ergriffen, um den Berufs-, Praxis- und Arbeitsmarktbezug des Studiums zu stärken. Sie setzen auf folgenden Ebenen an:

1. Struktur der Studiengänge
2. Praxisbezug, Praxiskontakte
3. Förderung des Übergangs Hochschule - Beruf
4. Förderung von Unternehmensgründungen

a) Struktur der Studiengänge

Das Hochschulrahmengesetz (HRG) bestimmt als Ziel des Studiums die Vorbereitung auf ein berufliches Tätigkeitsfeld und die Vermittlung der dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden (§ 7). Mit der Novellierung des HRG im Jahr 1998 wurde die Möglichkeit geschaffen, zur Erprobung Bachelor- und Master-Studiengänge einzuführen (§ 19, Abs. 1). Die beiden Hauptmotive für die Einführung dieser Studienabschlüsse waren die Steigerung der Attraktivität des Studienstandortes Deutschland sowie die Verbesserung der internationalen Kompatibilität deutscher Abschlüsse. Arbeitsmarktgesichtspunkte stehen bislang noch nicht im Vordergrund. Gleichwohl sind mit der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen auch Implikationen für den Arbeitsmarktbezug des Studiums verbunden. Zum Januar 1999 wurden an deutschen Universitäten und Fachhochschulen bereits 67 Bachelor- und 43 Masterstudiengänge angeboten; eine große Zahl solcher Studiengänge befindet sich in der Planungsphase.⁵⁹

Eine größere Flexibilität in der Gestaltung des Studiums und damit auch hinsichtlich der inhaltlichen wie zeitlichen Bezugspunkte zum Berufsleben soll durch die Modularisierung von Studiengängen und die Einführung von Credit-Point-Systemen erreicht werden. Beide Elemente sind in der Neufassung des Hochschulrahmengesetzes mit der Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen verknüpft.

Ein weiteres Instrument zur Schaffung eines größeren Arbeitsmarktbezuges stellen spezialisierte Aufbaustudiengänge dar, die sich auf spezifische Berufsfelder richten und mit grundständigen Studiengängen nicht oder nur unzureichend abgedeckt werden. Der Wissenschaftsrat hat die Ausweitung von Aufbaustudiengängen im Anschluß an Diplomstudiengänge mit Blick auf die Studiendauer kritisch bewertet, solange sie nicht mit Konsequenzen für die Gestaltung des grundständigen Studiums verknüpft sind.⁶⁰ Studien zum Übergang von Hochschulabsolventen in den Beruf zeigen, daß Aufbaustudiengänge insbesondere bei angespannter Arbeitsmarktlage auch die Funktion einer Überbrückung von Übergangsproblemen in den Arbeitsmarkt ausüben.

b) Praxisbezug, Praxiskontakte

Ein wichtiges Element des Berufs- und Arbeitsmarktbezugs bilden Praxiskontakte und inhaltliche Bezüge zur jeweiligen Berufspraxis. Bisher wird ein enger Praxisbezug in Deutschland überwiegend den Fachhochschulen zugeschrieben; im Selbstverständnis der Universitäten spielt er eine geringere Rolle. Praxisbezug soll sich zunächst in den Studieninhalten und in deren Vermittlung niederschlagen. Darüber hinaus sind an den Fachhochschulen eine Reihe weiterer Elemente eingeführt worden, um den Praxisbezug des Studiums zu gewährleisten. Dies betrifft zum einen die spezifischen Berufungsvoraussetzungen für Professoren. Im Unterschied zu den Universitäten, an denen vornehmlich akademische Qualifikationen als Voraussetzung für eine Berufung auf eine Professur definiert sind, setzen die Fachhochschulgesetze der Länder als Regelqualifikation neben einer Promotion mindestens dreijährige praktische Berufserfahrungen außerhalb des Hochschulbereichs voraus.

Ein weiteres Element zur Sicherung des Praxisbezugs des Fachhochschulstudiums bildet die Integration von ein bis zwei Praxissemestern in das Studium. An vielen Fachhochschulen sind dazu Praktikantenbüros eingerichtet worden, die die Studierenden bei der Suche nach Praktikumsplätzen unterstützen und in Fragen der Praxissemester beraten und betreuen. An den Universitäten sind Praxissemester die Ausnahme; in einigen Studiengängen wurden aber unterschiedlich lange, z.T. obligatorische Praktika eingeführt, die dem Kennenlernen möglicher Berufsfelder und Tätigkeiten dienen sollen.

⁵⁹ Ein Überblick über Studienangebote und ihre Charakteristika findet sich bei Jahn, Heidrun: Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Wittenberg, 1998.

⁶⁰ Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren. Köln, 1988, S. 156.

Einen engen Bezug zur Berufswelt, der in vielen Fällen auch den Einstieg in die Erwerbstätigkeit nach Studienabschluß bildet, haben Diplomarbeiten, die konkrete Projekte, Fragestellungen und Probleme eines Unternehmens behandeln und den Studierenden dadurch auch Kontakte zu möglichen Arbeitgebern eröffnen. An den Fachhochschulen überwiegen solche praxisbezogenen Diplomarbeiten, an den Universitäten sind sie in nennenswertem Umfang bislang nur in den Ingenieurwissenschaften zu finden.

c) Förderung des Übergangs Hochschule - Beruf

Zur Intensivierung des Praxiskontaktes und zur Unterstützung des Übergangs in den Beruf sind an einer Reihe von Hochschulen seit den 70er Jahren (LMU München) und vor allem in den letzten Jahren berufsvorbereitende Initiativen und Programme („Studierende und Arbeitsmarkt“) entstanden.⁶¹ Ursprünglich standen dabei Studierende und Absolventen in geisteswissenschaftlichen Fächern mit ihren besonderen Arbeitsmarktproblemen im Zentrum. In den letzten Jahren wurden solche Programme zunehmend auch auf andere Fächer ausgeweitet.

Die Programme sind teilweise auf einzelne Fächer und Fachbereiche begrenzt (z.B. Projekt „Studium und Praxis“ der Institute für Geschichtswissenschaften und für Philosophie und Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität Berlin), zum Teil arbeiten sie aber auch fächerübergreifend bzw. hochschulweit (z.B. „Berufsorientierung für Studierende“ an der FU Berlin, „Studierende und Wirtschaft“ an der Universität Bielefeld). Angestoßen und getragen werden die Programme von unterschiedlicher Seite, sowohl von Fachbereichen als auch von Studienberatungen und studentischen Initiativen. In vielen Fällen bestehen Kooperationen zwischen Fachbereichen/Hochschulen sowie einzelnen Unternehmen, lokalen Industrie- und Handelskammern und den Hochschulteams der Arbeitsämter. Vielfach werden die Personalstellen der Initiativen über ABM-Maßnahmen finanziert und sind damit nicht dauerhaft gesichert. Das Spektrum der Angebote und Maßnahmen variiert beträchtlich und reicht von der Vermittlung von Praktika bis zu regelmäßig angebotenen festen Programmen mit mehreren Veranstaltungen über eine Laufzeit von mehreren Semestern. Charakteristisch ist, daß die Angebote bis auf wenige Ausnahmen zusätzlich zu den vorhandenen Studiengängen entwickelt worden sind.

⁶¹ Eine Übersicht aus dem Jahr 1999 nennt rund 100 Angebote an Universitäten. Vgl. Ehlert, Holger; Welbers, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Praxisinitiativen an Hochschulen. Neuwied, 1999.

An den Hochschulen werden in unterschiedlicher Häufigkeit eine Reihe von Einzel-elementen angeboten, die in den Programmen auf unterschiedliche Weise kombiniert werden:

- Informationsveranstaltungen mit Vertretern der Berufspaxis zu möglichen Berufsfeldern, Qualifikationsanforderungen und Karrieremöglichkeiten, z.T. verbunden mit Betriebsbesuchen,
- die Vermittlung qualifizierter Praktika,
- Bewerbungstraining mit Bewerbungsberatung, Simulation von Assessment Centers etc.,
- Berufsvorbereitende Kurse und Seminare zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen (z.B. Kommunikation, Moderation, Teamarbeit) sowie spezifischer Qualifikationen (z.B. Fremdsprachen, EDV, Betriebswirtschaftslehre, Recht),
- Absolventenbörsen und –kataloge als neue Form der Kontaktaufnahme zu potentiellen Arbeitgebern,
- „Career Centers“ zur Bündelung und Vernetzung von Einzelangeboten innerhalb der Hochschulen und in Kooperation mit Partnern aus der Praxis
- Informationen und Unterstützung in Fragen der Unternehmensgründung.

d) Förderung von Unternehmensgründungen

In einer Situation, in der ein rascher Übergang in eine dauerhafte, der Ausbildung entsprechende Beschäftigung nicht mehr mit Sicherheit erwartet werden kann, gewinnt die Selbständigkeit von Hochschulabsolventen durch Existenz- bzw. Unternehmensgründungen an Bedeutung. Hinzu kommt, daß in Deutschland im internationalen Maßstab ein Nachholbedarf hinsichtlich der Selbständigenquote allgemein und der Existenzgründungen aus Hochschulen bzw. durch Hochschulabsolventen besteht. In Deutschland entfallen lediglich 10% aller Existenzgründungen auf Hochschulabsolventen.⁶² Unter den 15% der Hochschulabsolventen, die den Weg in die berufliche Selbständigkeit einschlagen, ist zudem ein hoher Anteil Mediziner und Juristen, die traditionell zu großen Teilen freiberuflich tätig sind.

Der Bund und eine Reihe von Ländern legten daher in den letzten Jahren Programme zur Förderung von Existenzgründungen auf, die sich z.T. ausschließlich, z.T. auch an Hochschulabsolventen richten. In einzelnen Ländern existieren mehrere

⁶² Vgl. Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, HRK, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Unternehmensschmiede – eine neue Herausforderung an die Hochschulen. Thesen – Meinungen – Empfehlungen, Essen, 1998.

Programme mit unterschiedlicher Zielrichtung und Zielgruppen. Ein Beispiel hierfür ist Nordrhein-Westfalen. Das Ziel des nicht spezifisch auf Hochschulen bezogenen Programmes „GO! – Gründungsoffensive NRW“ ist die Verbesserung der Unterstützung und Beratung für Existenzgründerinnen und -gründer vor und nach dem Schritt in die Selbständigkeit, indem alle Beteiligten vor Ort gezielt zusammenarbeiten und Ihre Angebote vernetzen. In diesem Rahmen bestehen in Nordrhein-Westfalen Initiativen an 21 Hochschulen. Diese reichen von Lehrveranstaltungen zu Fragen der Unternehmensgründung über Gründerforen und Gründerwerkstätten bis hin zur Vergabe von Gründerstipendien. Ein weiteres, speziell auf Hochschulabsolventen zielendes Programm, „PFAU“, will die mit einer Unternehmensgründung verbundenen finanziellen Risiken abfedern, indem potentielle Firmengründer für die Dauer von zwei Jahren (mit halber Stelle) an einer Hochschule des Landes als wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt werden.

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) hat im Dezember 1997 einen Wettbewerb „EXIST – Existenzgründungen aus Hochschulen“ ins Leben gerufen. Ziele sind die Steigerung der Zahl technologieorientierter Unternehmensgründungen und innovativer Dienstleistungen, die wirtschaftliche Verwertung des Potentials wissenschaftlicher Forschung sowie die nachhaltige Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze.⁶³ Dabei sollten die Hochschulen in Kooperation mit lokalen Partnern aus der Wirtschaft Konzepte für regionale Netzwerke zur Aus- und Weiterbildung, Beratung und Unterstützung von Existenzgründern entwickeln. Es wurden 109 Bewerbungen eingereicht, an denen rund 200 Hochschulen beteiligt waren. Eine Jury wählte zunächst zwölf Initiativen für eine finanzielle Förderung aus, um in einem nächsten Schritt detaillierte Konzepte zu erarbeiten. Hierfür wurden fünf Projekte ausgewählt.

In Kooperation mit verschiedenen Partnern in Wirtschaft und Verwaltung haben viele Hochschulen selbst Initiativen zur Förderung von Existenzgründungen von Hochschulabsolventen entwickelt, die zum Teil auf Förderprogramme des Bundes und der Länder zurückgreifen. In solchen Gründerinitiativen ist in der Regel auch die lokale Wirtschaft mit Verbänden und Organisationen (z.B. Handels- und Handwerkskammern) wie auch mit einzelnen Unternehmen engagiert.

⁶³ BMBF: „EXIST“. Bonn, 1998.

III.2. Maßnahmen der Arbeitgeber

Ein grundlegender Beitrag des Beschäftigungssystems zum Verhältnis von Studium und Arbeitswelt besteht in der Formulierung von quantitativen wie qualitativen Qualifikationsanforderungen an ein Hochschulstudium bzw. an Hochschulabsolventen. Dies gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für den öffentlichen Dienst. Vertreter der Wirtschaft sind in vielen Fächern aktiv in die Diskussion um die Reform von Studiengängen einbezogen. Empirische Studien zeigen jedoch, daß auch in der Wirtschaft keine längerfristigen quantitativen und qualitativen Planungen vorliegen,⁶⁴ die verlässliche Aussagen über die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen und der erforderlichen Qualifikationen ermöglichen. In staatlich regulierten Berufsfeldern (z.B. Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Juristen) macht der Staat in Berufs- und Prüfungsordnungen detaillierte Vorgaben für Struktur und Inhalte der entsprechenden Studiengänge. Dabei handelt er jedoch weniger als Arbeitgeber, da der größte Teil der Absolventen in diesen Bereichen nicht beim Staat beschäftigt ist; vielmehr übt der Staat dabei als Aufsichtsorgan eine Regulierungsfunktion aus.

Einen Beitrag zum Praxisbezug von Hochschulstudiengängen leisten Wirtschaft und öffentlicher Dienst durch die Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Studierende und durch die Möglichkeit zur Durchführung von Projektstudien in Unternehmen. Insbesondere durch die obligatorischen Praxissemester an Fachhochschulen besteht ein erheblicher Bedarf an Plätzen in der Wirtschaft und im öffentlichen Sektor.

Die Wirtschaft bietet in unterschiedlicher Weise Qualifizierungs- bzw. Weiterqualifizierungsmaßnahmen für Hochschulabsolventen an, um berufsspezifische Anforderungen und Qualifikationen abzudecken und um unternehmensspezifische Besonderheiten zu vermitteln. Ein klassisches Instrument hierzu sind Trainee-Programme, die in vielen Branchen und Unternehmen den häufigsten Einstiegsweg für Hochschulabsolventen darstellen. In diesen Phasen sollen die Berufsanfänger zum einen das Unternehmen in seiner Struktur und Kultur kennenlernen, zum anderen werden unternehmensspezifische Anforderungen und Kenntnisse/Kompetenzen vermittelt. Einige unternehmensübergreifende Programme dienen ebenfalls der Förderung des Berufseinstiegs. Ein Beispiel hierfür ist das 1994 vom Bayerischen Verband der Metall- und Elektroindustrie ins Leben gerufene „Bayrische Ingenieur Nachwuchswachst- und Technologietransferprogramm (BIT)“, das bis 1997 insgesamt 1.052 arbeitslose Ingenieure und Naturwissenschaftler gefördert hat. Das Programm finanzierte die Tä-

tigkeit in Projekten mit innovativen Aufgabenstellungen sowie ein 26-tägiges Zusatzqualifizierungsprogramm, das Inhalte umfaßte, die an den Hochschulen nach Ansicht der Wirtschaft nur unzureichend gelehrt werden. Hierzu zählen u.a. Projektmanagement, betriebswirtschaftliches Denken, Gesprächsführung, Teamarbeit. Eine Evaluation des Programms kam zu dem Schluß, daß sowohl die arbeitsmarktpolitischen als auch die qualifikatorischen Zielsetzungen des Programms in hohem Maße erreicht werden konnten.⁶⁵ Den größten Kompetenzzuwachs konnte das Programm laut Teilnehmerbefragung hinsichtlich der Problemlösungskompetenz, der Fähigkeit zur Einarbeitung in neue Fachgebiete und der Kommunikations- und Teamfähigkeit erzielen. Nahezu alle Beschäftigte haben die Bereitschaft bekundet, ein solches Programm noch einmal durchzuführen. Insgesamt konnten 87% der Absolventen des Programms in den Arbeitsmarkt integriert werden; ein großer Teil der Geförderten (71%) gelangte nach Abschluß der Maßnahme in unbefristete Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse.

Eine Besonderheit stellen auch in dieser Hinsicht die Studiengänge für staatlich regulierte Berufe dar, in denen eine berufspraktische Phase (Referendariat für Juristen und Lehrer, Arzt im Praktikum) nach Abschluß des Studiums an der Hochschule Voraussetzung für die Zulassung zum Beruf ist, unabhängig davon, ob die Absolventen daran anschließend im öffentlichen Dienst arbeiten oder nicht. Aus Kostengründen und mit Blick auf die Tatsache, daß ein geringer werdender Anteil der Absolventen vom öffentlichen Dienst aufgenommen wird, wird diese Phase in den Rechtswissenschaften zunehmend in Frage gestellt.

III.3. Maßnahmen der Arbeitsverwaltung

Die Bundesanstalt für Arbeit bietet ein breites Spektrum an Leistungen für Studieninteressenten, Studierende, Absolventen und arbeitslose Hochschulabsolventen. Im Jahr 1995 erfolgte eine Restrukturierung der auf Hochschulausbildung gerichteten Dienstleistungsangebote der Bundesanstalt, um eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen sowohl der Studierenden und Hochschulabsolventen als auch der Arbeitgeber zu erreichen.⁶⁶

⁶⁴ Vgl. z.B. Baldauf, Beate et.al.: Beschäftigungsaussichten von Personen mit Hochschulabschluß im Urteil der Betriebe. Abschlußbericht über die Durchführung einer Pilotstudie. Kassel, 1997.

⁶⁵ Konegen-Grenier, Christiane: Das Bayerische Ingenieurnachwuchs- und Technologietransferprogramm (BIT). Befragung der beteiligten Unternehmen und Absolventen, Köln, 1998.

⁶⁶ Bundesanstalt für Arbeit: Runderlaß 46/96, ANBA, 44. Jg., Juli 1996, S. 971 ff.

Den Kern der Intensivierung der Hochschularbeit bildete die Einführung von „Hochschulteams“, deren Aufgabe es ist, die hochschulbezogenen Beratungs-, Orientierungs- und Vermittlungsdienste der Arbeitsämter in einem gemeinsamen Team aus Berufsberatern und akademischen Arbeitsberatern zu bündeln. Hochschulteams müssen an allen Hochschulstandorten mit mehr als 20.000 Studierenden aufgebaut werden. An kleineren Standorten kann der Direktor des Arbeitsamtes über die Einsetzung von Hochschulteams entscheiden. Gegenwärtig bestehen 36 Hochschulteams in 34 Städten (3 in Berlin).

Kernaufgaben der Hochschulteams sind:

- die Studien-, Berufs- und Arbeitsmarktorientierung für Studienberechtigte/ Studierende,
- die Übergangsvorbereitung in Beschäftigung für Mittel- und Endsemester,
- Einmündungshilfen in Beschäftigung für Endsemester/Absolventen und die
- Kooperation mit Partnern in der Hochschule und am Arbeitsmarkt.

Aus diesen Zielen ergibt sich eine Vielzahl von Beratungs-, Orientierungs- und Vermittlungsangeboten, die an den einzelnen Standorten in unterschiedlicher Ausprägung angeboten werden. Die Angebote gliedern sich in drei Module, von denen die ersten beiden von allen Hochschulteams angeboten werden und das dritte als Option vorgesehen ist. Das erste Modul umfaßt Informationsveranstaltungen für Studierende und Studieninteressenten in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern in den Hochschulen. Das zweite Modul betrifft die Übergangsvorbereitung von der Hochschule in den Arbeitsmarkt. Hierzu zählen Bewerbertrainings, Seminare zur Vertiefung von Schlüsselqualifikationen u.ä. Das dritte Modul umfaßt die Vermittlung von Hochschulabsolventen wie auch von Studienabbrechern, die den Hochschulteams von den Arbeitsämtern übertragen werden kann.

Eine weitere Einrichtung der Bundesanstalt für Arbeit, die sich überwiegend an Erwerbstätige mit Hochschulabschluß richtet, ist die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in Frankfurt/Main, die Führungskräfte der ersten und zweiten Unternehmensebene berät. Sie berät Führungskräfte u.a. auch über Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem internationalen Arbeitsmarkt und vermittelt auch ins Ausland. Bei der ZAV wertet eine Arbeitsmarktinformationsstelle aktuelle Daten über den Arbeitsmarkt für Personen mit Hochschulabschluß und andere hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte aus. Sie erarbeitet zu einzelnen fachlichen Teilarbeitsmärkten Informations-

materialien, die u.a. in den Berufsinformationszentren der Arbeitsämter Studieninteressenten und Studierenden zur Verfügung gestellt werden.

B. Stellungnahme und Empfehlungen

In der folgenden Stellungnahme werden zunächst die Befunde zur Arbeitsmarktsituation von Akademikern zusammenfassend mit Blick auf ihre Auswirkungen auf die Gestaltung des Hochschulsystems bewertet (B.I.). Dabei ist zwischen Hochschularten und Fachrichtungen zu differenzieren. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Arbeitsmarktsituation von Frauen mit Hochschulabschluß, die sich in vielen Punkten immer noch problematisch darstellt. Neben Arbeitslosigkeit als einem wichtigen Indikator für Arbeitsmarktmißerfolg werden Befunde zur ausbildungsinadäquaten Beschäftigung kritisch gewürdigt und die Aussagekraft von Modellrechnungen zum künftigen Akademikerbedarf untersucht. Der Übergang von der Hochschule in den Beruf (B.II.) markiert eine besondere Phase innerhalb der Bildungs- und Erwerbsbiographie, die durch besondere Probleme und Unsicherheiten gekennzeichnet ist und in der die Nähe zur Hochschule noch sehr eng ist. Auch wenn die Hochschulen künftig verstärkt Aufgaben in der Weiterbildung wahrnehmen und ihre Absolventen im Sinne eines lebenslangen Lernens begleiten sollen, wird das grundständige Studium nach wie vor im Zentrum ihrer Studienangebote stehen. Schließlich werden die Auswirkungen vieler Veränderungen des Arbeitsmarktes an dieser Schwelle vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem zuerst sichtbar, bevor sie sich in den Indikatoren des gesamten Akademikerarbeitsmarktes niederschlagen.

Aus den Veränderungen des Arbeitsmarktes für Akademiker und dem Wandel der Wirtschaft, der Arbeitsorganisation und der Qualifikationsanforderungen heraus werden Empfehlungen zur Stärkung der Bezüge zwischen Hochschulausbildung und Beschäftigung entwickelt, die darauf zielen, die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen zu stärken (B.III.). Dabei werden sowohl die Beiträge und die Rolle der Hochschulpolitik und der Hochschulen (B.III.1.), der privaten wie der öffentlichen Arbeitgeber (B.III.2.) als auch der Arbeitsverwaltung (B.III.3.) thematisiert.

B.I. Zur Arbeitsmarktsituation von Akademikern

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß hat sich seit Jahren positiver entwickelt als die Erwerbstätigkeit anderer Qualifikationsgruppen, die in Deutschland in den letzten Jahren überwiegend von einem Beschäftigungsrückgang betroffen waren. Den stärksten Beschäftigungszuwachs hatten dabei Erwerbstätige mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium. Den Fachhochschulen ist es in den letzten Jahren gelungen, neue Tätigkeitsfelder für ihre Absolventen zu erschließen. Ein jüngstes Beispiel sind die Studiengänge für Wirtschaftsjuristen. Die steigenden Qualifikationsanforderungen für den Umgang mit wissenschaftlichem Wissen und die Veränderungen der Anforderungsprofile gerade in Bereichen, die bislang durch Absolventen aus der beruflichen Ausbildung geprägt werden, deuten auf eine weiterhin insgesamt steigende Nachfrage nach Hochschulabsolventen hin. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist bei sinkenden Jahrgangsstärken davon auszugehen, daß selbst bei in absoluten Zahlen konstantem Bedarf an Hochschulabsolventen künftig ein größerer Anteil eines Geburtsjahrgangs eine Hochschulausbildung durchlaufen müßte.

Modellrechnungen zum künftigen Akademikerbedarf haben den Zuwachs an Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen in der Vergangenheit meist unterschätzt. Dies gilt insbesondere für die Beschäftigungschancen für Fachhochschulabsolventen: Bis in jüngste Zeit haben sie ein starkes Überangebot an Fachhochschulabsolventen prognostiziert. Der Wissenschaftsrat befürchtet, daß aus solchen Modellrechnungen falsche hochschulpolitische Signale hinsichtlich der Kapazitätsentwicklung von Universitäten und Fachhochschulen ausgehen, die durch die tatsächliche Entwicklung nicht gedeckt sind. Modellrechnungen sind nur begrenzt geeignet, die Dynamik und Komplexität des Beschäftigungssystems mit Blick auf die Möglichkeiten einer Ausweitung des Fächer- und Qualifikationsspektrums der Hochschulen abzubilden. Eine weitere Herausforderung für künftige Modellrechnungen stellt die Einführung gestufter Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen dar, die die bisherige Differenzierung zwischen beiden Hochschulen modifizieren wird.

Trotz des Anstiegs der absoluten Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen in den vergangenen Jahrzehnten sind Hochschulabsolventen, und dies gilt für die meisten Industriestaaten, in deutlich geringerem Umfang von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder gar ohne Berufsausbildung. Die Arbeitslosenquote von Fachhochschulabsolventen liegt seit Mitte der 80er Jahre

in den alten Bundesländern geringfügig unter der von Universitätsabsolventen. Zwar kommen darin auch Unterschiede im Fächerspektrum beider Hochschularten zum Ausdruck, doch zeigt eine nähere Analyse, daß auch in der Mehrzahl der Studienfächer, die an beiden Hochschularten angeboten werden, die Absolventen universitärer Studiengänge etwas häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Bemühungen der Wirtschaft um Kostensenkung im internationalen Wettbewerb haben in vielen Branchen zu einer personellen Ausdünnung insbesondere im Bereich des mittleren Managements geführt. Dadurch ist in vielen akademischen Berufen die Zahl der älteren Arbeitslosen in den letzten Jahren stark angestiegen. Vor allem in den Berufen, die vom technologischen Wandel in besonderer Weise betroffen sind (Ingenieure, Informationstechnologie-Berufe), ist eine Situation entstanden, in der einerseits eine hohe Zahl älterer Arbeitsloser mit zunehmend dauerhafter Arbeitslosigkeit registriert ist, andererseits die Wirtschaft darüber klagt, eine große Zahl von Stellen nicht besetzen zu können. Diese Friktion verdeutlicht die Bedeutung einer lebenslangen Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit („employability“), die bereits mit der Erstausbildung angelegt und durch kontinuierliche Weiterbildung aufrechterhalten werden muß. Ein möglicherweise dauerhafter Ausschluß einer großen Zahl älterer, hochqualifizierter Erwerbstätiger aus dem Arbeitsmarkt ist neben der damit verbundenen persönlichen Problematik unter volkswirtschaftlichen und bildungsökonomischen Gesichtspunkten in hohem Maße ineffizient.

Nach wie vor stellt sich die Arbeitsmarktsituation von Frauen mit Hochschulabschluß durchgängig deutlich schlechter dar als die von Männern. Zwar gilt auch für Frauen, daß das Arbeitsmarktrisiko mit steigender schulischer und beruflicher Qualifikation abnimmt. Doch sind Akademikerinnen sowohl stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als auch - offenbar auch als individuelle Strategie zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit - in erheblich größerem Umfang als Männer mit Hochschulabschluß in ausbildungsinadäquaten Beschäftigungsverhältnissen zu finden, die mit deutlichen Einkommenseinbußen und schlechteren Aufstiegsmöglichkeiten verbunden sind. Der Wissenschaftsrat hat an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen, daß dies auch für den Teilarbeitsmarkt des Wissenschaftssystems selbst gilt, und hat Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen erarbeitet.⁶⁷ Die Unterschiede in den Arbeitslosenquoten zwischen Frauen und Männern mit Hochschulabschluß sind nur zum Teil auf Fächerunterschiede zurückzuführen. Auch innerhalb einzelner Studienrichtungen

⁶⁷ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung. Köln, 1998.

liegen die Arbeitslosenquoten von Frauen nahezu durchgängig höher. Dabei sind die Unterschiede in den Natur- und Ingenieurwissenschaften am größten. So zeigen die Arbeitslosenzahlen, daß Frauen auch bei einer Entscheidung für traditionell von Männern dominierte Studiengänge und Berufe, wie z.B. für die Ingenieurwissenschaften, hinsichtlich Arbeitsmarktintegration, Status, Einkommen und anderer Größen benachteiligt sind. Um solche Studiengänge für Frauen attraktiver zu gestalten, sind weiterhin Initiativen der Hochschulen notwendig. Eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation außerhalb von Wissenschaft und Forschung fällt jedoch nicht in den Verantwortungsbereich der Hochschulen, vielmehr sind dafür Veränderungen von Strukturen und Verhaltensweisen im Beschäftigungssystem von besonderer Bedeutung. Ohne klare Signale aus der Wirtschaft ist zu befürchten, daß die Wirkungen von Bemühungen der Hochschulen begrenzt bleiben.

B.II. Zum Übergang von Hochschulabsolventen in den Beruf

Eine Reihe von Absolventenstudien und Erfahrungen aus der Arbeitsverwaltung zeigen, daß nach Studienabschluß neue Suchmuster und veränderte Muster des Übergangs in den Beruf an Bedeutung gewinnen. In vielen Berufen hat, oft verstärkt durch konjunkturelle Einbrüche, in den letzten Jahren der Anteil der Absolventen, die innerhalb einer gewissen Suchphase ein unbefristetes (Vollzeit-) Beschäftigungsverhältnis aufgenommen hatten, zugunsten befristeter, projektförmiger und vorübergehender Beschäftigungen abgenommen. Nach einer Übergangszeit ist aber nach wie vor dem weitaus größten Teil der Absolventen die Integration in das Beschäftigungssystem gelungen. Gleichzeitig deutet vieles darauf hin, daß der Übergang in den Beruf für eine wachsende Teilgruppe von Absolventen dauerhaft schwieriger wird. Wie Analysen zum Studierverhalten immer wieder gezeigt haben, suchen Studierende bereits in frühen Studienphasen den Kontakt mit möglichen Berufsfeldern, woraus sich vielfach fließende Übergänge entwickeln. Inwieweit diese Entwicklungen den Beginn eines grundlegenden Strukturwandels der Berufseinmündung von Hochschulabsolventen markieren, kann gegenwärtig noch nicht eindeutig beantwortet werden. Das Bewußtsein dieser Veränderungen ist in den Hochschulen vielerorts jedoch noch nicht sehr ausgeprägt. Die Übergangsphase von der Hochschule ins Berufsleben sollte daher von den Studierenden, aber auch von den Hochschulen, als ein Prozeß verstanden werden, der bereits während des Studiums und nicht erst mit dem Examen einsetzt. Die Bewältigung dieser Veränderungen darf nach Ansicht des Wissenschaftsrates nicht allein den Absolventen überlassen bleiben.

Pauschale Aussagen über die Arbeitsmarktlage von Hochschulabsolventen oder den Übergang von der Hochschule in den Beruf verdecken eine Reihe notwendiger Differenzierungen und können zu Fehlschlüssen führen. Die amtliche Arbeitsmarktstatistik ebenso wie Absolventenstudien zeigen, daß der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren gerade auch in den Bereichen problematisch geworden ist, in denen ein Universitätsstudium für klar abgegrenzte Professionen ausbildet und diese einer engen staatlichen Regulierung unterliegen (z.B. Medizin, Rechtswissenschaft). Probleme im Übergang in den Beruf entstehen immer wieder auch in stark konjunkturabhängigen Fächern wie den Ingenieurwissenschaften. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Informatiker, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die Wirtschaft den Mangel an Absolventen von Informatik-Studiengängen durch die Rekrutierung von Absolventen benachbarter Fächer ausgleicht, gegenwärtig vor allem der Physik, zeigt andererseits die Flexibilität seitens der Wirtschaft, in einem Bereich auf einen Angebotsmangel zu reagieren, der ohnehin in schwächerem Maße durch starre Zuordnungen von Ausbildungsgängen und Beschäftigungen gekennzeichnet ist. Dies belegen auch Initiativen von Großfirmen, in Kooperation mit Hochschulen neue Wege zur akademischen Weiterqualifizierung von Mitarbeitern mit beruflicher Ausbildung zu beschreiten.

Die chronischen Probleme beim Übergang in den Beruf in einer Reihe von Fächern, z.B. Geographie, Sozialwissenschaften, Biologie und vielen geisteswissenschaftlichen Fächern, zeigen einen erheblichen Handlungsbedarf auf Seiten aller Beteiligten in den Hochschulen an. Die Absolventenstudien weisen zwar darauf hin, daß die Studierenden in den geisteswissenschaftlichen Fächern sich dieser Probleme bewußt sind und sich darauf einstellen. Die Bewertung der Studiengänge und des beruflichen Nutzens des Studiums zeigen aber gleichzeitig, daß eine ausreichende Unterstützung durch die Hochschulen bislang fehlt und eine grundlegende Überprüfung und Reform des Studienangebots in diesen Fächern unumgänglich ist, um die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen durch die Vermittlung zusätzlicher arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen zu verbessern. Alle Hochschulen sind in allen Fächern aufgefordert, die berufliche Praxis systematisch zu beobachten und Veränderungen bei der Gestaltung der Studienangebote zu berücksichtigen.

B.III. Zur Stärkung der Verknüpfungen zwischen Hochschulausbildung und Beschäftigungssystem

Die Bedeutung des Hochschulbereichs für den Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Inzwischen tragen die Hochschulen die Verantwortung für eine wissenschaftliche Ausbildung von 30% und mehr eines Altersjahrgangs. Während die Fachhochschulen in ihrer Grundfunktion eine anwendungsorientierte Ausbildung für die berufliche Praxis vermitteln sollen, haben die Universitäten mit ihrem Studienangebot zwei Anforderungen Rechnung zu tragen. Zum einen bleiben die Universitäten innerhalb des deutschen Wissenschaftssystems die wichtigste Stätte für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Forschung und Lehre. Der Forschungsbezug des Studiums ist ein wesentliches Merkmal eines Studiums für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bildet eine zentrale Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten. Exzellente forschungsbezogene Studiengänge fördern wichtige Qualifikationen für viele berufliche Tätigkeiten auch außerhalb des Wissenschaftssystems, wenn sie die Vermittlung transferfähiger Fach- und Methodenkompetenzen gewährleisten.

Die Anforderungen des Arbeitsmarktes wie die Erwartungen und Interessen der Studierenden zeigen jedoch, daß die universitären Studiengänge für den weit überwiegenden Teil der Studierenden auf eine breite Verwertbarkeit der Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt außerhalb von Wissenschaft und Forschung zielen müssen. Es ist deshalb erforderlich, zwischen beiden Ausbildungszielen zu differenzieren. Für den überwiegenden Teil der Studierenden, die keine wissenschaftliche Karriere in Lehre und Forschung anstreben, ist es ein zentrales Anliegen, bei der Gestaltung des Studiums der Beschäftigungsfähigkeit in der beruflichen Praxis entsprechende Priorität einzuräumen. Angesichts der Zunahme der Flexibilität und Unschärfe des Arbeitsmarktes für Akademiker und der Komplexität der Qualifikationsanforderungen werden der Aufbau und der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit zu zentralen Kriterien des Ertrags eines Hochschulstudiums. Dies verlangt von den Absolventen sowohl während des Studiums als auch im Beruf eine größere Eigenverantwortlichkeit, die ihnen aber nicht allein zugeschrieben werden sollte. Erforderlich ist eine gemeinsame Verantwortung von Studierenden und Absolventen, Hochschulen und Professoren sowie Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Hochschulen, die Beschäftigungsfähigkeit von Beginn des Studiums als ein Studienziel zu verfolgen. Dazu gehören vor allem die Vermittlung transferfähiger Kenntnisse und Kompetenzen, um komplexe Probleme in der beruflichen Praxis mit wissenschaftlichen Methoden bearbeiten zu können und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt begeg-

nen zu können sowie die Entwicklung von Fähigkeiten, die zur Problemlösung erforderlichen Informationen und Methoden eigenständig zu erarbeiten und sich auf der Grundlage der erworbenen Qualifikationen weiterzubilden.

III.1. Zur Rolle der Hochschulen

Dieser veränderten Rolle der Hochschulen in der Gesellschaft hat das deutsche Hochschulwesen in der Vergangenheit zunächst durch eine institutionelle Differenzierung Rechnung getragen, zuerst und zahlenmäßig dominierend durch den Auf- und Ausbau der Fachhochschulen, später auch durch die (außerhalb des Hochschulsektors angesiedelten) Berufsakademien. Der institutionelle Ausbau der Fachhochschulen, verbunden mit einem immer noch begrenzten Fächerspektrum, hat bislang lediglich zu einem geringfügigen Anstieg des Anteils der Studierenden an Fachhochschulen geführt. In der Gesamtbilanz zeigt sich, daß der Hochschulausbau seit den 70er Jahren entgegen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und des öffentlichen hochschulpolitischen Konsenses überwiegend Universitätsausbau geblieben ist. Der weit überwiegende Teil der Studierenden studiert nach wie vor an Universitäten (einschl. Gesamt- und Kunsthochschulen). Zwar absolviert in einzelnen Fächergruppen die Mehrheit bzw. ein großer Teil (z.B. in den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften) der Studierenden das Studium an einer Fachhochschule, in vielen Bereichen bestehen jedoch keine entsprechenden Angebote an Fachhochschulen.

Der Bedarf an Studiengängen, die verstärkt auf die berufliche Praxis vorbereiten, übersteigt nach Einschätzung des Wissenschaftsrates das Angebot der Fachhochschulen bei weitem. Deshalb wiederholt er mit Nachdruck seine Empfehlung zu einem deutlichen Ausbau der Fachhochschulen, mit dem Ziel, einen wesentlich höheren Anteil der Absolventen in kürzeren, berufsbezogenen Studiengängen auszubilden. Hierzu ist insbesondere eine Erweiterung des Fächerspektrums der Fachhochschulen in Bereichen erforderlich, die bislang ausschließlich an Universitäten vertreten sind. Bei den gegebenen Größenverhältnissen beider Hochschularten kann die institutionelle Differenzierung in Universitäten und Fachhochschulen (sowie Berufsakademien) allein den Erfordernissen einer praxisorientierten Hochschulausbildung für die weit überwiegende Zahl der Studierenden jedoch nicht angemessen Rechnung tragen. Vielmehr ist es zugleich eine dringende Aufgabe der Universitäten, eine Reform der Studiengänge durchzuführen, die differenziert zwischen solchen Angeboten, die primär auf den Erwerb von Forschungsbefähigung ausgerichtet sind, und

solchen, die einen stärkeren Praxisbezug aufweisen und damit den Wünschen und Erwartungen der Mehrzahl der Studierenden entsprechen.

Viele Studiengänge an Universitäten haben den Wandel der Aufgabenstellung der Hochschulen, der Erwartungen der Studienanfänger und der Anforderungen des Arbeitsmarktes an Absolventen bislang nicht oder nur unzureichend in der Struktur und den Inhalten des Studiums aufgegriffen. In vielen Fächern, deren Absolventen dauerhaft erhebliche Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben, werden Strukturen und Inhalte der universitären Studiengänge bislang ausschließlich aus der Forschungsperspektive der Fachdisziplin heraus entwickelt. Darin kommt ein Defizit an institutioneller Verantwortung zum Ausdruck. Der Wissenschaftsrat hat sich wiederholt dagegen ausgesprochen, die Ausbildungskapazitäten ausschließlich an kurzfristigen Erfordernissen des Arbeitsmarktes auszurichten, sondern sie grundsätzlich weiterhin am Bildungs- und Ausbildungsinteresse der jungen Generation zu orientieren. Die Steuerung der Ausbildungskapazitäten steht in einem Spannungsfeld zwischen Erwartungen und Nachfrage der Studierenden, dem Selbstverständnis und der Autonomie der Hochschulen, den Erwartungen der Wirtschaft und gesellschaftlichen Anforderungen. Eine auf nur einen Aspekt konzentrierte quantitative Bedarfsdefinition kann nicht Grundlage für weitreichende Strukturentscheidungen über Ausbildungskapazitäten in einzelnen Fächern sein, insbesondere vor dem Hintergrund eines unschärfer werdenden Arbeitsmarktes für Akademiker. Auch bilden die Anforderungen aus dem Beschäftigungssystem einen wichtigen, aber nicht den einzigen Zielbereich des Studiums und der Lehre an den Hochschulen. Persönliche Neigungen und Interessen sollten ebenso Raum finden wie gesellschaftliche Erwartungen und die wissenschaftliche Entwicklung in einem Fach. Zugleich gehört es zu den Rahmenbedingungen von Lehre und Studium, daß es nicht möglich ist, präzise zu definieren, welche Qualifikationsprofile am Ende eines Studiums einen erfolgreichen Berufseintritt garantieren können. Der Wissenschaftsrat plädiert deshalb für eine größere Vielfalt an Studienangeboten der Hochschulen. Dabei müssen Hochschulen und Fachbereiche den Arbeitsmarkterfolg ihrer Absolventen als ein Kriterium ihrer Leistungsfähigkeit verstehen und entsprechende Erfahrungen und Erkenntnisse in der Gestaltung ihrer Studienangebote, insbesondere hinsichtlich des Qualifikationsprofils, berücksichtigen.

Eine verantwortliche Wahrnehmung der Ausbildungsfunktion verlangt von den Hochschulen, daß sie aktuelle Veränderungen in der Wirtschaft und der Arbeitswelt aufgreifen und ihre Studienangebote kontinuierlich weiterentwickeln. Die Hochschulen sollten nicht nur reaktiv Anpassungen vornehmen, sondern im Dialog mit den Ab-

nehmern ihrer Absolventen prospektiv neue Studienangebote entwickeln, wie es ihrem Selbstverständnis als Träger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Innovation aus der Wissenschaft heraus entspricht. Dabei können nicht zuletzt auch neue Verknüpfungen unterschiedlicher Fachqualifikationen eine wichtige Rolle spielen, die an Veränderungen der Qualifikationsanforderungen und der Arbeitswelt anknüpfen. Erfolgreiche Beispiele aus der Vergangenheit sind die Studiengänge Wirtschaftsingenieurwesen, Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsmathematik. Wirtschaftsrecht, Gesundheitsberufe sowie Verbindungen traditioneller Disziplinen mit neuen Medien sind weitere Ansatzpunkte für die erfolgreiche Entwicklung solcher Studiengänge, wie sie vor allem an den Fachhochschulen bereits umgesetzt werden. Zur Bewältigung dieser neuen Herausforderungen sind Organisationsstrukturen förderlich, die disziplinorientierte Barrieren überwinden und den Aufbau einer darauf ausgerichteten Studienorganisation unterstützen. Diese sollte unter Wahrung klarer Verantwortung eine Modularisierung des Studienangebots in inhaltlich kohärente Segmente und neue Verbindungen verschiedener Module zu disziplinübergreifenden Studienprofilen ermöglichen.

Die Hochschulen sind aufgefordert, Struktur und Inhalte der Studiengänge sowie die angestrebten Qualifikationen einer Revision zu unterwerfen, die den Beschäftigungsmöglichkeiten der Absolventen des Faches größere Bedeutung zumißt, um so ihrer Verantwortung gegenüber ihren Absolventen gerecht zu werden. Um die Bedeutung dieser Aufgabe zu unterstreichen, spricht sich der Wissenschaftsrat für eine Einbeziehung der arbeitsmarktrelevanten Ergebnisse von Lehre und Studium in die Leistungsbilanz einer Hochschule aus. Es ist zu erwarten und unter Wettbewerbsgesichtspunkten wünschenswert, daß bei einer formelgebundenen, belastungs- und leistungsorientierten Mittelzuweisung über die Zahl der Studierenden und Absolventen hinaus künftig deren Erfolg auf dem Arbeitsmarkt in die Leistungsbewertung eingehen. Zu diesem Zweck sollten entsprechende Modellüberlegungen angestellt werden.

Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen zur Stärkung der Lehre durch Evaluation eine Selbstverständigung der Fachbereiche und Fakultäten über ihre Ausbildungsziele eingefordert,⁶⁸ die den Aspekt des Berufs- und Arbeitsmarktbezuges einschließt. Im Sinne der Qualitätssicherung von Studium und Lehre müssen sich die Fachbereiche systematisch und kontinuierlich Informationen über die beruflichen Wege ihrer Absolventen verschaffen. Absolventenstudien können den Hoch-

⁶⁸ In: Empfehlungen und Stellungnahmen 1996, Köln, 1997, S. 81.

schulen dabei helfen, ein Verständnis von Veränderungen im Übergangsprozeß von der Hochschule ins Berufsleben ihrer eigenen Absolventen zeitnah und verknüpft mit den Spezifika der eigenen Studiengänge zu entwickeln. Sie können eine hilfreiche Informationsquelle sein, um die eigenen Studiengänge und die eigenen studien-gangsübergreifenden Angebote entsprechend weiterzuentwickeln. Die Verfolgung des Berufseinstiegs und des Berufswegs der Absolventen sollte für die Hochschulen daher keine einmalige Maßnahme bleiben, sondern selbstverständlicher Bestandteil ihrer Verantwortung für ihre Studierenden und ein Element regelmäßiger Selbstevaluation der Fachbereiche bzw. Fakultäten werden. Voraussetzung für einen Nutzen von Absolventenstudien ist jedoch die Sicherung bestimmter methodischer Mindeststandards. Eine Reihe der vorliegenden Absolventenstudien genügt diesen Mindeststandards allerdings nicht – so verdienstvoll solche Initiativen grundsätzlich sind. Die Hochschulen sollten sich bei der Konzipierung und Durchführung von Absolventenstudien daher an anerkannten Modellen und Studien orientieren und zu ihrer Weiterentwicklung beitragen.⁶⁹ Vielfach ist der notwendige Sachverstand zur Durchführung empirischer Studien in den Hochschulen in den entsprechenden Disziplinen und Fachbereichen vorhanden und sollte von anderen Fächern für diese Aufgaben genutzt werden. Möglichkeiten hierzu bieten sich auch z.B. in Form von Studienprojekten und Diplomarbeiten. Die Absolventenstudien einzelner Hochschulen sollten jedoch ergänzt werden durch regelmäßige hochschulübergreifende Informationen zum beruflichen Einstieg und Verbleib der Absolventen in den ersten Jahren nach dem Studienabschluß. Ein solches bundesweites Berichtssystem sollte mit einer einheitlichen Methodik regelmäßig und zeitnah Informationen liefern, um Fachbereichen und Studierenden aktuelle Rückmeldungen über Einmündungsprozesse in den Arbeitsmarkt zu geben.⁷⁰

Ein weiteres Instrument, die Erfahrungen von Absolventen zu nutzen, sind Alumni-Netzwerke. Auf diesem Feld haben die deutschen Hochschulen im Vergleich zu angelsächsischen Hochschulen einen besonderen Nachholbedarf. Die in letzter Zeit an einigen Hochschulen entstandenen Initiativen sind daher nachdrücklich zu begrüßen. Alumni-Netzwerke bieten den Studierenden einer Hochschule die Möglichkeit, einen Einblick in Berufs- und Karrierewege von Absolventen des gleichen Studiengangs zu erhalten und darüber hinaus Kontakte zu Berufsfeldern, aber auch zu möglichen Arbeitgebern zu entwickeln. Die Erfahrungen ehemaliger Absolventen sollten von den

⁶⁹ Beispiele hierfür sind die Studien der HIS GmbH und des Zentrums für Hochschulforschung der Universität-Gesamthochschule Kassel.

⁷⁰ Es wird angeregt, der HIS GmbH einen entsprechenden Entwicklungsauftrag zu geben.

Hochschulen systematisch genutzt werden, um die Struktur und die Inhalte der Studiengänge weiterzuentwickeln.

Die Verantwortung der Fachbereiche gegenüber ihren Absolventen sollte auf mehreren Ebenen ansetzen: Struktur und Inhalte des Studiums; Praxiskontakte für Studierende; Beratung, Unterstützung beim Übergang in den Beruf sowie Förderung von Existenzgründungen.

a) Struktur und Inhalte des Studiums

Ausgangspunkt der Festlegung der Studieninhalte sollte eine klare und transparente Definition der Zielsetzung und des Profils des jeweiligen Studienangebots und der zu vermittelnden Qualifikationen durch die Hochschule sein. Die Qualifizierung für eine Tätigkeit in Wissenschaft und Forschung ist dabei ein mögliches Ziel, ein berufsqualifizierender Abschluß für eine Tätigkeit außerhalb des Wissenschaftssystems stellt aber sowohl in den Erwartungen der Studierenden als auch mit Blick auf die faktische Beschäftigung von Hochschulabsolventen das quantitativ dominierende Ziel dar. Dem sollte durch ein differenziertes Angebot an Studiengängen mit individuellen Gestaltungsmöglichkeiten durch Modulauswahl ebenso wie durch differenzierte Abschlußmöglichkeiten Rechnung getragen werden.

Der Wissenschaftsrat hat sich in der Vergangenheit bereits für eine Zweiteilung des Studiums in ein auf Wissenschaft begründetes berufsbefähigendes Studium und der nachfolgenden Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgesprochen.⁷¹ Ein stärker konsekutiv ausgelegtes Studienmodell, das eine neuartige Abfolge von Bildungs- und Berufsabschnitten ermöglicht, verbessert nach Ansicht des Wissenschaftsrates die Möglichkeiten, Hochschulausbildung in stärkerem Maße als bislang an die Erfordernisse lebenslangen Lernens anzupassen. Dabei sollte die Möglichkeit bestehen, einen weiteren Studiengang sowohl unmittelbar an einen ersten Abschluß als auch mit zeitlichem Abstand nach einer Phase der Erwerbstätigkeit anzuschließen.

Eine Differenzierung der Abschlüsse, wie sie im Hochschulrahmengesetz mit Bachelor und Master vorgesehen ist, vergrößert die Gestaltungsmöglichkeiten in der zeitlichen Abfolge von Phasen der Ausbildung und der Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf und entspricht den sich verändernden biographischen Präferenzen vieler Hochschulabsolventen und Erwerbstätigen. Dies ermöglicht im Vergleich zu den bis-

⁷¹ 10 Thesen zur Hochschulpolitik, These 6, a.a.O., S. 36.

herigen vergleichsweise langen und starren Diplom- und Staatsexamensstudiengängen an Universitäten (mit faktischen Studienzeiten von im Mittel 12 Semestern) und Fachhochschulen unter funktionalen Gesichtspunkten eine flexiblere Abstimmung zwischen Hochschulsystem und Arbeitsmarkt. Da die Studierenden ihr Studien- und Prüfungsverhalten an Arbeitsmarktsignalen ausrichten und gerade auch Aufbaustudiengänge und bisweilen auch die Aufnahme einer wissenschaftlichen Weiterqualifizierung durch eine Promotion unter dem Aspekt der zeitlichen Gestaltung des Übergangs ins Beschäftigungssystem nutzen, wirken die Hochschulen gegenwärtig faktisch bereits als ein Puffer zwischen Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt. Ein System gestufter und differenzierter Abschlüsse könnte gezielter und mit geringeren persönlichen und öffentlichen Kosten dazu beitragen, zyklische Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage zu vermindern.

Die zeitlich flexible Möglichkeit der Wahrnehmung von gestuften Studienangeboten, insbesondere in Form berufsbegleitender Angebote, erlaubt neue, flexiblere Verbindungen zwischen Hochschulsystem und Arbeitsmarkt. Unter qualifikatorischen Gesichtspunkten und mit Blick auf den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Erwerbstätigen machen differenzierte Abschlüsse nur Sinn, wenn nach einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß der unmittelbare Anschluß eines weiteren Studienprogramms mit dem Ziele einer höheren Qualifizierung im Fach nicht als Regelfall vorgesehen wird, sondern Phasen der Berufstätigkeit zwischen erstem und einem weiteren Abschluß breite Akzeptanz bei Absolventen und Arbeitgebern finden. Zugleich muß eine horizontale Verbreiterung von Ausbildungswegen im Sinne neuer Verknüpfungsoptionen von Fächern und Fachqualifikationen ermöglicht werden. Beispiele hierfür lassen sich in Kombination verschiedener Fächer mit wirtschaftswissenschaftlichen Qualifikationen, aber auch im Bereich der Geisteswissenschaften (auch z.B. mit naturwissenschaftlichen Fächern) vorstellen. Damit sollen bestehende Berufsfelder, die im Rahmen eines gestuften Systems eine bestimmte Abfolge von Bachelor- und Masterstudiengang nahelegen, ebenso erreicht werden wie eine Erweiterung der Studienangebote um neue, flexibel zu entwerfende Qualifikationsmuster. Im Kontext eines wachsenden Anteils von Teilarbeitsmärkten ohne festgefügte Berufsbilder eröffnet ein solches System Hochschulabsolventen neue Perspektiven zum Erhalt und zur Erweiterung ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Wenn die Hochschulen im Zuge der Reform in deutlich höherem Maße von Studierenden mit Berufserfahrung frequentiert werden, verlangt das von den Hochschulen eine stärkere Nachfrageorientierung hinsichtlich der Inhalte und der Lernformen und Lehrmethoden. Teilzeitangebote ebenso wie berufsbegleitende Programme und Formen der Kombination von Fern- und Präsenzstudien werden in diesem Zusammenhang ebenso an

Bedeutung gewinnen wie eine stärkere Orientierung an den disziplinübergreifenden Anforderungen des Beschäftigungssystems.

Der Wissenschaftsrat verkennt nicht, daß die Voraussetzungen für die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen sich in unterschiedlichen Disziplinen gegenwärtig sehr heterogen darstellen. Während sich die Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften, wie die große Zahl bestehender und geplanter neuer Studiengänge zeigt, nicht zuletzt unter dem Druck der Öffnung für ausländische Arbeitsmärkte veränderungsbereit zeigen, herrscht in den Geistes- und Sozialwissenschaften noch eine große Zurückhaltung, obwohl in diesen Fächergruppen die Chancen zur deutlichen Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen besonders groß sind. Nicht zuletzt bietet sich die Möglichkeit, an die Bildungsmotivation des größten Teils der Studierenden, die sich für diese Fächer entscheiden, anzuknüpfen und einen stärker bildungsorientierten ersten Studienabschluß mit einem stärker berufsbezogenen zweiten Studienabschluß zu verbinden. Dies entbindet jedoch keinesfalls von der übergreifenden Aufgabe, bereits bis zum ersten Studienabschluß Berufsqualifikationen anzulegen.

In zahlreichen Ländern haben Studiengänge mit Abschlüssen unterhalb des deutschen Diploms zu einer Öffnung des Hochschulwesens für Bereiche beigetragen, deren Ausbildung vorher nicht an Hochschulen angesiedelt war. In Deutschland ist in vielen dieser Bereiche, beispielsweise im Gesundheitswesen, die Distanz des bisherigen Universitätsstudiums und der damit verknüpften Berufe zu nicht-akademischen Berufen, deren Ausbildung an Akademien und in Fachschulen angesiedelt ist, so groß, daß eine Öffnung und eine Akademisierung durch die Einführung von Diplomstudiengängen bislang nicht in Betracht gezogen wurde. Die Einführung gestufter Abschlüsse sollte dazu führen, daß mittelfristig auch für einige dieser Bereiche Studiengänge an Hochschulen entstehen (z.B. nichtärztliche Gesundheitsberufe). Die Hochschulen erhalten in diesem Zusammenhang verstärkt die Möglichkeit, in Kooperation mit möglichen Abnehmern von Absolventen auf innovative Weise selbst neue Berufsfelder zu erschließen und darauf zielende Studienangebote zu entwickeln. Sie können sich auf diese Weise Arbeitsmarktsegmente eröffnen, die bislang unterhalb der Hochschulabschlüsse angesiedelt sind und so ihre Reichweite vergrößern.

Die Einführung neuer gestufter Studiengänge und –abschlüsse sollte nach Auffassung des Wissenschaftsrates von Akkreditierungsverfahren begleitet werden, die sowohl mit Blick auf die internationale Vergleichbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit als auch auf die Qualitätssicherung der Studiengänge ausgerichtet sind, wobei dem Stu-

dienziel der Berufsqualifizierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Die hierbei wünschenswerte Beteiligung von Vertretern aus der beruflichen Praxis sollte jedoch nicht dazu führen, daß an die Stelle der Rahmenstudienordnungen künftig Standardvorgaben durch Berufs- und Wirtschaftsverbände treten. Vielmehr sollten auch praxisorientierte Studiengänge durch Vielfalt, Profilbildung und Wettbewerb gekennzeichnet sein.

Ein Hochschulabschluß kann das Lernen und die Berufsqualifizierung nicht abschließen, sondern markiert im Prozeß des lebenslangen Lernens einen ersten und unverzichtbaren Wechsel der Lernumgebungen. Von den Hochschulen wird in einer Zeit beschleunigten Wandels der Wirtschafts-, Unternehmens- und Arbeitsplatzstruktur zunehmend erwartet, daß sie bei ihren Absolventen eine geistige und soziale Grundhaltung ausprägen, sich stets für neue Probleme und Herausforderungen offen zu zeigen. Eine solche Bildung als von Schulen und Hochschulen vermittelte Grundhaltung führt zur Fortsetzung des Lernens in der beruflichen Praxis und immer wieder in Phasen berufsorientierter wissenschaftlicher Weiterbildung.⁷² Für Hochschulabsolventen ist zur Bewältigung dieser Herausforderungen die lebenslange Erneuerung und Erweiterung wissenschaftsbasierter Qualifikationen von herausragender Bedeutung. Die Fähigkeit hierzu muß bereits frühzeitig während des Studiums angelegt werden, nicht erst gegen Ende des Studiums. Die hohe Arbeitslosigkeit von älteren Akademikern in Berufen mit raschem technologischem Wandel (Ingenieurwesen, Informationstechnologie) einerseits und der schnelle Wissenszuwachs andererseits zeigen, daß die Wahrnehmung dieser Aufgabe in der Gesellschaft und den Hochschulen noch nicht hinreichend gelungen ist, aber auch die Wirtschaft die Chancen einer nachhaltigen Wissens- und Personalentwicklung durch lebenslange Lernprozesse noch nicht hinreichend nutzt. Die sich abzeichnende demographische Entwicklung in Deutschland erfordert eine Perspektivenänderung in diese Richtung, wenn Qualifizierungsdefizite einer alternden Bevölkerung nicht vorrangig durch den Import qualifizierter Arbeitskräfte oder den Export von Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeglichen werden sollen.

Der Wissenschaftsrat hat darauf hingewiesen, daß eine Ausweitung der Bedeutung berufsbezogener wissenschaftlicher Weiterbildung Auswirkungen auf das grundständige Studium haben muß; es kann von weitgehenden fachlichen Spezialisierungen

⁷² Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung. In: Empfehlungen zur Hochschulentwicklung durch Teilzeitstudium, Multimedia und wissenschaftliche Weiterbildung, Köln, 1998, S. 117 f.

entlastet werden.⁷³ Von zentraler Bedeutung für die Förderung von Beschäftigungsfähigkeit außerhalb des Forschungssektors ist die Vermittlung transferfähiger Fach- und Methodenkompetenzen, die auch Bildung durch Wissenschaft einschließt. Fachlichen Vertiefungen kommt dabei vielfach vor allem die Funktion exemplarischen Lernens zu, da die fachlichen Spezialisierungen während des Studiums außerhalb der Natur- und Technikwissenschaften in vielen Fächern nur sehr lose mit der späteren Berufstätigkeit der Absolventen in Zusammenhang stehen. Diese Funktion von Vertiefungsrichtungen sollte daher auch in der Lehre beachtet werden. Die Hochschulen sollten sich in der Erstausbildung neben der Vermittlung der Fachkompetenz in stärkerem Maße der Ausbildung von methodischen, sozialen und kulturellen Kompetenzen widmen mit dem Ziel möglichst breiter Übergangsmöglichkeiten in berufliche Tätigkeiten. Zwar zeigt die Erfahrung, daß es keine gesicherten Erkenntnisse zum längerfristigen Qualifikationsbedarf der Wirtschaft, des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe gibt und auch künftig nicht in einer Weise geben wird, die eine Eins-zu-Eins-Umsetzung in Hochschulstudiengängen erlauben wird. Aus den vielfältigen Äußerungen, die in verschiedenen Fächern und Berufsfeldern artikuliert werden, zieht der Wissenschaftsrat allerdings den Schluß, daß bestimmte Qualifikationen im Rahmen wirtschaftlicher Veränderungs- und Anpassungsprozesse an Bedeutung gewonnen haben und weiter gewinnen werden, die an den Hochschulen bislang nicht in ausreichendem Maße vermittelt worden sind. Dabei zeigt sich, daß diesbezüglich an den deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich ein besonderer Nachholbedarf besteht. Dies gilt nicht nur mit Bezug auf die Anliegen der Wirtschaft, sondern auch für die veränderten Anforderungen an die Qualifikationen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, in dem ebenfalls neue Steuerungs- und Managementmodelle Eingang finden und die Kundenorientierung an Gewicht gewinnt.⁷⁴

Im Kern dieser Debatte steht die Stärkung der sogenannten „Schlüsselqualifikationen“ („key skills“).⁷⁵ Die Definitionen dessen, was zu den Schlüsselqualifikationen zu rechnen ist, sind sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in Formulierungen von Anforderungen aus der Wirtschaft heterogen. Nicht alle der häufig genannten Faktoren sind im Rahmen eines Hochschulstudiums vermittelbar. Viele beziehen sich eher auf relativ feste Persönlichkeitsmerkmale, die im Verlaufe der Sozialisation be-

⁷³ A.a.O., S. 134.

⁷⁴ Vgl. hierzu auch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur weiteren Entwicklung der verwaltungsinternen Fachhochschulen. In: Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen 1996 – Band I. Köln, 1997, S. 105 ff.

⁷⁵ Vgl. hierzu Evers, Frederic T., Rush, James C., Berdrow, Iris: The Bases of Competence – Skills for lifelong learning and employability, San Francisco 1998.

reits in frühen Entwicklungsphasen ausgeprägt werden, als auf spezifische Qualifikationen, so daß sich die Frage stellt, inwieweit sie überhaupt von Bildungseinrichtungen „gelehrt“ werden können. Dennoch läßt sich ein Kern von Qualifikationen identifizieren, die insbesondere von der Wirtschaft in der Diskussion um zukunftssträchtige Qualifikationsprofile von Hochschulabsolventen erwartet werden. Hierzu zählen Innovationsfähigkeit durch unternehmerisches Denken, Kommunikations- und Teamfähigkeit, Methodenkompetenz, Konfliktlösung und Entscheidungsfindung, Präsentations- und Ausdrucksfähigkeit, Führungskompetenz, Projektmanagement, der Umgang mit moderner Informationstechnologie sowie die Fähigkeit zum weiteren eigenverantwortlichen Lernen. Die Internationalisierung der Wirtschaftsabläufe, das zunehmend internationale Agieren einer Großzahl der Unternehmen führt gerade für Hochschulabsolventen zu einer Ausweitung internationaler Arbeitszusammenhänge, sei es mit ausländischen Geschäftspartnern, sei es innerhalb des eigenen Unternehmens. Dies verlangt von Absolventen spezifische internationale Kenntnisse ihres Gegenstandsbereichs ebenso wie interkulturelles Verständnis und Fremdsprachenkenntnisse.

Diese vielfältigen Kompetenzen können nur zum kleinen Teil durch die Addition besonderer Lehrveranstaltungen vermittelt werden. Vielmehr sollten in den regulären Lehrveranstaltungen sowohl Fach- und Methodenkompetenzen vermittelt als auch Schlüsselqualifikationen entwickelt werden. Dies setzt Veränderungen in den Lehr- und Veranstaltungsformen voraus. Besonders geeignete Ansatzpunkte hierfür sind beispielsweise eine entsprechende Gestaltung von kooperativen Projektstudien und Aufgaben, die in – nach Möglichkeit aus Studierenden unterschiedlicher Fachrichtungen zusammengesetzten - Teams gemeinsam zu bewältigen sind. Ferner sollten die Hochschulen Angebote für die didaktische Qualifizierung insbesondere des wissenschaftlichen Nachwuchses entwickeln. Hierbei können amerikanische Erfahrungen mit „faculty development“ genutzt werden.

Die Vermittlung berufsbezogener, außerfachlicher Qualifikationen steht – neben dem Herstellen von Praxiskontakten und dem Kennenlernen möglicher Berufsfelder - im Mittelpunkt einer Reihe von Initiativen zur Verbesserung der Berufsbezogenheit des Studiums. Die berufsvorbereitenden Programme an Hochschulen bieten nach Einschätzung von Studierenden und Unternehmen eine gute Möglichkeit, die wissenschaftliche Ausbildung mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes zu verknüpfen. Der Wissenschaftsrat würdigt die Leistungen der Programme, die, wie viele begleitende Evaluationsstudien und Absolventenbefragungen zeigen, für die Teilnehmer einen wichtigen Beitrag zu einem erfolgreichen Übergang in den Beruf leisten. Sie

tragen, wenn auch zahlenmäßig in bescheidenem Umfang, dazu bei, daß auch Absolventen wirtschaftsfernerer Studiengänge Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft finden. Die Verbreitung dieser Programme beschränkt sich bislang allerdings auf einen kleinen Kreis von Studierenden an einzelnen Fachbereichen. Wenn diese Initiativen außerhalb des regulären Studienangebots spezifischer Studiengänge angeboten werden, und das ist der Regelfall, haben sie eine kompensatorische Funktion gegenüber den Versäumnissen der Fachbereiche, die Vermittlung berufsbezogener Kompetenzen in das Studium zu integrieren. So begrüßenswert eine Ausweitung solcher Zusatzangebote im Interesse der Studierenden ist, so bedenklich wäre dieser Weg als alleinige Problemlösungsstrategie wegen der grundsätzlich begrenzten Kapazitäten und ihres kompensatorischen Charakters. Berufsvorbereitende Programme sollten die Fachbereiche daher nicht aus der Verantwortung für eine auf die Berufsfähigkeit der Absolventen ausgerichtete Gestaltung der Studiengänge entlassen. Sie sollten vielmehr von den Fachbereichen selbst als integraler Bestandteil der Studiengänge konzipiert werden. Dies bedeutet zugleich, daß nicht nur zusätzliche Angebote gemacht werden sollten, sondern vor allem die Ziele und Inhalte berufsvorbereitender Programme so weit wie möglich in die bestehenden Studiengänge und Lehrveranstaltungen integriert werden sollten. Dies gilt in besonderem Maße für kommunikative und kooperative Kompetenzen, deren Vermittlung von den Studierenden in vielen Befragungen und Studien in fast allen Fächern als wenig zufriedenstellend bewertet wird. Hier besitzen angelsächsische Hochschulen deutliche Wettbewerbsvorteile, die im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität der deutschen Hochschulen überwunden werden müssen.

b) Praxisbezug, Praxiskontakte

Der Praxisbezug war in Deutschland bislang ein zentrales Element der Differenzierung zwischen Fachhochschulen und Universitäten, wenngleich auch die Universitäten in einer Reihe von Studiengängen für klar abgegrenzte Professionen und Berufsbilder ausbilden und in einigen Bereichen, wie z.B. in den Ingenieurwissenschaften mit ihrer historisch neuen und kurze Zeit eigenständigen Hochschulform, enge Verbindungen zur Praxis bestehen. Praxisbezug soll sich zunächst in der Vermittlung der Inhalte in den Studiengängen selbst widerspiegeln. Defizite in diesem Bereich sind an den Universitäten in hohem Maße Gegenstand der Kritik seitens der Studierenden.

Der Wissenschaftsrat betont nachdrücklich die Bedeutung einer kritischen Reflexion des Wandels von (Berufs-) Praxis in den Hochschulen, die als Ort des gesellschaftli-

chen Diskurses in dieser Hinsicht eine zentrale Rollen spielen sollten. Nicht zuletzt ist die kritische Reflexion von Praxis in vielen Fällen Anlaß und Impuls für Innovation und Reform. Dies muß im Hochschulsystem Aufgabe aller Hochschularten sein. Gleichzeitig darf der Verweis auf die kritische Reflexion und akademische Distanz zur Praxis von den Universitäten nicht zum Anlaß genommen werden, sich von der Verantwortung für ihre Studierenden und Absolventen und deren berufliche Zukunft zu distanzieren.

Eine wichtige Neuerung zur Stärkung des Praxisbezugs an deutschen Hochschulen war die Einführung von Praxissemestern an den Fachhochschulen. Das Kennenlernen von Unternehmen und Arbeitsstrukturen mit engem Bezug zum eigenen Studium bietet einen Einblick in vielfältige praktische Zusammenhänge, die der Lernort Hochschule allein nicht vermitteln kann. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Praxissemester von beiden Seiten, Hochschulen und Betrieben, in einer Weise konzipiert und betreut werden, daß ein enger Bezug zu den Studieninhalten und den im Studium angestrebten beruflichen Qualifikationen gewährleistet ist. Unter dieser Voraussetzung bieten Betriebe auch ein Potential als ein Lernort, an dem auf das Studium anrechenbare Leistungen erbracht werden können. Häufig ist jedoch festzustellen, daß eine systematische und auf Integration ins Studium abzielende Betreuung der Praxissemester nur in unzureichendem Maße stattfindet. Dies sollte Anlaß sein, die Formen der Integration des Lernortes Betrieb in das Studium zu überdenken, zumal Praxissemester schon wegen quantitativer Beschränkungen kaum ein generell geeignetes Instrument zur Herstellung von Praxisbezügen auch für die zu erwartende Vielzahl neu konzipierter Studiengänge sein können, die von Universitäten angeboten werden sollen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Fachhochschulen, neue Formen der Praxisintegration zu entwickeln. Praxisbezüge lassen sich z.B. im Rahmen komplexerer Projektstudien, durch eine Akkumulation strukturierter Praktika kürzerer Dauer (beispielsweise während der Semesterferien) und in problembezogenen Abschlußarbeiten herstellen. Dieser Aufgabe sollten sich die Universitäten bei der Entwicklung des Praxisbezugs ihrer Studiengänge in gleicher Weise stellen. In diesem Zusammenhang weist der Wissenschaftsrat darauf hin, daß eine vollständige Verlagerung von Praxiserfahrung in die Zeit vor Studienbeginn der Intention dieser Empfehlungen, die Praxisbezüge vor allem in Verbindung mit den späteren Aufgaben und Tätigkeiten herzustellen, nicht entsprechen würde.

In Einzelfällen könnten daraus Probleme mit der gegenwärtigen Praxis europäischer Anerkennungs- und Zertifizierungseinrichtungen entstehen, soweit deren Anforderungen über eine bestimmte Zahl von Praxissemestern zusätzlich zu einer Mindest-

zahl an Studiensemestern definiert sind, die in der Summe über drei Jahre hinausgehen. Der Wissenschaftsrat bittet deshalb Bund und Länder, die Hochschulrektorenkonferenz und die Europäische Hochschulrektorenkonferenz sowie die Wirtschaft, darauf zu drängen, daß starre zeitliche Vorgaben zugunsten inhaltlicher Anforderungen verändert werden.

Auch mit Blick auf Praxiserfahrungen eröffnen differenzierte Abschlüsse neue Möglichkeiten, da sie den Absolventen einen früheren Übergang in die berufliche Praxis als gegenwärtig ermöglichen und berufstätigen Absolventen mit spezifischer und aktueller Berufserfahrung eine Rückkehr in ein Studienprogramm erlauben. Für diese Nachfrage sollten die Hochschulen Angebote entwickeln, die diesen Qualifikationsbedarf disziplinübergreifend befriedigen. Für die Hochschulen entsteht dadurch ein neuer Austausch mit dem Beschäftigungssystem, der auch für die Gestaltung grundständiger Studienangebote systematisch genutzt werden sollte. In grundständigen Studiengängen, die zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß führen, sind, insbesondere für Fachhochschulen, Studienangebote in Form des dualen Studiums in gemeinsamer Verantwortung von Hochschulen und Abnehmern eine Möglichkeit, einen ausgeprägten Praxisbezug zu entwickeln. Solche Angebote sollten, in privater wie staatlicher Trägerschaft, erheblich ausgebaut und verstärkt werden.⁷⁶

Der spezifische Praxisbezug der Fachhochschulen soll auch künftig in den Qualifikationsanforderungen an Professoren zum Ausdruck kommen. Der Nachweis mehrjähriger beruflicher Praxis außerhalb des Hochschulwesens bietet eine Gewähr für einen intensiven Praxisbezug langfristig jedoch nur, wenn die Praxiserfahrung während der Tätigkeit als Professor kontinuierlich aufgefrischt und erneuert wird. Ein Instrument hierfür können regelmäßige Praxissemester ebenso wie die Durchführung von Studien- Forschungs- und Entwicklungsprojekten in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sein. Die Voraussetzungen hierzu sollten in den Hochschulgesetzen der Länder gegeben sein. Eine stärkere Berücksichtigung von beruflichen Erfahrungen außerhalb des Wissenschaftssystems empfiehlt der Wissenschaftsrat auch für Berufungen auf Professuren an Universitäten, um stärker auf Berufsbefähigung ausgerichtete Studienangebote personell zu stärken und Praxisbezug zu gewährleisten, wie es seit den Anfängen der technischen Hochschulen für die Ingenieurwissenschaften charakteristisch ist.

⁷⁶ Vgl. Wissenschaftsrat: Duale Studiengänge an Fachhochschulen: Empfehlungen zur Differenzierung des Tertiären Bereichs. Gütersloh, 1997.

Für die Studierenden liefern die spezifischen Praxisprogramme der Hochschulen, die häufig – meist kurze – Praxisbesuche, Vorträge von Berufspraktikern in den Hochschulen oder kleinere Praxisprojekte umfassen, wichtige Beiträge zum Kennenlernen der Berufspraxis und zur Stärkung des Praxisbezugs der Ausbildung. Dies gilt in besonderer Weise für die Universitäten, an denen Praktika innerhalb der regulären Studiengänge nach wie vor die Ausnahme sind. Der Bekanntheitsgrad solcher Programme unter den Studierenden einer Hochschule schwankt beträchtlich. Gegenwärtig ist die Kapazität der Einrichtungen und Programme in der Regel ausgelastet. Evaluationen einzelner Programme belegen meist ihren arbeitsmarktrelevanten Nutzen für die Teilnehmer. Dieser Bereich ist insgesamt durch ein Patchwork von Einzelinitiativen und –maßnahmen charakterisiert, deren Verfügbarkeit für die Studierenden zwischen Studienfächern und Hochschulen beträchtlich variiert. Zudem hängen sie häufig von kurzfristigen finanziellen Zuweisungen ab und sind dadurch auch nicht langfristig gesichert. Zum Aufbau kontinuierlicher Angebote ist die Unterstützung durch Alumni-Vereinigungen und die Wirtschaft von großer Bedeutung für die Hochschulen.

c) Beratung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf

Elemente vieler berufsvorbereitender Programme sind Beratung der Studierenden hinsichtlich des Übergangs in den Beruf sowie Angebote zur Erleichterung der Arbeitsmarktintegration. Einige Fachbereiche und Initiativen haben neue Formen der Kontaktmöglichkeiten ihrer Absolventen zu potentiellen Arbeitgebern entwickelt, um auf veränderte Muster der Personalrekrutierung in der Wirtschaft zu reagieren. Die Verfügbarkeit dieser Leistungen der Hochschulen ist jedoch ebenfalls nur für einen Teil der Studierenden gegeben. Einzelne Hochschulen haben darüber hinaus damit begonnen, z.T. nach angelsächsischem Vorbild, Career Centers zu gründen, die die unterschiedlichen Aktivitäten bezüglich Stärkung des Praxisbezugs, Vermittlung arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen und Unterstützung beim Übergang in den Beruf bündeln sollen. Eine Orientierung an den Bedürfnissen der Studierenden erfordert ein Zusammenfassen der vorhandenen Ressourcen von Studienberatung, Sozialberatung und Berufsberatung zu einem integrierten Dienstleistungsangebot, das je nach spezifischer Problemlage in Anspruch genommen werden kann.⁷⁷ Der Wissenschaftsrat empfiehlt deshalb, inhaltlich und nach Möglichkeit auch räumlich integrierte Angebote (z.B. „Career Centers“) künftig an allen Hochschulen einzurichten,

⁷⁷ Vgl. Hochschulrektorenkonferenz: Zur Rolle von Absolventenvereinigungen. Stellungnahme des 183. Plenums vom 10.11.1997. Bonn.

um verstreute Einzelinitiativen und Angebote für die Studierenden erkennbar und zugänglich in einer Hand zu konzentrieren. In dem Maße, wie der Arbeitsmarkterfolg der Absolventen künftig zu einem Beurteilungsfaktor für die Leistungsfähigkeit von Hochschulen wird, zählt der Aufbau und die Bereitstellung solcher Angebotsstrukturen („Career Centers“) zu den genuinen Aufgaben der Hochschule. Zur Sicherung der Professionalität ihrer Arbeit, aber auch unter dem Aspekt der Finanzierung sollte die Trägerschaft flexibel geregelt werden. Für die Aufgaben in der Berufsberatung bietet sich eine Kooperation mehrerer Träger (Hochschulen zusammen mit Wirtschaft und/oder Hochschulteams der Arbeitsämter) an. Für die Studierenden sollte, unabhängig von Trägerschaften und Finanzierungsmodalitäten, jedoch ein kohärentes Angebot vor Ort vorhanden sein.

Voraussetzung für das Gelingen kooperativer Formen der Angebotsgestaltung ist, daß in jeder Hochschule und an allen Fachbereichen geeignete Ansprechpartner für Wirtschaft, öffentliche Arbeitgeber und Arbeitsverwaltung vorhanden sind. Dies sollte Aufgabe von Studiendekanen sein, die nicht die einzelnen Hochschullehrer aus ihrer individuellen Verantwortung für ihre Studierenden entlassen, aber in kompetenter Weise die Verantwortung des Fachbereichs für Kontakte zur Wirtschaft und zu öffentlichen Arbeitgebern zusammenfassen sollen. An den Fachbereichen, an denen Studiendekane noch nicht existieren, empfiehlt der Wissenschaftsrat ihre Einsetzung. Fragen des Arbeitsmarktbezugs der Hochschule und der Studiengänge sollten auch von den im Rahmen der Novellierung der Hochschulgesetze der Länder vielerorts eingesetzten Hochschulräten behandelt werden, die dann ein wichtiges Forum des Austauschs zwischen Politik, Hochschulen und Wirtschaft darstellen.

d) Förderung von Existenzgründungen

In einer Situation, in der gesicherte Beschäftigungsverhältnisse für Hochschulabsolventen an der Schwelle zum Beruf für einen wachsenden Teil der Absolventen nicht mehr dauerhaft gewährleistet werden können und in der projektbezogene Beschäftigungen zunehmen, gewinnt auch die Selbständigkeit von Hochschulabsolventen durch Existenz- bzw. Unternehmensgründungen an Bedeutung. Hinzu kommt, daß in Deutschland im internationalen Maßstab ein Nachholbedarf hinsichtlich der Selbständigenquote allgemein und der Existenzgründungen aus Hochschulen bzw. durch Hochschulabsolventen besteht.

Eine Reihe von Hochschulen haben die in den vergangenen Jahren entstandenen Förderprogramme von Bund und Ländern (z.B. „EXIST“, „PFAU“, „Go!“) aufgegriffen,

meist durch einzelne Lehrstühle oder Institute. Der Wissenschaftsrat würdigt diese Anstrengungen als einen spezifischen Beitrag zur Stärkung des Arbeitsmarktbezugs der Hochschulen, der nicht nur unter dem Aspekt der Schaffung hochqualifizierter Arbeitsplätze, sondern auch unter Innovationsgesichtspunkten mit Blick auf den häufig damit verbundenen Technologietransfer zu begrüßen ist. Informations-, Beratungs- und Unterstützungsbedarf besteht dabei sowohl in den Studiengängen, deren Absolventen traditionellerweise zu einem hohen Anteil unternehmerisch tätig werden, überwiegend als Freiberufler (wie z.B. Ärzte, Zahn-, Tierärzte, Juristen), zum anderen in Studiengängen, die aufgrund ihres Innovationspotentials oder ihrer möglichen Dienstleistungsbezüge in deutlich stärkerem Maße als bisher für Existenzgründungen in Frage kommen. Hierzu zählen nicht nur technische und naturwissenschaftliche, sondern auch geisteswissenschaftliche Studiengänge. Wenngleich sich die Zahl von Einzelinitiativen in den letzten Jahren erfreulich erhöht hat, ist die „Qualifikation zur Selbständigkeit“ an den Hochschulen nach wie vor unterentwickelt. Zwar gehört die Förderung von Unternehmensgründungen nicht zu den genuinen Aufgaben der Hochschulen, doch sollten die Hochschulen einen Beitrag leisten, um unternehmerisches Denken bei ihren Studierenden und Absolventen generell zu fördern. Dies muß nicht immer in Unternehmensgründungen münden, ist jedoch eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche und technische Innovationen. Die Förderung unternehmerischen Denkens ist eine integrative Aufgabe, die von den Lehrenden geleistet werden muß. Da Neugier, Kreativität und Innovation genuin mit Wissenschaft verbunden sind, sollten die Hochschulen zu einem solchen mentalen Wandel in der Lage sein, zumal ihnen auch die neuen Steuerungs- und Finanzierungsverfahren innerhalb des Hochschulbereichs eine entsprechende Einstellungsveränderung abverlangen.

Die Unterstützung von Existenzgründungen unterstreicht beispielhaft, daß die Verantwortung für die berufliche Verwendbarkeit des Hochschulstudiums nicht alleine bei den Hochschulen liegen kann.⁷⁸ Für die Vermittlung der für Existenzgründungen erforderlichen Kenntnisse und Kompetenzen verfügen die Hochschulen allein nicht über das notwendige Know How. Spezielle Lehrstühle für Existenzgründung – auch im regionalen Verbund – können hierzu nur einen begrenzten Beitrag leisten. Ihre Angebote werden zudem in der Regel nur von Studierenden der Wirtschaftswissenschaften in Anspruch genommen; Bedarf besteht aber gerade in den nichtwirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen. Angebote der Hochschulen zur Existenz-

⁷⁸ Eine Reihe konkreter Vorschläge werden in dem zitierten Tagungsband von Stifterverband, HRK und BDA entwickelt.

gründung sollten daher in enger Kooperation mit der (regionalen) Wirtschaft und Vertretern der Praxis (z.B. Anwälte, Banken etc.) realisiert werden und über die wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereiche hinausreichen. Gleichzeitig darf die Beratung und Betreuung mit Blick auf Existenzgründungen an den Hochschulen nicht erst zum Ende des Studiums beginnen, sondern muß bereits in einer frühen Phase des Studiums einsetzen, um eine positive Grundhaltung der Studierenden zu entwickeln. Der Wissenschaftsrat begrüßt, daß sich die Hochschulen zunehmend der Existenzgründung von Absolventen und aus den Hochschulen heraus öffnen. Er hat jedoch Bedenken, ob Studierende unmittelbar nach dem Studienabschluß ohne Berufserfahrung die Hauptzielgruppe der Bemühungen und Fördermaßnahmen sein sollten. Vieles deutet darauf hin, daß Unternehmensgründungen erfolgreicher sind, wenn die Gründer nach dem Studienabschluß bereits einige Zeit Berufserfahrung sammeln konnten. Daher sollten sich die Angebote der Länder wie der einzelnen Hochschulen nicht nur auf die Zeit bei oder unmittelbar nach Studienabschluß beschränken, sondern gezielt die Personengruppe mit einigen Jahren Berufs- und Markterfahrung in den Blick nehmen. Dies setzt voraus, daß die Absolventen auch einige Jahre nach Studienabschluß Zugang zu den Förder- und Beratungsprogrammen zumindest an ihrer ehemaligen Hochschule haben müssen.

III.2. Zur Rolle der Arbeitgeber

Die Struktur qualifikationsspezifischer Arbeitsmärkte wird in erster Linie von den Arbeitgebern, in vielen Bereichen gemeinsam von den Tarifpartnern, bestimmt. Dies gilt für Hochschulabsolventen in gleicher Weise wie für andere Qualifikationsgruppen. Der Teilarbeitsmarkt für Hochschulabsolventen war lange Zeit dadurch gekennzeichnet, daß der überwiegende Anteil der Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst beschäftigt war. Mit dem Bedeutungsrückgang des Staates als Arbeitgeber von Hochschulabsolventen kommt der Wirtschaft eine immer größere gesellschaftliche Verantwortung für die Gestaltung des Verhältnisses von Arbeitsmarkt und Hochschulen zu. Eine Verständigung mit den Hochschulen über Ziele des Studiums und Gewährleistung eines ausreichenden Praxisbezugs des Studiums setzt eine Dialogbereitschaft auch seitens der Unternehmen voraus, die bislang nicht immer hinreichend entwickelt ist. Der konstatierte fehlende Anwendungsbezug universitärer Studiengänge ist ungeachtet der primären Verantwortlichkeit der Hochschulen auch auf mangelndes Engagement vieler Unternehmen zurückzuführen.⁷⁹ Eine Förderung dieses Dialogs sollte

⁷⁹ Für die Chemie vgl. Staudt, Erich; Kottmann, Marcus; Merker, Richard: Chemiker: Hochqualifiziert aber inkompetent? Institut für Angewandte Innovationsforschung, Bochum, 1996.

insbesondere auf lokaler bzw. regionaler Ebene ansetzen; möglicherweise sind hierzu auch neue Formen und Foren erforderlich und hilfreich, die von Hochschulen und Unternehmen gemeinsam entwickelt werden sollten. Der Wissenschaftsrat empfiehlt allen Hochschulen, auf der Ebene von Studiengängen bzw. Fachbereichen praxisbezogene Beiräte als Beratungsgremium des Studiendekans einzurichten.

Für den Praxis- bzw. Berufsbezug eines Hochschulstudiums kommt dem Betrieb eine wichtige Bedeutung als Lernort zu, an dem insbesondere Kompetenzen entwickelt werden können, die nur schwer in Lehrveranstaltungen an der Hochschule entwickelt werden können. Dies gilt insbesondere für duale Studiengänge. Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber sollten gemeinsam mit den Hochschulen die – auch kreditierbaren – Beiträge des Lernortes Betrieb/Verwaltung für ein berufsqualifizierendes Studium erarbeiten. Dies gilt sowohl für grundständige Studiengänge als auch für weiterführende Studienangebote. Dabei sollte insbesondere auch für neue Formen des Praxisbezugs neben den herkömmlichen Praxissemestern der spezifische Beitrag des Lernortes Betrieb herausgearbeitet und als integraler Bestandteil der Studiengänge institutionalisiert werden.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Unternehmen und ihren Verbänden, die Transparenz der Auswahl- und Einstellungsfaktoren für die Personalrekrutierung bereits für Studierende im Hauptstudium zu erhöhen und die Chancen für die Personalentwicklung zu nutzen, die sich in einer Verbindung von Bachelor-Abschlüssen und Trainee-Programmen bieten. International tätige Unternehmen verfügen bereits über Erfahrungen mit der Weiterqualifizierung ihrer Mitarbeiter über die Teilnahme an Master-Programmen, die sich an den Anforderungen der Arbeitswelt orientieren und wissenschaftsbasierte Fach-, Methoden- und Schlüsselkompetenzen vermitteln. Sie sollten diese Erfahrungen an andere Unternehmen weitergeben, damit dieser innovative Ansatz der Studienreform im Dialog mit den Hochschulen erfolgreich sein wird und den Studierenden eine neue Perspektive für eine Verknüpfung von Studium und Beruf aufgezeigt werden kann.

Die ausgeprägten Schwankungen von Angebotsüberhängen und Knappheit an Absolventen in einigen Fächern, z.B. den Ingenieurwissenschaften und der Chemie, sowie die damit verbundenen Probleme für Absolventen wie für die Wirtschaft sind Ergebnis einer diskontinuierlichen Einstellungspolitik seitens der Wirtschaft und ließen sich nach Ansicht des Wissenschaftsrates in ihrer Amplitude durch eine Verstärkung der Einstellungspolitik und ein längerfristig angelegtes Personal- und Qualitätsmanagement abschwächen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen

in der Chemie und im Ingenieurbereich sollten Unternehmen und Wirtschaftsverbände stärker darauf achten, keine falschen Signale zu setzen und Aussagen zu den Berufsperspektiven von Hochschulabsolventen im Bewußtsein ihrer zyklischen Wirkungen zu formulieren. Dies gilt in den Ingenieurwissenschaften um so mehr, als die traditionellen Studieninteressenten für diese Fächer in ihrer Studienwahl besonders sensibel auf Signale des Arbeitsmarktes reagieren. Ein Gegenbeispiel hierfür sind die Rechtswissenschaften, wo bislang alle Warnungen vor der angespannten Beschäftigungssituation nicht zu Veränderungen bei der Studienwahl geführt haben.

Im Bereich des staatlichen Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen ist die Beziehung zwischen Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland sehr eng. Die Einstufung in bestimmte Laufbahnen (gehobener versus höherer Dienst) und damit verknüpft die Bezahlung sind vergleichsweise starr an den Abschluß an einer bestimmten Hochschulart gebunden. Die Regelungen aus dem Beamtenrecht wurden dabei auch in die praktische Anwendung des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT) übertragen, der eigentlich eine tätigkeitsbezogene Eingruppierung vorsieht. Mit Blick auf die tätigkeitsbezogene Verwendung von Hochschulabsolventen ist eine Flexibilisierung des öffentlichen Dienstrechts erforderlich. In dieser Hinsicht erwartet der Wissenschaftsrat dringend ein Signal der öffentlichen Arbeitgeber, um die Attraktivität der neuen Studienabschlüsse nicht von vornherein zu gefährden und ihre Entwicklung nicht zu behindern. Mit einer Reform muß der Staat an dieser Stelle zur Umsetzung seiner eigenen Studienreformvorgaben beitragen und bestehende Diskriminierungen abbauen. Dies verlangt eine Aufgabe der strikten Trennung von Laufbahnen nach der Art der besuchten Hochschule.

Eine Besonderheit stellt die Ausbildung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst in den verwaltungsinternen Fachhochschulen des Bundes und der Länder dar. Der Wissenschaftsrat ist im Rahmen einer Evaluation dieser Einrichtungen zu dem Schluß gelangt, daß diese Ausbildung in einer abgeschotteten Sondereinrichtung weder den Anforderungen an ein Fachhochschulstudium noch den Qualifikationsanforderungen einer modernen bürgernahen Verwaltung entspricht.⁸⁰ Er wiederholt deshalb seine Empfehlung, die Fachhochschulausbildung für die Verwaltung in das allgemeine Hochschulsystem zu integrieren, zumal die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß die mit dem Modell der verwaltungsinternen Ausbildung lange Zeit verbundene Arbeitsplatzgarantie zunehmend nicht mehr gegeben ist, die Ab-

⁸⁰ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur weiteren Entwicklung der verwaltungsinternen Fachhochschulen. In: Empfehlungen und Stellungnahmen 1996, Band I, S. 152 f.

solventen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt von wenigen Ausnahmen abgesehen aber kaum alternative Beschäftigungsmöglichkeiten finden.

III.3. Zur Rolle der Arbeitsverwaltung

Mit der Neuorientierung und Umstrukturierung der hochschulbezogenen Beratungsdienste ist es der Bundesanstalt für Arbeit nach Einschätzung des Wissenschaftsrates gelungen, näher an die Hochschulen heranzurücken und eine größere Kundenorientierung zu schaffen, so daß die Angebote einen breiteren Kreis von Studierenden und Absolventen erreichen. Zur weiteren Intensivierung der Kooperationen empfiehlt der Wissenschaftsrat der Bundesanstalt für Arbeit, für alle Hochschulteams Kuratorien bzw. Beiräte aus Verantwortlichen in den Hochschulen, in Unternehmen und bei öffentlichen Arbeitgebern der Region einzusetzen, die einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der Arbeitsverwaltung ermöglichen.

Die Nachfrage nach den Beratungs-, Informations- und Kursangeboten läßt erkennen, daß diese Bedürfnissen der Studierenden und Absolventen entsprechen, die von den Hochschulen nicht ausreichend erfüllt werden. In den Hochschulen sind die für die professionelle Wahrnehmung dieser Aufgaben erforderlichen Kompetenzen und Kontakte zur Wirtschaft häufig nicht vorhanden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Vorbereitung auf den Übergang in den Beruf, in dem die Arbeitsverwaltung über spezifische Kompetenzen, nicht zuletzt durch die Kooperation mit der Wirtschaft, verfügt. Hierzu zählt die Hilfestellung für Absolventen in der Definition und Vergewisserung der eigenen Arbeitsmarktqualifikationen, vor allem in den Fächern mit unstrukturiertem Berufsfeld. Im Interesse der Studierenden und Absolventen sollten die Angebote der Arbeitsverwaltung und die Beratungs- und Betreuungsleistungen der Hochschulen vernetzt werden. Im Zuge der Errichtung von Career Centers an den Hochschulen (vgl. B.III.1.) sollte unabhängig von der Trägerschaft eine organisatorische Integration der Angebote der Arbeitsverwaltung angestrebt werden, um für die Studierenden ein kohärentes und zusammenhängendes Leistungsangebot zu entwickeln. Die Arbeitsverwaltung sollte daher dort, wo dies bislang nicht der Fall ist, prüfen, ob eine Ansiedlung der Hochschulteams auf dem (Kern-) Gelände der Hochschule möglich ist.

C. Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund wachsender Zahlen arbeitsloser Akademiker, der Befürchtung, daß eine zunehmende Zahl von Hochschulabsolventen keine ihrer Ausbildung adäquate Beschäftigung findet und angesichts wirtschaftlicher Veränderungen, die eine Diskussion über veränderte Qualifikationsanforderungen und über die Ausbildungsleistung der Hochschulen angestoßen haben, beschäftigt sich der Wissenschaftsrat mit dem Verhältnis von Hochschulausbildung und Beschäftigungssystem.

Eine Betrachtung der Arbeitsmarktsituation von Akademikern zeigt, daß trotz der in den letzten Jahren gestiegenen Zahl der Arbeitslosen mit Hochschulabschluß Akademiker in Deutschland wie in den meisten westlichen Industrieländern in geringerem Maß von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Erwerbstätige mit beruflicher Ausbildung oder gar ohne Ausbildungsabschluß. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen und es spricht alles dafür, daß der Bedarf an Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt auch künftig weiter steigen wird. Modellrechnungen haben die Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten für Akademiker, insbesondere für Fachhochschulabsolventen, in der Vergangenheit meist unterschätzt. Studien über den Berufseinstieg und den Berufsverlauf in den ersten Jahren nach dem Hochschulabschluß deuten aber darauf hin, daß die Übergangsphase in den Beruf gegenwärtig Veränderungen unterliegt. Der Übergang von der Hochschule in den Beruf ist für einen größeren Teil der Absolventen komplexer und langwieriger geworden, Phasen vorübergehender Arbeitslosigkeit und unsicherer, befristeter und projektförmiger Beschäftigungsverhältnisse sind häufiger geworden. Darüber hinausgehende Aussagen bedürfen einer Differenzierung nach Studienfächern.

Befragungen von Studierenden und Absolventen lassen weiter erkennen, daß sich eine große Zahl Studierender, insbesondere an den Universitäten, durch das Studium nur ungenügend auf eine spätere Berufstätigkeit vorbereitet fühlt. Mit Veränderungen des Wirtschafts- und Beschäftigungssystems wandeln sich auch die Qualifikationsanforderungen an Hochschulabsolventen. Diese Veränderungen verlangen von den Studierenden und Absolventen ein größeres Maß an Eigenverantwortlichkeit für ihre Qualifikationen und die Strukturierung ihres beruflichen Werdegangs. Diese Verantwortung kann aber nicht allein den Studierenden und Absolventen auferlegt werden. Vielmehr bedarf es einer gemeinsamen Verantwortung von Studierenden und Absolventen, Professoren und Hochschulen sowie Wirtschaft und Staat für den Aufbau und den lebenslangen Erhalt der Qualifikation und der Beschäftigungsfähigkeit („employability“) von Hochschulabsolventen. Dabei kommt den Hochschulen als Ort der grundständigen Ausbildung auch in einer Zeit, in der die Bedeutung lebens-

langen Lernens zunimmt, eine zentrale Rolle zu. Im Unterschied zu den englischen und amerikanischen Hochschulen haben sich die deutschen Hochschulen, insbesondere die Universitäten, dieser Aufgabe bislang nur sehr unzureichend angenommen. Die Förderung und Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit muß von den Hochschulen als ein Prozeß begriffen werden, der sich durch das ganze Studium zieht und nicht erst mit dem Studienabschluß einsetzt. Die Hochschulen sollten als Ort der Reflexion beruflicher Praxis dabei - im Dialog mit Arbeitgebern in Wirtschaft und öffentlichem Sektor - die Chance zur Entwicklung neuer Berufsfelder für ihre Absolventen durch innovative Studienangebote nutzen.

Hierzu sind eine Reihe struktureller, curricularer, didaktischer und begleitender Maßnahmen erforderlich. Unter Qualifikations- und Beschäftigungsgesichtspunkten ist der Ausbau kürzerer, praxisorientierter Studienangebote erforderlich. Der bisherige Ausbau der Fachhochschulen, der nur zu einem geringfügigen Anstieg des Anteils an den Hochschulabsolventen geführt hat, konnte dieser Anforderung nicht im erforderlichen Umfang gerecht werden. Der Wissenschaftsrat spricht sich weiter für einen deutlichen Ausbau der Fachhochschulen aus – insbesondere in Fächerbereichen, die bislang ausschließlich an Universitäten vertreten sind. Angesichts der gegenwärtigen Verteilung von Kapazitäten müssen sich aber auch die Universitäten offensiv einer Studienreform stellen und kürzere, stärker berufsbezogene Studiengänge für nachgefragte Berufsfelder entwickeln.

Der Wissenschaftsrat befürwortet in dieser Perspektive die Einführung gestufter und differenzierter Hochschulabschlüsse. Die Universitäten können auf diese Weise den unterschiedlichen Anforderungen der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Ausbildung für berufliche Tätigkeiten außerhalb von Forschung und Lehre, die quantitativ dominierend ist, besser gerecht werden. Gestufte Abschlüsse bieten den Vorteil einer früheren Berufserfahrung und einer flexibleren Verbindung von Zeiten grundständiger Hochschulausbildung, eventueller weiterer Studienabschlüsse, Berufstätigkeit und berufsbezogener wissenschaftlicher Weiterbildung. Hierzu zählen auch Studienangebote, die Studium und Berufstätigkeit bzw. Praxisaufenthalte in neuer Form miteinander verknüpfen, z.B. nach dem Muster von Berufsakademien und dualen Fachhochschulstudiengängen. Veränderungen in der Wirtschaft und der Arbeitsorganisation lassen erkennen, daß die Verknüpfung unterschiedlicher Fächer zu neuen Qualifikationsprofilen weiter an Bedeutung gewinnen werden. Neben grundständigen kombinierten Studiengängen (wie z.B. Wirtschaftsingenieurwesen) bietet ein gestuftes Abschlußsystem eine weitere Möglichkeit, unterschiedliche Qualifikationen in neuer und innovativer Weise zu verknüpfen.

Eine Studienreform, die auf eine Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit der Studierenden zielt, darf die Studieninhalte und die Formen der Vermittlung und des Lernens nicht vernachlässigen. Die Anforderungen der Wirtschaft, ihre Kritik an den gegenwärtigen Studiengängen, aber auch die Beurteilungen des Studiums durch Absolventen selbst machen deutlich, daß die Vermittlung von Fachkompetenzen an deutschen Hochschulen positiv eingeschätzt wird. Gravierende Mängel werden der Hochschulausbildung jedoch hinsichtlich kommunikativer Kompetenzen und Teamfähigkeit im Sinne einer Kooperationsfähigkeit attestiert, die Grundkenntnisse in relevanten Nachbardisziplinen ebenso wie die Bereitschaft und die Fähigkeit zur disziplinübergreifenden, projektbezogenen Zusammenarbeit voraussetzen. Allerdings lassen sich Schlüsselqualifikationen nicht unabhängig von fachlichen Inhalten entwickeln. Gesonderte Angebote außerhalb der Studiengänge sollten daher zugunsten von in die Curricula und Studiengänge integrierten Bemühungen der Fachbereiche zurücktreten. Die Internationalisierung von Wirtschaftsabläufen erfordert darüber hinaus die Vermittlung interkultureller Kompetenzen (einschl. Fremdsprachen); das Durchdringen weiter Teile des Berufslebens mit Informationstechnik verlangt grundlegende Medienkompetenz.

In den letzten Jahren entstanden an den Hochschulen eine Reihe Initiativen zur Förderung des Praxis- und Berufsbezugs des Studiums. Diese sind im Grundsatz zu begrüßen, haben aber eine geringe Reichweite und üben weitgehend eine kompensatorische Funktion gegenüber den Versäumnissen der Fachbereiche aus. Das gleiche gilt für die Beratungs- und Betreuungsangebote der Arbeitsverwaltung. Aus Sicht der Studierenden bedarf es eines kontinuierlichen Angebotes während des Studiums und im Übergang in den Beruf, das die vorhandenen Ressourcen der Hochschulen und der Arbeitsverwaltung hochschulnah in konsistenter und transparenter Weise bündelt.

Gemeinsame Verantwortung für die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen verlangt auch einen Beitrag der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber, die auf lokaler/regionaler Ebene in eine Verständigung mit den Hochschulen eingebunden werden sollten. Dies betrifft zum einen den Austausch mit den Hochschulen über die erwarteten Qualifikationen und die Definition von Berufs- bzw. Praxisbezug. Zum anderen müssen Wirtschaft und öffentliche Arbeitgeber Möglichkeiten zur Verfügung stellen, Studierenden einen qualifizierenden und fachbezogenen Einblick in die Berufspraxis zu gewähren und dabei zusammen mit den Hochschulen auch neue Formen neben den Praxissemestern zu entwickeln. Dabei sollte der mögliche Beitrag

des Betriebes als Lernort mit kreditierbaren Lerninhalten berücksichtigt werden. Anknüpfungspunkte bestehen darüber hinaus in einem Engagement im Bereich der Career Services und der beratenden Angebote der Hochschulen und der Arbeitsverwaltung. Mit Blick auf die tätigkeitsbezogene Verwendung von Hochschulabsolventen ist eine Flexibilisierung des öffentlichen Dienstrechts erforderlich, um bestehende Diskriminierungen abzubauen und die Akzeptanz der neuen Studienabschlüsse nicht von vornherein zu gefährden.

STATISTISCHER ANHANG

Übersicht über die Tabellen im Anhang

- 1: Erwerbstätige nach Ausbildungsabschluß (ohne Auszubildende)
– Angaben in Tausend –
- 2: Erwerbstätige nach Ausbildungsabschluß (ohne Auszubildende)
– Angaben in Prozent –
- 3: Arbeitslose nach Berufsausbildung (Stand: September des jeweiligen Jahres)
- 4: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten (alte Länder)
- 5: Zu- und Abgänge an Arbeitslosen mit Hochschulabschluß (jeweils im Juni des betreffenden Jahres)
- 6: Arbeitslose mit abgeschlossenem Universitätsstudium nach Ausbildungsfachrichtung (jeweils im September, ab 1994 Bundesgebiet insgesamt)
- 7: Arbeitslose mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium nach Ausbildungsfachrichtung (jeweils im September, ab 1994 Bundesgebiet insgesamt)
- 8: Arbeitslose mit abgeschlossenem Universitätsstudium nach Fachrichtungen und Geschlecht sowie Absolventen mit Universitätsabschluß (Diplom-, Staats- und Magisterprüfung) 1996
- 9: Arbeitslose mit abgeschlossenem Universitätsstudium nach Fachrichtung und Geschlecht, Bundesgebiet insgesamt (Stand: September 1997)
- 10: Arbeitslose mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium nach Ausbildungsfachrichtung und Geschlecht, Bundesgebiet insgesamt (Stand: September 1997)
- 11: Arbeitslose mit Universitätsabschluß nach Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit (in %)
- 12: Arbeitslose mit Fachhochschulabschluß nach Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit (in %)

Übersicht über die Abbildungen im Anhang:

- 1: Absolventen der Universitäten 1995 in % der Beschäftigten mit Universitätsabschluß im jeweiligen Fach
- 2: Absolventen der Fachhochschulen 1995 in % der Beschäftigten mit Fachhochschulabschluß im jeweiligen Fach

Tab. A1: Erwerbstätige nach Ausbildungsabschluß (ohne Auszubildende)

- Angaben in Tausend -

a) alte Länder

Abschluß	1978	1982	1978	1987	1990	1993	1995	1997
Universitätsabschluß	1.384	1.591	1.707	1.806	2.126	2.208	2.465	2.596
Fachhochschulabschluß	600	718	890	977	1.106	1.214	1.365	1.654
<i>Hochschulabschluß insgesamt</i>	1.984	2.309	2.597	2.783	3.232	3.422	3.830	4.250
Fachschulabschluß der ehemaligen DDR	-	-	-	-	-	48	72	69
Abgeschlossene Berufsausbildung	15.584	16.367	16.791	17.230	19.427	18.027	18.819	19.849
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung*	7.351	6.705	5.692	5.386	5.371	7.061	5.430	5.347
Erwerbstätige insgesamt	24.919	25.381	25.080	25.399	28.030	28.558	28.151	29.515

* einschl. ohne Angabe

Quelle: Mikrozensus

b) neue Länder

Abschluß	1993	1995	1997
Universitätsabschluß	661	702	701
Fachhochschulabschluß	189	258	300
Hochschulabschluß insgesamt	850	960	1.001
Fachschulabschluß der ehemaligen DDR	593	676	632
Abgeschlossene Berufsausbildung	4.221	4.441	4.140
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung*	586	386	417
Erwerbstätige insgesamt	6.250	6.453	6.190

* einschl. ohne Angabe

Quelle: Mikrozensus

Hinweis:

Die Angaben zu den Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung beinhalten auch Personen, die keine Angaben zur Art der Berufsausbildung gemacht haben. Daher sind die Zahlen der anderen Qualifikationsgruppen höher anzusetzen. Untersuchungen des IAB deuten darauf hin, daß insbesondere Personen mit niedriger und mit hoher Qualifikation überproportional häufig keine Angaben machen.

Tab. A2: Erwerbstätige nach Ausbildungsabschluß (ohne Auszubildende)

- Angaben in Prozent -

a) alte Länder

Abschluß	1978	1982	1978	1987	1990	1993	1995	1997
Universitätsabschluß	5,6	6,3	6,8	7,1	7,6	7,7	8,8	8,8
Fachhochschulabschluß	2,4	2,8	3,5	3,8	3,9	4,3	4,8	5,6
<i>Hochschulabschluß insgesamt</i>	8,0	9,1	10,4	11,0	11,5	12,0	13,6	14,4
Fachschulabschluß der ehemaligen DDR						0,2	0,3	0,2
Abgeschlossene Berufsausbildung	62,5	64,5	66,9	67,8	69,3	63,1	66,9	67,3
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung*	29,5	26,4	22,7	21,2	19,2	24,7	19,3	18,1
Erwerbstätige insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

* einschl. ohne Angabe

Quelle: Mikrozensus

b) neue Länder

Abschluß	1993	1995	1997
Universitätsabschluß	10,6	10,9	11,3
Fachhochschulabschluß	3,0	4,0	4,8
Hochschulabschluß insgesamt	13,6	14,9	16,2
Fachschulabschluß der ehemaligen DDR	9,5	10,5	10,2
Abgeschlossene Berufsausbildung	67,5	68,7	66,9
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung*	9,4	6,0	6,7
Erwerbstätige insgesamt	100,0	100,0	100,0

* einschl. ohne Angabe

Quelle: Mikrozensus

Hinweis:

Die Angaben zu den Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung beinhalten auch Personen, die keine Angaben zur Art der Berufsausbildung gemacht haben. Daher sind die Zahlen der anderen Qualifikationsgruppen höher anzusetzen. Untersuchungen des IAB deuten darauf hin, daß insbesondere Personen mit niedriger und mit hoher Qualifikation überproportional häufig keine Angaben machen.

Tab. A3: Arbeitslose nach Berufsausbildung

(Stand: September des jeweiligen Jahres)

Jahr	ohne abgeschlossene Berufsausbildung		mit abgeschlossener Berufsausbildung		davon			
	Anzahl	Anteil in % ¹⁾	Anzahl	Anteil in % ¹⁾	betriebliche Ausbildung	Berufsfach-/ Fachschule	Fachhochschule	Universität/ Hochschule
alte Länder								
1980	443.947	54,0	378.754	46,0	290.803	46.061	13.627	28.263
1985	1.069.081	49,7	1.081.816	50,3	857.866	106.415	35.951	81.584
1990	807.820	46,8	919.922	53,2	705.499	94.456	34.058	85.909
1991	761.718	47,3	847.782	52,7	652.996	84.385	31.199	79.202
1992	850.048	47,7	933.560	52,3	728.041	88.220	34.423	82.876
1993	1.062.928	46,5	1.225.044	53,5	963.605	115.299	45.921	100.219
1994	1.136.111	46,3	1.316.355	53,7	1.039.718	120.317	49.957	106.363
1995	1.156.700	46,5	1.331.734	53,5	1.050.835	122.526	50.417	107.956
1996	1.282.668	46,7	1.465.847	53,3	1.168.375	140.159	48.988	108.325
1997	1.339.176	45,7	1.593.731	54,3	1.272.901	156.404	49.658	114.768
1998	1.260.700	46,1	1.472.709	53,9	1.185.033	142.189	43.546	101.941
neue Länder								
1992	263.834	23,8	846.736	76,2	711.602	.	.	39.667
1993	268.676	23,2	890.422	76,8	742.229	96.316	9.359	42.518
1994	213.127	20,5	827.726	79,5	696.536	84.822	7.891	38.477
1995	217.341	21,0	815.269	79,0	687.893	79.868	9.451	38.057
1996	228.800	20,8	871.134	79,2	740.328	80.788	10.183	39.835
1997	290.361	21,1	1.084.826	78,9	923.691	98.521	13.903	48.711
1998	270.329	21,9	961.584	78,9	828.536	80.236	12.501	40.311
Bundesgebiet insgesamt								
1992	1.113.882	38,5	1.780.296	61,5	1.439.643	.	.	122.543
1993	1.331.604	38,6	2.115.466	61,4	1.705.834	211.615	55.280	142.737
1994	1.349.238	38,6	2.144.081	61,4	1.736.254	205.139	57.848	144.840
1995	1.374.041	39,0	2.147.003	61,0	1.738.728	202.394	59.868	146.013
1996	1.511.468	39,3	2.336.981	60,7	1.908.703	220.947	59.171	148.160
1997	1.629.537	37,8	2.678.557	62,2	2.196.592	254.925	63.561	163.479
1998	1.531.029	38,6	2.434.293	61,4	2.013.569	222.425	56.047	142.252

1) An den Arbeitslosen insgesamt.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Strukturanalyse (div. Jahrgänge).

Tab. A4: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten (alte Länder)

Jahr	Universitätsstudium	Fachhochstudium	Fachschule	Lehre/Berufsfachschule	ohne abgeschl. Ausbildung	Insgesamt
1975	1,2	2,8	1,5	2,8	6,1	3,9
1976	1,6	3,0	1,9	2,9	5,3	3,6
1977	1,8	2,7	1,8	2,7	5,6	3,6
1978	1,6	2,1	1,6	2,5	5,7	3,4
1979	1,7	1,8	1,3	2,1	5,0	2,9
1980	1,9	1,8	1,3	2,2	5,9	3,2
1981	2,6	2,5	1,8	3,3	8,8	4,8
1982	3,3	3,8	2,7	5,1	11,8	6,8
1983	4,0	4,2	3,0	5,8	13,3	7,6
1984	4,3	4,0	2,8	5,9	13,5	7,6
1985	4,6	4,0	2,7	6,1	14,9	8,1
1986	4,3	3,5	2,6	5,5	15,2	7,6
1987	4,7	3,5	2,7	5,5	16,6	7,8
1988	4,9	3,7	2,7	5,5	16,4	7,7
1989	4,3	3,4	2,5	5,0	15,0	6,8
1990	3,9	2,8	2,1	4,3	13,3	5,9
1991	3,5	2,5	1,9	3,9	12,8	5,4
1992	3,4	2,6	2,0	4,3	14,1	5,9
1993	4,0	3,3	2,6	5,6	17,6	7,5
1994	4,1	3,5	2,8	6,1	19,1	8,0
1995	4,0	3,4	2,9	6,2	20,0	8,2

Daten: Bundesanstalt für Arbeit

Tab. A5: Zu- und Abgänge an Arbeitslosen mit Hochschulabschluß

(jeweils im Juni des betreffenden Jahres)

Jahr	Universitätsabschluß			Fachhochschulabschluß			Insgesamt		
	Zugänge (1)	Abgänge (2)	Saldo (1)-(2)	Zugänge (1)	Abgänge (2)	Saldo (1)-(2)	Zugänge (1)	Abgänge (2)	Saldo (1)-(2)
1988 ¹⁾	4.617	2.355	2.262	1.492	1.126	366	6.109	3.481	2.628
1989 ¹⁾	4.339	2.773	1.566	1.707	1.348	359	6.046	4.121	1.925
1990 ¹⁾	4.592	3.608	984	1.721	1.634	87	6.313	5.242	1.071
1991 ¹⁾	6.114	4.378	1.736	2.130	2.034	96	8.244	6.412	1.832
1992 ¹⁾	12.283	6.942	5.341	4.431	3.013	1.418	16.714	9.955	6.759
1993 ¹⁾	6.428	4.856	1.572	2.959	2.638	321	9.387	7.494	1.893
1994 ¹⁾	13.341	11.836	1.505	5.245	5.922	-677	18.586	17.758	828
1995	keine Angaben vorhanden								
1996	19.720	20.030	-310	6.599	8.008	-1.409	26.319	28.038	-1.719
1997	18.560	20.137	-1.577	6.045	7.633	-1.588	24.605	27.770	-3.165
1998	20.593	22.814	-2.271	6.499	8.531	-2.032	27.032	31.345	-4.253

1) nur alte Länder.

Quelle: Strukturanalysen (div. Jahrgänge) der Bundesanstalt für Arbeit.

Tab. A6: Arbeitslose mit abgeschlossenem Universitätsstudium nach Ausbildungsfachrichtung

(jeweils im September, ab 1994 Bundesgebiet insgesamt)

Ausbildungsfachrichtung	Arbeitslose Hochschulabsolventen (ohne Fachhochschulabschluß)														
	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Anzahl														
Geisteswissenschaftler	1.669	3.914	12.308	13.013	14.746	16.554	15.290	14.713	13.789	14.102	15.794	19.330	19.292	19.472	20.279
davon:															
Psychologen	529	1.226	3.184	3.521	3.676	4.105	3.576	3.349	3.016	2.913	3.091	3.245	3.157	3.062	3.253
Publizisten	233	233	703	626	770	909	826	941	833	875	1.024	1.906	1.866	1.562	1.594
Dolmetscher	222	345	696	751	841	848	692	642	670	692	817	1.424	1.268	1.147	1.197
Bibliothekare, Archivare	71	93	245	273	247	318	414	379	348	334	446	642	653	628	676
Sonstige	614	2.017	7.480	7.842	9.212	10.374	9.782	9.402	8.922	9.288	10.416	12.113	12.348	13.073	13.559
Lehrer	2.658	8.550	28.954	27.411	27.802	29.092	23.727	21.189	17.480	16.403	18.616	20.548	22.604	24.304	28.967
darunter:															
Hochschullehrer, Dozenten	165	226	258	296	385	404	344	337	339	343	434	1.406	1.231	800	959
Gymnasiallehrer	619	1.809	10.614	9.959	9.811	10.244	8.054	6.851	5.800	5.158	5.709	6.054	5.630	5.848	6.778
Realschullehrer	381	1.427	4.535	4.330	4.182	4.044	3.392	2.784	2.344	2.124	2.180	2.736	2.425	2.595	2.923
Volksschullehrer	890	3.661	9.958	8.899	9.343	9.989	7.884	7.202	5.730	5.595	6.732	8.189	8.326	4.988	6.609
Sonderschullehrer	31	159	695	874	949	1.125	794	655	402	287	249	284	302	271	284
Fach-, Berufsschul-, Werklehrer	328	666	1.282	1.204	1.209	1.309	1.138	1.032	795	799	965	1.592	1.525	1.556	1.811
Sportlehrer	111	216	773	894	908	984	1.128	1.242	1.033	1.033	1.082	1.455	1.297	1.384	1.648
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler	4.345	4.825	11.229	10.880	11.800	14.007	13.195	12.703	11.189	12.147	14.820	20.498	22.105	24.361	25.726
davon:															
Juristen	1.349	1.134	3.224	3.277	3.699	4.490	4.376	4.246	3.373	3.407	3.707	5.062	6.157	6.478	6.648
Volkswirte	1.044	874	2.160	1.919	1.978	2.457	2.305	2.147	1.912	2.076	2.769	4.154	4.089	5.055	5.357
Betriebswirte	664	805	2.455	2.518	2.825	3.145	3.037	3.053	2.856	3.573	4.816	7.072	7.592	8.441	9.003
Soziologen	377	969	2.390	2.178	2.284	2.862	2.378	2.181	1.988	1.964	2.284	2.400	2.526	2.393	2.573
Politologen	140	307	574	650	726	756	762	768	761	817	903	1.262	1.213	1.434	1.531
Sonstige	771	736	426	338	288	297	337	308	299	310	341	548	528	560	614
Sozialpädagogen u.ä.	.	1.031	1.672	1.496	1.769	1.877	1.886	1.710	1.358	1.382	1.618	2.172	2.202	2.021	2.483
Ärzte	518	1.450	3.987	4.677	6.502	8.115	6.313	5.676	5.693	6.168	6.911	7.811	7.689	7.941	9.396
Zahnärzte	140	228	559	629	811	854	1.186	1.177	1.036	888	842	879	908	969	981
Tierärzte	83	157	436	469	567	574	626	664	655	703	783	1.026	1.013	950	970
Apotheker	166	286	720	941	951	1.122	941	953	811	755	1.129	1.339	1.209	1.020	1.094

noch Tab. A6: Arbeitslose mit abgeschlossenem Universitätsabschluß

Ausbildungsfachrichtung	Arbeitslose Hochschulabsolventen (ohne Fachhochschulabschluß)														
	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Anzahl														
Naturwissenschaftler	1.412	2.306	5.988	6.098	7.057	8.697	8.950	9.368	9.951	11.338	14.338	18.926	19.284	19.830	20.616
darunter:															
Mathematiker	218	233	439	375	406	471	527	542	653	819	1.095	1.594	1.546	1.632	1.644
Physiker	370	300	667	662	745	944	1.078	1.247	1.460	1.867	2.348	3.221	3.062	2.967	2.908
Chemiker, Chemieingenieure	459	800	1.816	1.759	1.842	2.246	2.510	2.557	2.892	3.272	4.407	6.133	6.240	6.408	6.846
Biologen u.ä.	145	470	1.469	1.556	2.089	2.637	2.644	2.782	2.773	3.002	3.509	4.200	4.539	4.570	4.637
Geographen, Geologen u.ä.	.	277	1.151	1.331	1.524	1.890	1.728	1.765	1.628	1.813	2.266	2.777	2.914	3.229	3.431
Ingenieure	2.960	2.679	7.373	6.265	7.426	8.048	8.543	8.769	8.922	10.289	14.886	24.956	26.049	30.370	34.471
davon:															
Maschinenbauingenieure	599	591	1.476	1.385	1.715	1.973	2.217	2.424	2.814	3.459	5.300	8.217	8.295	9.299	10.211
Elektroingenieure	425	466	866	763	1.011	1.213	1.534	1.803	2.049	2.545	3.985	6.858	6.850	7.392	7.852
Architekten, Bauingenieure	1.597	1.116	3.776	2.804	3.220	3.149	2.868	2.411	2.084	1.976	2.433	3.224	4.246	6.048	7.836
Vermessungsingenieure	36	60	181	159	179	185	162	150	101	81	134	182	204	234	257
Bergbau-, Hütteningenieure	72	133	277	315	383	517	503	587	554	588	777	1.131	1.133	1.281	1.286
Übrige Fertigungsingenieure	75	116	282	301	291	342	400	479	417	490	665	1.344	1.374	1.582	1.688
Sonstige Ingenieure ¹⁾	156	197	515	538	627	669	859	915	903	1.150	1.592	4.000	3.947	4.534	5.341
Agrar- und Forstwissenschaftler	267	501	1.556	1.591	1.915	2.098	2.024	2.124	1.954	1.844	2.191	3.370	3.322	3.790	4.135
darunter:															
Agraringenieure	179	338	1.040	1.141	1.351	1.539	1.384	1.490	1.371	1.301	1.501	2.269	2.140	2.329	2.442
Gartenbauer	43	92	298	304	342	314	327	362	296	266	310	458	507	614	725
Künstler	436	885	2.010	1.994	2.208	2.792	2.711	2.538	2.391	2.592	2.811	4.480	4.500	4.341	4.733
darunter:															
Musiker	65	141	365	352	387	417	435	421	360	377	427	821	808	744	911
Darstellende Künstler	126	324	567	542	590	700	759	724	745	794	799	1.345	1.332	1.297	1.362
Bildende Künstler, Graphiker	182	341	880	881	1.016	1.384	1.258	1.148	1.075	1.197	1.344	1.864	1.864	1.838	1.935
Sonstige Fachrichtungen ²⁾	788	1.451	4.792	5.056	5.930	5.494	5.119	4.325	3.973	4.265	5.480	16.100	15.836	8.791	9.628
Insgesamt	15.491	28.263	81.584	80.520	89.484	99.324	90.511	85.909	79.202	82.876	#####	#####	#####	#####	#####

1) Einschl. Wirtschaftsingenieure. - 2) Einschl. Theologen.

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (Strukturanalyse), div. Jahrgänge.

Tab. A7: Arbeitslose mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium nach Ausbildungsfachrichtung

(jeweils im September, ab 1994 Bundesgebiet insgesamt)

Ausbildungsfachrichtung	Arbeitslose mit Fachhochschulausbildung														
	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Anzahl														
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekar	144	235	551	573	648	722	597	508	462	512	623	822	905	833	890
darunter:															
Dolmetscher, Übersetzer	83	98	211	166	225	231	197	179	166	177	204	253	254	208	194
Bibliothekare, Archivare	61	113	283	363	357	392	339	265	237	282	316	418	456	454	518
Fachschul-, Berufsschul-, Werklehre	96	665	1.212	1.191	1.165	1.484	1.550	1.788	1.675	1.669	2.045	2.446	2.462	2.439	2.608
Wirtschafts- und Sozialwissenschaft	1.676	937	2.256	2.251	2.552	2.832	2.724	2.725	2.555	2.975	4.105	5.077	5.055	5.328	5.648
darunter:															
Betriebswirte	1.525	834	1.669	1.729	1.818	2.059	1.988	1.990	1.905	2.255	3.074	3.630	3.563	3.787	3.944
Sozialpflegerische Berufe	923	3.314	9.860	9.862	9.778	10.650	9.516	7.578	6.257	6.323	7.005	7.180	7.288	6.973	7.867
darunter:															
Sozialarbeiter, -pfleger	363	1.101	3.410	3.219	3.202	3.575	3.242	2.581	2.142	2.172	2.366	2.262	2.331	2.291	2.716
Sozialpädagogen	560	2.024	5.965	6.096	6.100	6.632	5.839	4.629	3.837	3.895	4.316	4.432	4.527	4.352	4.835
Chemiker, Physiker, Mathematiker	354	254	576	409	485	593	560	686	753	932	1.421	1.810	1.884	1.882	2.106
darunter:															
Chemiker, Chemieingenieure	253	185	436	332	374	441	398	498	523	636	975	1.267	1.329	1.378	1.574
Ingenieure und Techniker	8.261	4.686	13.189	11.340	12.633	14.252	13.404	13.066	12.573	14.682	21.772	27.703	29.272	30.750	33.035
darunter:															
Maschinenbauingenieure	2.359	1.251	3.006	2.527	3.040	3.736	3.553	3.749	4.023	5.105	8.008	10.048	10.144	10.800	11.031
Maschinenbautechniker	.	123	403	293	443	440	409	356	345	443	660	851	797	768	733
Elektroingenieure	1.369	795	1.444	1.341	1.778	2.294	2.391	2.683	2.915	3.621	5.690	7.213	7.430	7.120	7.492
Elektrotechniker	.	100	259	251	254	322	318	302	283	303	467	603	577	532	512
Architekten, Bauingenieure	2.940	1.118	5.073	4.297	4.131	3.994	3.235	2.532	1.995	1.822	2.254	2.681	3.619	4.855	6.118
Bautechniker	.	84	266	240	255	277	268	242	209	174	211	209	260	223	267
Vermessungsingenieure	.	133	386	333	285	304	211	193	118	112	147	171	225	270	328
Bergbau-, Hütteningenieure	.	183	307	254	281	369	422	463	444	437	570	672	686	792	823
Übrige Fertigungsingenieure	.	334	736	675	767	818	769	806	741	893	1.269	1.570	1.573	1.561	1.642
Sonstige Ingenieure	.	344	783	713	872	1.044	1.130	1.104	983	1.222	1.776	2.755	3.004	3.063	3.316

noch Tab. A7: Arbeitslose mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium nach Ausbildungsfachrichtung

Ausbildungsfachrichtung	Arbeitslose mit Fachhochschulausbildung														
	1975	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Anzahl														
Agrar- und Forstwissenschaftler	221	289	764	758	837	1.070	1.005	1.065	810	780	925	1.258	1.241	1.319	1.466
darunter:															
Agraringenieure	.	136	392	357	385	520	474	587	466	429	480	595	582	658	665
Gartenbauer	87	93	251	307	321	380	364	321	219	226	282	381	373	404	465
Künstler	1.505	1.606	3.423	3.332	3.276	3.004	2.772	2.613	2.258	2.527	2.825	3.257	3.365	3.190	3.223
darunter:															
Musiker	85	161	214	207	219	192	243	196	144	156	167	214	188	172	175
Darstellende Künstler	398	330	503	516	397	369	396	336	320	293	296	365	378	320	318
Bildende Künstler, Graphiker	843	855	1.993	1.940	2.050	1.866	1.694	1.717	1.476	1.755	1.949	2.204	2.210	2.092	2.090
Bühnen-, Bild-, Tontechniker	.	70	86	88	70	85	86	70	68	73	67	114	131	123	113
Raumgestalter	179	147	542	523	504	419	306	249	212	217	306	304	401	435	476
Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	55	124	256	432	643	727	512	403	371	415	494	614	585	558	472
darunter:															
Nautiker	.	81	140	245	455	522	331	250	219	253	283	319	286	287	254
Sonstige Fachrichtungen	1.682	1.517	3.864	3.647	4.117	4.211	4.351	3.626	3.485	3.608	4.706	7.681	7.811	5.899	6.246
Insgesamt	14.917	13.627	35.951	33.795	36.134	39.545	36.991	34.058	31.199	34.423	45.921	57.848	59.868	59.171	63.561

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (Strukturanalyse), div. Jahrgänge.

Tab A8: Arbeitslose mit abgeschlossenem Universitätsstudium¹⁾ nach Fachrichtungen und Geschlecht sowie Absolventen mit Universitätsabschluß (Diplom,- Staats- und Magisterprüfung)²⁾ 1996

Ausbildungsfachrichtung	Arbeitslose mit Universitätsabschluß			Absolventen mit Universitätsabschluß			Verhältnis der Arbeitslosen zu den Hochschulabsolventen im gleichen Jahr (in %)		
	davon			davon					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Geisteswissenschaftler	19.472	7.192	12.280	14.804	5.191	9.613	132	139	128
darunter:									
Psychologen	3.062	1.029	2.033	2.342	685	1.657	131	150	123
Bibliothekare, Archivare	628	150	478	876	404	472	72	37	101
Lehrer	24.304	7.930	16.374	28.143	8.090	20.053	86	98	82
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler	23.801	14.274	9.527	34.566	21.267	13.299	69	67	72
darunter:									
Juristen	6.478	3.719	2.759	12.088	6.803	5.285	54	55	52
Volkswirte	5.055	3.064	1.991	2.271	1.514	757	223	202	263
Betriebswirte	8.441	5.302	3.139	10.996	6.994	4.002	77	76	78
Soziologen	2.393	1.230	1.163	1.049	493	556	228	249	209
Politologen	1.434	959	871	1.404	800	604	102	120	144
Sozialpädagogen u.ä.	2.021	541	1.480	540	149	391	374	363	379
Ärzte	7.941	3.442	4.499	10.507	5.781	4.726	76	60	95
Zahnärzte	969	445	524	1.426	859	567	68	52	92
Tierärzte	950	475	475	1.054	362	692	90	131	69
Apotheker	1.020	298	722	1.813	470	1.343	56	63	54
Naturwissenschaftler	19.830	12.588	7.242	20.246	13.738	6.508	98	92	111
darunter:									
Mathematiker	1.632	1.083	549	2.009	1.440	569	81	75	96
Physiker	2.967	2.600	367	3.810	3.465	345	78	75	106
Chemiker, Chemieingenieure	6.408	4.172	2.236	3.464	2.452	1.012	185	170	221
Biologen u.ä.	4.570	2.161	2.409	3.386	1.615	1.771	135	134	136
Geographen, Geologen u.ä.	3.229	2.086	1.143	2.231	1.338	893	145	156	128
Ingenieure	24.254	19.681	4.573	19.149	16.458	2.691	127	120	170
darunter:									
Maschinenbauingenieure	9.299	8.071	1.228	7.823	7.028	795	119	115	154
Elektroingenieure	7.392	6.486	906	5.284	5.036	248	140	129	365
Architekten, Bauingenieure	6.048	3.913	2.135	4.478	3.143	1.335	135	124	160
Vermessungsingenieure	234	180	54	216	171	45	108	105	120
Bergbau-, Hütteningenieure	1.281	1.031	250	224	193	31	572	534	806
Agrar- und Forstwissenschaftler	3.790	2.115	1.675	2.307	1.185	1.122	164	178	149
Künstler	4.341	2.186	2.155	4.965	2.129	2.836	87	103	76

1) Stand: September 1996. 2) Einschl. Künstlerischer Abschluß und Sonstiger Abschluß.

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Strukturanalyse 1996 und Statistisches Bundesamt, Prüfungen an Hochschulen 1996, Fachserie 11, Reihe 4.2.

**Tab. A9: Arbeitslose mit abgeschlossenem Universitätsstudium
nach Fachrichtung und Geschlecht
Bundesgebiet insgesamt**
(Stand: September 1997)

Ausbildungsfachrichtung	Arbeitslose Universitätsabsolventen			Anteil der Frauen in %	Arbeitslose Hochschul- absolventen unter 35 Jahren		
	davon				insgesamt	in % 1997 ¹⁾	1996
	insgesamt	männlich	weiblich				
Geisteswissenschaftler	20.279	7.594	12.685	62,6	6.567	32,4	36,1
davon:							
Psychologen	3.253	1.100	2.153	66,2	1.024	31,5	32,6
Publizisten	1.594	786	808	50,7	386	24,2	25,9
Dolmetscher	1.197	295	902	75,4	317	26,5	31,0
Bibliothekare, Archivare	676	148	528	78,1	176	26,0	29,6
Sonstige	13.559	5.265	8.294	61,2	4.664	34,4	38,9
Lehrer	28.967	9.268	19.699	68,0	9.387	32,4	30,8
darunter:							
Hochschullehrer, Dozenten	959	550	409	42,6	83	8,7	9,4
Gymnasiallehrer	6.778	2.563	4.215	62,2	2.345	34,6	31,6
Realschullehrer	2.923	879	2.044	69,9	826	28,3	30,7
Grund- u. Hauptschullehrer	6.609	1.190	5.419	82,0	3.149	47,6	40,4
Sonderschullehrer	284	70	214	75,4	101	35,6	36,2
Fachschul-, Berufsschul-, Werklehrer	1.811	801	1.010	55,8	476	26,3	27,1
Sportlehrer	1.648	1.016	632	38,3	497	30,2	31,0
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler	25.726	15.265	10.461	40,7	8.941	34,8	39,2
davon:							
Juristen	6.648	3.888	2.760	41,5	3.403	51,2	55,1
Volkswirte	5.357	3.197	2.160	40,3	1.244	23,2	29,2
Betriebswirte	9.003	5.583	3.420	38,0	3.040	33,8	38,1
Soziologen	2.573	1.276	1.297	50,4	562	21,8	24,2
Politologen	1.531	993	538	35,1	517	33,8	36,8
Sonstige	614	328	286	46,6	175	28,5	30,2
Sozialpädagogen u.ä.	2.483	634	1.849	74,5	928	37,4	37,0
Ärzte	9.396	4.121	5.275	56,1	3.822	40,7	42,7
Zahnärzte	981	445	536	54,6	441	45,0	50,6
Tierärzte	970	462	508	52,4	403	41,5	43,9
Apotheker	1.094	305	789	72,1	365	33,4	35,3
Naturwissenschaftler	20.616	13.010	7.606	36,9	7.480	36,3	42,0
darunter:							
Mathematiker	1.644	1.093	551	33,5	335	20,4	29,0
Physiker	2.908	2.515	393	13,5	905	31,1	38,6
Chemiker, Chemieingenieure	6.846	4.434	2.412	35,2	2.320	33,9	39,8
Biologen u.ä.	4.637	2.100	2.537	54,7	2.013	43,4	48,6
Geographen, Geologen u.ä.	3.431	2.219	1.212	35,3	1.521	44,3	48,0
Ingenieure	34.471	26.286	8.185	23,7	6.855	19,9	23,3
davon:							
Maschinenbauingenieure	10.211	8.666	1.545	15,1	1.785	17,5	22,4
Elektroingenieure	7.852	6.830	1.022	13,0	1.312	16,7	20,5
Architekten, Bauingenieure	7.836	5.125	2.711	34,6	2.232	28,5	31,1
Vermessungsingenieure	257	192	65	25,3	89	34,6	27,4
Bergbau-, Hütteningenieure	1.286	996	290	22,6	195	15,2	14,8
Übrige Fertigungsingenieure	1.688	806	882	52,3	365	21,6	28,0
Sonstige Ingenieure ²⁾	5.341	3.671	1.670	31,3	877	16,4	20,0

**noch Tab. A9: Arbeitslose mit abgeschlossenem Universitätsstudium
nach Ausbildungsfachrichtung und Geschlecht
Bundesgebiet insgesamt**
(Stand: September 1997)

Ausbildungsfachrichtung	Arbeitslose Hochschulabsolventen (ohne Fachhochschulabschluß)			Anteil der Frauen in %	Arbeitslose Hochschulabsolventen unter 35 Jahren		
	davon				insgesamt	in % ¹⁾	1996
	insgesamt	männlich	weiblich				
Agrar- und Forstwissenschaftler darunter:	4.135	2.282	1.853	44,8	1.094	26,5	31,8
Agraringenieure	2.442	1.322	1.120	45,9	614	25,1	31,1
Gartenbauer	725	304	421	58,1	257	35,4	44,0
Künstler darunter:	4.733	2.460	2.273	48,0	1.367	28,9	31,5
Musiker	911	583	328	36,0	304	33,4	36,4
Darstellende Künstler	1.362	685	677	49,7	445	32,7	35,7
Bildende Künstler, Graphiker	1.935	924	1.011	52,2	475	24,5	27,7
Sonstige Fachrichtungen ³⁾	9.628	5.972	3.656	38,0	2.149	22,3	25,4
Insgesamt	163.479	88.104	75.375	46,1	49.799	30,5	33,5

1) der arbeitslosen Hochschulabsolventen insgesamt. 2) Einschl. Wirtschaftsingenieure. - 3) Einschl. Theologen.

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Strukturanalyse 1997.

**Tab. A10: Arbeitslose mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium
nach Ausbildungsfachrichtung und Geschlecht
Bundesgebiet insgesamt**

(Stand: September 1997)

Ausbildungsfachrichtung	Arbeitslose Fachhochschulabsolventen davon			Anteil der Frauen in %	Arbeitslose Fach- hochschulabsolventen unter 35 Jahren	
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	in % ¹⁾
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare darunter:	890	226	664	74,6	250	28,1
Dolmetscher, Übersetzer	194	37	157	80,9	50	25,8
Bibliothekare, Archivare	518	81	437	84,4	161	31,1
Fachschul-, Berufsschul-, Werklehrer	2.608	758	1.850	70,9	689	26,4
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler darunter:	5.648	3.382	2.266	40,1	1.928	34,1
Betriebswirte	3.944	2.510	1.434	36,4	1.507	38,2
Sozialpflegerische Berufe darunter:	7.867	2.033	5.834	74,2	2.987	38,0
Sozialarbeiter,- pfleger	2.716	826	1.890	69,6	927	34,1
Sozialpädagogen	4.835	1.163	3.672	75,9	1.929	39,9
Chemiker, Physiker, Mathematiker darunter:	2.106	1.343	763	36,2	686	32,6
Chemiker, Chemieingenieure	1.574	944	630	40,0	497	31,6
Ingenieure und Techniker darunter:	33.035	27.336	5.699	17,3	6.532	19,8
Maschinenbauingenieure	11.031	9.890	1.141	10,3	1.773	16,1
Maschinenbautechniker	733	668	65	8,9	120	16,4
Elektroingenieure	7.492	6.922	570	7,6	1.317	17,6
Elektrotechniker	512	467	45	8,8	100	19,5
Architekten, Bauingenieure	6.118	4.266	1.852	30,3	1.711	28,0
Bautechniker	267	174	93	34,8	47	17,6
Vermessungsingenieure	328	243	85	25,9	121	36,9
Bergbau-, Hütteningenieure	823	710	113	13,7	89	10,8
Übrige Fertigungsingenieure	1.642	984	658	40,1	411	25,0
Sonstige Ingenieure	3.316	2.477	839	25,3	682	20,6
Agrar- und Forstwissenschaftler darunter:	1.466	834	632	43,1	489	33,4
Agraringenieure	665	374	291	43,8	145	21,8
Gartenbauer	465	217	248	53,3	203	43,7
Künstler darunter:	3.223	1.423	1.800	55,8	943	29,3
Musiker	175	121	54	30,9	46	26,3
Darstellende Künstler	318	165	153	48,1	97	30,5
Bildende Künstler, Graphiker	2.090	968	1.122	53,7	601	28,8
Bühnen-, Bild-, Tontechniker	113	60	53	46,9	32	28,3
Raumgestalter	476	177	299	62,8	154	32,4
Berufe des Luft- und Wasserverkehrs darunter:	472	468	4	0,8	23	4,9
Nautiker	254	253	1	0,4	1	0,4
Sonstige Fachrichtungen	6.246	3.403	2.843	45,5	1.777	28,5
I n s g e s a m t	63.561	41.206	22.355	35,2	16.304	25,7

1) der Fachhochschulabsolventen der Ausbildungsfachrichtung insgesamt.

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Strukturanalyse 1997.

**Tab. A11: Arbeitslose mit Universitätsabschluß
nach Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit (in %)**

a) alte Länder

Jahr	unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 6 Monaten	6 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger	insgesamt
1980	47,0	20,5	19,1	13,4	100
1981	42,9	22,1	19,7	15,3	100
1983	30,9	19,0	24,9	25,2	100
1984	28,5	18,2	24,1	29,3	100
1985	32,0	19,2	20,7	28,2	100
1986	32,5	19,9	20,4	27,1	100
1987	34,2	20,5	19,7	25,7	100
1988	33,5	20,5	20,8	25,2	100
1989	38,0	19,0	18,3	24,6	100
1990	37,1	19,0	20,4	23,5	100
1991	39,4	19,1	18,5	23,0	100
1992	39,3	19,6	19,1	22,0	100
1993	37,7	19,4	20,7	22,3	100
1994	33,7	18,1	20,7	27,5	100
1995	35,5	17,5	19,7	27,3	100
1996	34,0	17,7	19,5	28,7	100
1997	32,9	16,8	20,2	30,2	100
1998	35,3	16,5	17,0	31,5	100

b) neue Länder

Jahr	unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 6 Monaten	6 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger	insgesamt
1993	38,7	21,9	23,0	16,4	100
1994	34,9	18,9	24,8	21,4	100
1995	37,7	20,4	22,6	19,2	100
1996	33,3	20,9	27,1	18,7	100
1997	32,4	19,3	26,4	21,9	100
1998	31,7	16,2	22,5	29,5	100

Wissenschaftsrat nach Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit,
Strukturanalyse, versch. Jahrgänge

**Tab. A12: Arbeitslose mit Fachhochschulabschluß
nach Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit (in %)**

a) alte Länder

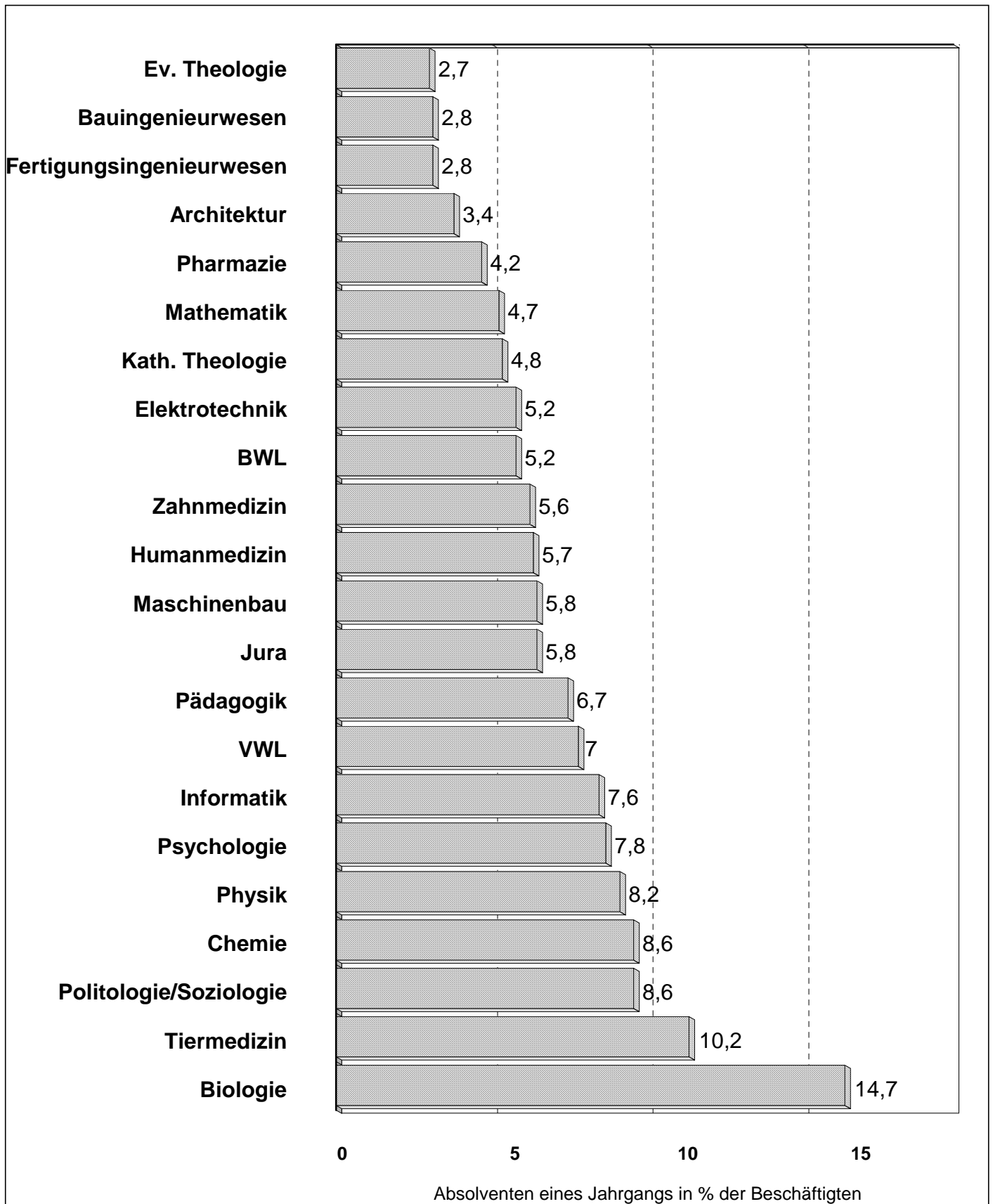
Jahr	unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 6 Monaten	6 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger	insgesamt
1980	53,3	18,3	17,1	11,2	100
1981	50,2	19,4	18,9	11,5	100
1983	33,2	18,2	25,7	22,8	100
1984	33,0	18,2	23,7	25,1	100
1985	35,4	18,1	22,2	24,3	100
1986	37,0	17,5	21,0	24,4	100
1987	38,1	17,8	20,7	23,5	100
1988	37,9	18,1	20,6	23,4	100
1989	41,6	17,6	17,6	23,1	100
1990	39,0	18,4	19,7	23,0	100
1991	42,5	18,1	17,4	22,0	100
1992	42,4	19,1	18,1	20,4	100
1993	38,1	19,1	21,9	20,9	100
1994	33,5	17,4	21,5	27,5	100
1995	34,8	16,3	20,5	28,4	100
1996	32,0	16,5	19,7	31,8	100
1997	28,8	15,2	20,8	35,3	100
1998	30,2	15,0	17,0	37,7	100

b) neue Länder

Jahr	unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 6 Monaten	6 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger	insgesamt
1994	36,9	17,3	24,7	21,1	100
1995	38,3	22,0	22,4	17,3	100
1996	31,0	21,6	28,6	18,8	100
1997	29,0	20,0	27,7	23,4	100
1998	28,9	16,3	23,8	31,0	100

Wissenschaftsrat nach Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit,
Strukturanalyse, versch. Jahrgänge

**Abb. A1: Absolventen der Universitäten* 1995 in % der Beschäftigten
mit Universitätsabschluß im jeweiligen Fach**



* ohne Lehramt
Wissenschaftsrat nach Daten des IAB

Abb. A2 : Absolventen der Fachhochschulen 1995 in % der Beschäftigten mit Fachhochschulabschluß im jeweiligen Fach

